



**Neue Waffe
gegen das Recht**

(Seite 5)

**Serie über den
Völkermord, Teil 21**

(Seiten 6 und 7)

**Methoden der
Raubpolitik**

(Seite 10)

Gross sagte in Wien keine Geste an Altösterreicher in Tschechien zu

Prag setzt offenbar weiter auf Hinhaltenakt und kommt damit auf internationaler Ebene durch: Ministerpräsident Stanislav Gross wollte bei seinem ersten Wien-Besuch als neuer Regierungschef keine Zusage für eine Realisierung der seit langem in Aussicht gestellten humanitären Geste an die heimatverbliebenen Altösterreicher machen (von einer Geste an die Vertriebenen redet ohnehin schon niemand mehr). Ob Tschechien seine deutsche Minderheit entschädigt oder nicht, sei „ein tschechisch-tschechisches Thema“, sagte Gross nach einem Treffen mit seinem österreichischen Amtskollegen Wolfgang Schüssel am 24. September. In Tschechien würden derzeit Debatten geführt. Es gebe aber über die

Frage einer „humanitären Geste“ keinen Konsens. Diese bedürfe auch „einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung“. Derzeit sei „so eine Situation noch nicht gekommen“. Der Prager Außenminister Cyril Svoboda hatte kürzlich wieder einmal diese „Geste“ ange-regt, was SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeih-sel als Ablenkungsmanöver betrachtet (siehe Bericht im Blatt). Schüssel äußerte sich zu der Frage einer möglichen Geste nicht. Die schei-dende Außenministerin und künftige EU-Kom-missarin Benita Ferrero-Waldner hatte freilich schon bei früheren Gelegenheiten immer wie-der betont, daß intensiv über eine Geste ver-handelt werde. Obwohl ein Ergebnis offen-sichtlich nicht in Sicht ist, sagte Schüssel

nach dem Gespräch mit Gross, in der Bezie-hung zwischen Wien und Prag gebe es „inten-sive freundschaftliche Kontinuität“. Minister-präsident Stanislav Gross führte aus, daß es im Interesse der Tschechischen Republik liege, die guten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern fortzusetzen. Natio-nalratspräsident Andreas Khol stellte aller-dings beim Sudetendeutschen Heimattag in Klosterneuburg klar, daß sich Österreich Ge-sten des guten Willens seitens der Tschechi-schen Republik erwarte, „insbesondere mate-rielle Gesten der Versöhnung gegenüber der deutschsprachigen Minderheit in der Tsche-chischen Republik und gegenüber den Ver-triebenen“.

Schmierentheater
VON MANFRED MAURER

DER NEUE tschechische Regierungschef Stanislav Gross gab kürzlich in Wien ein Gastspiel des seit gut drei Jahren auf der Prager Bühne von wechselnden Protagonisten gespielten und vor allem für das politische Publikum in Österreich und Deutschland gedachten Stückes „Geste, bitte warten!“ Anfangs spielte der Vizepremier Mares für die Heimatverbliebenen, aber auch die Vertriebenen die Rolle des Hoffnungsträgers, der einige durchaus vernünftige Ansätze in die Diskussion brachte und mit dem es sich durchaus vernünftig reden ließ. Leider aber – und das gehört zur Dramaturgie dieses Stückes – gibt es immer ein paar Finsterlinge, mit denen die Versöhnungsgeste leider, leider nicht zu machen ist. Die Botschaft des Stückes: Eigentlich würde wir ja eh ganz gern, aber trauen tun wir uns nicht dürfen.

GROSS GAB IN WIEN eine Variation dieses Schmierentheaters. Obwohl er zu denen zu rechnen ist, die von einer Geste, und mag sie auch noch so klein und unbedeutend sein, wenig bis gar nichts halten, vermittelte er seinen Gesprächspartnern den Eindruck, daß man zumindest darüber reden könne. Die hatten natürlich längst vergessen, daß der inzwischen ehemalige Vizepremier Mares schon vor langem von einer auch nicht mehr im Amt seienden Regierung den Auftrag zur Ausarbeitung einer Entschädigungsgeste an die Mitglieder der altösterreichischen Minderheit in Tschechien erhalten hatte. In irgendeiner Prager Schublade müßte also schon längst ein Konzept liegen, über das die Tschechen diskutieren könnten. Doch die tschechischen Politiker diskutieren – sofern sie das überhaupt ernsthaft und nicht zum Schein für das benachbarte Ausland tun – jetzt bloß wieder über die Grundsatzfrage, ob es überhaupt eine Geste geben solle. Diese Frage schien schon entschieden. Aber eben nur: Schien. Gross teilte den Gesprächspartnern in Wien ferner mit, daß es für eine humanitäre Geste einer breiten Unterstützung der Bevölkerung bedürfe und daß es diesen Konsens derzeit noch nicht gebe.

WELCH entlarvendem Eingeständnis!

WOLLTE HERR GROSS wirklich mitteilen, daß das tschechische Volk nicht zu einem – finanziell ohnehin völlig bedeutungslosen – humanitären Akt gegenüber einer kleinen Gruppe von Mitbürgern in der Lage ist, daß es einer Diskussion bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag bedarf, ehe man sich in Tschechien darüber klar ist, ob man nun eine humanitäre Gesinnung an den Tag legen soll oder nicht? Das war vielleicht nicht die beabsichtigte Botschaft, aber genauso mußte sie ankommen. Nur mit (übertriebener) diplomatischer Freundlichkeit der Gastgeber ist es zu erklären, daß Gross mit solchen Positionen in Wien durchgekommen ist, ohne Widerspruch oder zumindest das höfliche Ersuchen um eine vielleicht spürbare Beschleunigung der tschechischen Debatte zu ernten.

DENN DIE IN Tschechien verbliebenen Opfer des Kollektivschuldprinzips spüren die Auswirkungen der Benachteiligungen bis zum heutigen Tage aufgrund nicht anerkannter Ausbildungszertifikate und herabgesetzter Löhne (folglich niedrigeren Pensionen) – ganz zu schweigen von den gesundheitlichen Folgen oft schwerster Zwangsarbeit. Und nicht nur das: Sie sind vor allem in einem Alter, in dem sie nicht mehr die Zeit eines 34jährigen wie Premier Gross haben. Ihnen läuft die Zeit buchstäblich davon.

Fortsetzung auf Seite 2

Weg mit den Beneš-Dekreten – je eher, desto besser



Die Frage der Beneš-Dekrete müßte sich gerade jetzt, in einem Klima der guten Zusammenarbeit, „je eher, desto besser“ ausräumen lassen. Diese Ansicht vertritt der Nationalratspräsident Andreas Khol (ÖVP) in seiner Festrede bei der Abschlußveranstaltung des Sudetendeutschen Heimattages in Klosterneuburg. Das diesjährige Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) stand unter dem Motto „Vertreibung verjährt nicht“. Khol betonte, daß sich Österreich Gesten des guten Willens seitens der Tschechischen Republik erwarte, insbesondere materielle Gesten der Versöhnung gegenüber der deutschsprachigen Minderheit in Tschechien und gegenüber den Vertriebenen sowie die Aufhebung des sogenannten Straffreistellungsgesetzes aus dem Jahr 1946. Siehe Bericht im Blatt. Foto: Klaus Seidler

Nationalratspräsident Andreas Khol dankt den Sudetenösterreichern: „Der Vergangenheit ehrlich begegnen“

NR-Präsident Andreas Khol hielt die Festrede beim diesjährigen Sudetendeutschen Heimattag. Hier die Rede in Auszügen:

Erstmals in der Geschichte der jährlich stattfindenden Sudetendeutschen Heimattage hielt heuer der Präsident des Nationalrates die Festrede vor der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

In seiner Rede dankte der Präsident den Sudetendeutschen: „Der Beitrag von hunderttausenden Sudetenösterreichern und Sudetenösterreichern, die in Österreich eine neue Heimat fanden, zum Wiederaufbau unserer Heimat, ihr Fleiß und ihre Anständigkeit, sind unverzichtbar. Die Republik dankt Ihnen allen dafür.“

Präsident Khol kam dann auf seine Südtiroler Abstammung zu sprechen. Nachdem Südtirol nach dem Ersten Weltkrieg von Österreich getrennt wurde, verkaufte und verriet Adolf Hitler diese Volksgruppe. Sie wurde gedrängt auszusiedeln, um den Italienern Platz zu machen. Südtiroler und Kanaltaler Siedlungen in einigen Bundesländern sind noch heute ein Beweis, aber sie wurden auch in Böhmen, „Warthegau“, Elsaß usw. angesiedelt und aus ihrer angestammten Heimat entwurzelt.

Nach dem Krieg hat letzten Endes doch die Gerechtigkeit gesiegt: Sehr viele konnten wieder nach Südtirol zurück.

Khol, der auch Präsident des Allgemeinen Entschädigungsfonds und des Nationalfonds

der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus ist, wies darauf hin, daß wir dazu lange gebraucht haben, bis wir auch diese Last der Vergangenheit – aus moralischen Gründen und freiwillig – aufgearbeitet haben.

„Der historische Bogen 1945 bis 1955 und 1995 bis 2004 hat für die Sudetendeutschen eine besondere Bedeutung. 1945 war das Jahr des Elends, das Jahr des Schreckens und das Jahr der Angst – wie schon die vielen Jahre zuvor, als das verbrecherische Nazi-Regime Europa in absolut unvergleichlicher Art und Weise verwüstete. Aber 1945 war für Österreich ein Jahr der Hoffnung. Die Österreicherinnen und Österreicher haben ihre Heimat zurückgehalten. Sie, die Sudetendeutschen nicht. Ihnen wurde die Heimat geraubt. Im Gedenken an das Jahr 1945 darf niemals vergessen werden, daß die Sudetendeutschen enteignet und vertrieben wurden, tausende Sudetendeutsche ermordet oder brutal zu Tode geschunden wurden. Die Greuelthaten der Geschichte können nicht ungeschehen gemacht werden. Aber die kollektiven Verreibungen und Enteignungen waren Unrecht an vielen unschuldigen Menschen und für dieses Unrecht muß die moralische Verantwortung übernommen werden“, so Khol.

Der Präsident betonte, daß die betreffenden Dekrete und Gesetze nach allen Maßstäben rechtswidrig waren und sind. Vor allem passen sie nicht in das Rechtsverständnis der EU. Eine klare Distanzierung von diesen Verreibungs- und Enteignungsdekreten wäre nicht nur aus

der Sicht der Sudetendeutschen, sondern ebenso aus der Sicht der Tschechen und der anderen Europäer notwendig.

„Die österreichische Bundesregierung und der Nationalrat haben im Vorfeld der EU-Erweiterung alles versucht, daß hier ein klarer Schlußstrich gezogen wird. Im Zuge der Verhandlungen über den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union wurde die Frage der Weitergeltung der sogenannten „Beneš-Dekrete“ von österreichischer Seite sowohl auf bilateraler als auch multilateraler Ebene wiederholt thematisiert. Diese Gespräche werden auch über das Beitrittsdatum hinaus geführt“, so Khol.

„Vor allem ist der Europäische Integrationsprozeß der einzige Weg, um die Gräben von gestern zu überwinden. Europa entwickelt sich zu einem gemeinsamen Rechtsraum. Letztlich wird sich der zweideutige Umgang mit den Unrechtsdekreten von 1945 in einem vollwertigen Mitgliedstaat der Union nicht halten lassen. Früher oder später wird die Beurteilung eines auf die Beneš-Dekrete gestützten Rechtsaktes seinen Weg zu den europäischen Rechtsinstitutionen finden, und ein neutrales unabhängiges Gericht könnte vielleicht diesen längst fälligen Schlußstrich setzen. Ob dies dann materielle Konsequenzen haben wird, ist offen. Sicher ist aber, daß eine Feststellung auf europäischer Ebene moralische Konsequenzen bringen wird“, so Präsident Khol.

Der Präsident des Nationalrates betonte, daß sich in den vergangenen Jahren die Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechischen Republik immer weiter entwickelten und daß mit der EU-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik die beiden Länder in eine neue Phase der Zusammenarbeit eingetreten sind. Österreich ist klar für die Erweiterung der Europäischen Union und damit für die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Union eingetreten, obwohl für Österreich die Frage der Beneš-Dekrete noch nicht geklärt ist. Diese ließe sich aber gerade jetzt in einem Klima der guten Zusammenarbeit ausräumen, und zwar „je eher, desto besser“, so Khol.

Parallel zur Aufarbeitung der Verreibung der Sudetendeutschen auf europäischer Ebene müsse man vor allem auf einen Umdenkprozeß in der modernen tschechischen Gesellschaft setzen. Die Fakten über die Verreibungen des Jahres 1945 seien unleugbar, und schon in naher Zukunft werden die tschechischen Bürger offen und auch öffentlich fragen, was damals wirklich geschehen ist. Die Erklärung des tschechischen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla im Juni 2003 stelle in diesem Zusammenhang einen bedeutenden Schritt dar, zumal er klare Worte des Bedauerns gefunden und die Ereignisse der unmittelbaren Nachkriegszeit als unannehmbare Taten bezeichnet hatte.

Khol betonte, daß sich Österreich aber darüber hinaus weitere Gesten des guten Willens seitens der Tschechischen Republik erwarte, insbesondere materielle Gesten der Versöhnung gegenüber der deutschsprachigen Minderheit in der Tschechischen Republik und gegenüber den Vertriebenen sowie die Aufhebung des sogenannten Straffreistellungsgesetzes aus dem Jahr 1946.

„Die Vergangenheit holt jedes Land unweigerlich ein. Und nur wenn ein Land seiner Vergangenheit ehrlich begegnen kann, ist es für die Gestaltung der Zukunft gerüstet“, so Khol.

Abschließend würdigte der Präsident des Nationalrates die wichtigen Beiträge der Sudetenösterreichern und Sudetenösterreichern zur Vielfalt und zum kulturellen Reichtum Österreichs und dankte ihnen, daß sie die Sudetendeutsche Geschichte und das Sudetendeutsche Brauchtum weiterhin pflegten.

Fortsetzung von Seite 1

GENAU AUS diesem Grunde hatte übrigens Prag immer auf eine rasche Entschädigung für die tschechischen NS-Zwangsarbeiter gedrängt. Das fortgeschrittene Alter der Betroffenen sollte den Fortschritt der Verhandlungen beschleunigen, weil es eben unmenschlich und zynisch wäre, jahrelang zu debattieren, während die potentiellen Nutznießer von Tag zu Tag weniger würden. Österreich hat erst vor kurzem den Abschluß der Entschädigungszahlungen an die tschechischen Zwangsarbeiter vollzogen (siehe dazu Bericht im Blatt), obwohl es um ein Vielfaches des in Tschechien diskutierten Betrages gegangen ist. Die Österreicher haben übrigens keine Debatte darüber geführt, ob eine solche humanitäre Geste angebracht wäre oder nicht. Zur Diskussion stand nur das Wie und nicht das Ob. Und das war wohl auch eine Folge der Einsicht, daß eine humanitäre Geste, noch dazu in diesem historischen Kontext, kein Stoff für ein politisches Schmierentheater sein darf. In Prag ist man wieder einmal noch nicht so weit.

BESUCHEN SIE UNS IM INTERNET

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich: www.sudeten.at oder www.vloe.at

Benutzen Sie auch unsere e-Mail-Adresse, um uns schneller und direkt zu erreichen: sloe@chello.at

Benutzen Sie auch die Web-Seiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Deutschland, damit Sie über den aktuellen Stand der heimatpolitischen Arbeit informiert sind.

www.sudeten.de
e-Mail: poststelle@sudeten.de

Senden Sie uns ein E-mail und geben Sie uns Ihre Zustimmung bzw. Kritik über unsere Arbeit bekannt.

Wir suchen eine Zeitung

Für unsere Dokumentation suchen wir eine guterhaltene Ausgabe der „Sudetenpost“:

Folge 1 vom 24. September 1955.

Sollten Sie fündig werden, erwarten wir gerne Ihren Anruf (Linz, 0732 / 70 05 92).

Die Redaktion dankt für die Mitarbeit!



Blick auf die Festbühne des Heimattages. Im Bild rechts Bundesobmann Gerhard Zeihsel bei seiner Ansprache.

Das sagten die Vertriebenenensprecher

Seit vielen Jahren benennen alle Parteien – außer den Grünen – einen Vertriebenenensprecher. Diesmal ergriffen in der Klosterneuburger Babenberghalle alle drei das Wort.

NAbg. Ing. Norbert KAPPELLER (ÖVP), Jahrgang 1970, hat familiäre Wurzeln in Ratibor / Oberschlesien und ist SLÖ-Mitglied der Bezirksgruppe Freistadt. Er betonte, daß kollektives Unrecht nicht verjährt und sich auch nicht biologisch lösen wird. Er wird sich bemühen, daß der Übergang – wie in seiner Familie – von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration klappt. Das Recht auf Eigentum und auf Restitution dürfe nicht in Frage gestellt werden. Es gibt genug Modelle in anderen Oststaaten. Kapeller verwies auf eine gelungene Tagung, gemeinsam mit der SLÖ, in Freistadt. Schwerpunkte seiner Arbeit als Vertriebenenensprecher sind Schulprojekte, Einbringung des Sudetendeutschen Problems in den Geschichtsunterricht Österreichs, ein Trachtentreffen und die Beziehung von Sudetendeutschen als Experten bei Gesprächen der Landesregierung mit Südböhmen. Außerdem möchte er jährlich im Spätsommer einen Rechenschaftsbericht seiner Arbeit in Freistadt geben.

NAbg. Barbara ROSENKRANZ (FPÖ)

sprach von einer verspielten Chance. Die österreichischen Politiker hätten die Chance auf Erfolg in den Gesprächen mit der Tschechischen Republik über die Beneš-Dekrete verspielt. „Sie wollten gar keinen Erfolg in dieser Frage erzielen“, sagte sie. Die Spannungen hätten sich seit dem EU-Beitritt der CR nicht verringert und sie kündigte eine Unterstützung der „Sudetendeutschen Initiative“ vor dem EU-Menschenrechtsgericht an.

NAbg. Dipl.-Ing Werner KUMMERER (SPÖ) wohnt im Mistelbacher Bezirk – dieser war erster Anlaufpunkt für die Vertriebenen des Brünner Todesmarsches. Er wies auf die vielen Fixpunkte im Weinviertel für die Vertriebenenentreffen hin: Der Garschöntaler Kirtag der Feldsberger, der Südmährerhof in Niedersulz oder die Südmährertreffen am Kreuzberg in Kleinschweinbarth an der Grenze zu Nikolsburg. Österreich hat auch seine Vergangenheit in Etappen aufgearbeitet. Auch wenn wir nicht schuldig sind, tragen wir Verantwortung. Die Ereignisse am Balkan haben gezeigt, daß fünfzig Jahre später aus der Geschichte nichts gelernt wurde. Es dürfe Unrecht nicht durch neues Unrecht ersetzt werden. Von der Vetodrohung habe seine Partei nichts gehalten.

ZITAT

„Auch wenn nicht mehr viele der Täter leben, bleiben wir und auch spätere Generationen haftbar dafür.“

Kardinal Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, zu den an Juden begangenen Verbrechen.

Pieschls Grußworte...



...waren wieder ein rhetorisches Feuerwerk, als er von einem Besuch beim Heiligen Vater berichtete und diesem seine Abstammung erklärte. Und er erinnerte an das Papstwort, das dieser in Kanada zu seinen polnischen Landsleuten sagte: „Laßt Euch nicht trennen von Euren Wurzeln!“ Und das gelte auch für die sudetendeutsche Volksgruppe!

Viel Beifall war ihm sicher.

Sudetendeutscher Heimattag 2004 in Wien und Klosterneuburg: Vertreibung verjährt nicht!

Unter diesem Motto stand der diesjährige Sudetendeutsche Heimattag 2004 in Wien und Klosterneuburg. Beim samstägigen Tag der offenen Tür im Wiener „Haus der Heimat“ fand ein reichhaltiger Flohmarkt des Frauenarbeitskreises statt. Über die Podiumsdiskussion berichten wir an anderer Stelle. Gut besucht war auch das Böhmerwaldmuseum mit der Erzgebirger Heimatstube in der Ungargasse.

26. September in Klosterneuburg

Das Mährisch-Schlesische Heimatmuseum in der Rostockvilla zog mit der Sonderausstellung „Zerbrechliche Kostbarkeiten“ viele Besucher an.

Zu Mittag eröffnete Bundesobmann Gerhard Zeihsel die Ausstellungen im Foyer der Babenbergerhalle: Die Klöppelrunde zeigte kunstvolle Erzeugnisse und demonstrierte auch ihr Können, die Buchhandlung Hasbach mit Herrn Kastel bot wieder einschlägige Heimatbücher an, die Schönhengster Spielschar, die Sudetendeutsche Jugend und die Karlsbader Oblaten waren mit Ständen vertreten. Das Böhmerwaldmuseum präsentierte sich durch eine Schau. Horst Mück präsentierte die Ausstellung „Auch sie schufen die Republik“ mit neunzig sudetendeutschen Abgeordneten der provisorischen Nationalversammlung von 1919.

Nach einem Platzkonzert der Blasmusikkapelle Klosterneuburg am Rathausplatz folgte das

Feierliche Hochamt

in der Stiftskirche mit Weihbischof Gerhard Pieschl und den Heimatpriestern und Diakonen Dr. Demel, Dr. Vogel, Dr. Ladner und Franz Peer aus Groß-Tajax / Südmähren. Die Stadtkapelle spielte die Schubertmesse. Die Predigt des Vertriebenenbischofs Pieschl war zu Herzen gehend und gab allen Hoffnung.

Der anschließende Festzug führte zum Sudetendeutschen Platz. Stark war wieder der Block der Ehrengäste an der Spitze des Zuges. Unter den Klängen der Stadtkapelle marschierten ein langer Zug in Trachten mit Fahnen und Wappentüchern durch die beflaggten Straßen unserer Patenstadt.

Die Toten-Gedenkfeier gestaltete diesmal Horst Mück mit jugendlichen Sprecherinnen und Sprechern. Eindrucksvoll waren die erwähnten Einzelschicksale mit Namen – keine anonymen Riesenzahlen, unter denen man sich gar nichts konkret vorstellen kann. Beim „Guten Kameraden“ senkten sich die Fahnen und wir gedachten mit einer Kranzniederlegung am Denkmal aller Toten.

Nachdenklich kehrten wir im Festzug zur Babenbergerhalle zurück, es folgte die

Kundgebung mit Nationalratspräsident Khol.

Mit der Niederösterreichischen Hymne und der Bundeshymne, begleitet von der Stadtkapelle, wurde begonnen.

Bundesobmann Zeihsel konnte hochrangige Vertreter der Politik, Kirche und Verbände begrüßen. Es waren gekommen:

Dr. Andreas Khol, Gerhard Pieschl, Dr. Gottfried Schuh, die NAbg. Dipl.-Ing. Werner Kummerer, Ing. Norbert Kapeller, Barbara Rosenkranz und Dr. Vincenz Liechtenstein, Stiftsku-

stos Prof. Dr. Floridus, Pater Bernhard Demel und Dr. Vogel vom Deutschen Orden, Botschafter Dr. Woltron, Stadtrat Johann Herzog, die LAbg. Heinz-Christian Strache, Brigitte Reinberger, Mag. Harald Stefan – alle FPÖ, LAbg. Johannes Prochaska (ÖVP), Nationalrats-Abg. a. D. Dr. Josef Höchtel, LAbg. a. D. MR Dr. Rüdiger Stix, Ing. Manfred Klopff, Dipl.-Ing. Rudolf Reimann, StR Dr. Josef Pitschko, die GR Waltraud Balaska, Wilhelm Müller, Ing. Adolf Hasenauer, Dipl.-Ing. Franz Lebeth, Alfred Steindl, KR Sepp Schützenhofer; Gustav Chalupa, Dkfm. Alfred Kratschmer (VLÖ), Julius Fikar – Banater Schwaben, Hofrat Prof. Dr. Gottlieb Ladner, Dr. Helma Halva, Dr. Irmgard Gal, KR Paul Lochmann, Mag. Alexis Wintoniak.

Große Überraschung von Bürgermeister Dr. Schuh

Als Gastgeber wartete Klosterneuburgs Bürgermeister Gottfried Schuh (ÖVP) mit einer Überraschung auf. Nach vierzig Jahren Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Landsmannschaft Wien, Niederösterreich und Burgenland übernehme die Stadtgemeinde nunmehr die bundesweite Patenschaft. Und das besonders Erfreuliche: Der Beschluß wurde auch einstimmig gefaßt! Unser „Patenonkel“ Dr. Schuh wörtlich: „Klosterneuburg ist damit zur sudetendeutschen Hauptstadt Österreichs geworden!“

Bundesobmann-Stellvertreter Steinhauers Anmerkungen

Eingangs dankte Johann Steinhauer dem Festredner, 1. Nationalratspräsident Dr. Khol, für sein Kommen. Wir wären gespannt, was zum Treffen mit CR-Ministerpräsident Gross vor drei Tagen in Wien zu sagen ist. Dann hinterfragte er die Floskel von „Nicht-in-die-Vergangenheit-Schauen“: Der neue Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hatte dies in einem „Kurier“-Interview vor seiner Reise nach Prag gesagt, ähnliche Meldungen hört man oft von tschechischer Seite. Was war so schlimm, daß man die Vergangenheit meidet wie der Teufel das Weihwasser? Aber auch landauf, landab

wird öfters gefordert, das Thema Sudetendeutsche und Vertreibung ruhen zu lassen! „Hört's endlich damit auf!“ Den Nichtbetroffenen kommt dieser Ausspruch nur allzu leicht über die Lippen – wir Betroffenen meinen: Die Vergangenheit gehört aufgearbeitet. Und dann erklärte Steinhauer, was so schlimm an der Vergangenheit war:

1. Es fing schon 1918 bei der Staatsgründung der 1. CSR mit einer Lüge an, indem man einen CSR-Nationalstaat ausrief, aber 36 Prozent der Bevölkerung waren Deutsche!

2. Die Argumentation der Staatsgründer, diesen neuen Staat nach Schweizer Muster zu führen, war eine Absichtserklärung mit leerem Inhalt

3. Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes. Als die Deutschen dieses Recht einforderten und am 4. März 1919 dafür demonstrierten, wurde rücksichtslos von der Waffe Gebrauch gemacht. Es gab 54 Tote und Hunderte Verletzte.

4. Diskriminierung der deutschen Bevölkerung.

5. Bodenreform kam nur den Tschechen zu Gute.

6. Unterwanderung der deutschen Gebiete. Öffentliche Posten wurden von Tschechen besetzt, das ging von Bezirkshauptmannschaften, den Finanz- und Postämtern, Eisenbahnen bis zu den Lehrern.

Das waren, kurz aufgezählt, die kleinen „läßlichen Sünden“.

Der große Wurf gelang den Tschechen 1945 mit der entschädigungslosen Enteignung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Präsidenten-Dekrete machten dies möglich.

Aufgrund dieser aufgezählten Schandtaten ist es nur zu verständlich, daß die Tschechen nichts von der Vergangenheit wissen und nur von Zukunft reden wollen. Aber zwischen beiden liegt die Gegenwart. Was geschieht gegenwärtig? Sie sind drauf und dran, das Delikt der Hehlerei zu begehen. Die Häuser, die den Deutschen gehörten, werden zum Kauf angeboten. Es wäre nur interessant zu wissen, wie sie es mit den Kaufverträgen machen, denn im Grundbuch sind nach wie vor die deutschen

Besitzer eingetragen, mit dem Vermerk: „Konfiskation = Beschlagnahme“.

Nachdenklich sei auch der Trend zum alten System. Bei den letzten Wahlen gingen die Kommunisten als große Sieger hervor. In den Gemeindestuben ist der Anteil der Kommunisten bereits bis zu 40 Prozent. Vorwürfe, bei Erfüllung von Restitutionsforderungen gebe es eine neue Vertreibung, diesmal der Tschechen, entbehren jeder Grundlage. Steinhauer meinte, unter den heutigen Umständen hätten nur wenige Landsleute das Bedürfnis, in der Heimat sesshaft zu werden. Was wir aber alle wollen, ist eine Entschädigung und eine ehrliche Verurteilung der Nachkriegsverbrechen. Und weil die Vertreibung nicht verjährt (Völkermord), wird es auch keine biologische Lösung geben, auf die so mancher in der CR hofft.

Bürgermeister Nigl macht betroffen

Dann geißelte er den Rückzug der Gemeindevertretung von Retzbach an der tschechischen Grenze vom Znamer Heimatdenkmal und dem jährlichen Treffen – durch die Zurücknahme der Mitveranstaltung. Der Grund: Ein SLÖ-Flugblatt zu den 1.-Mai-Beitrittsfeiern unter dem Motto „Wir können nicht mitfeiern“, worin wir argumentierten, warum. Hat man diese Aktion nur zum Anlaß genommen, um einen Sinneswandel zu rechtfertigen?

Will und braucht man uns nicht mehr, sind wir störend bei der großen Verbrüderung? Und er fordert Bürgermeister Nigl auf, diese Entscheidung zu revidieren. Es tut so weh, verstoßen zu werden! Wir wollen nicht, daß sie uns Bewilligungen gewähren. Wir sind nicht mehr die armen Flüchtlinge von 1945, die um ein Stück Brot und ein Glas Milch bettelten, um nicht zu verhungern. Jährelang haben wir mit unseren Besuchen im Grenzland die Wirtschaft belebt. Haben Sie das alles vergessen?

Und Steinhauer schloß:

„Wir waren keine Störenfriede, wollen und werden keine sein, aber eines werden wir: Nicht müde werden im Kampf um unser Heimatrecht, denn Heimatrecht ist Menschenrecht!“



Übergabe der Patenschaftsurkunde der Stadt Klosterneuburg.



NR-Abgeordnete Barbara Rosenkranz.



Lm. Johann Steinhauer bei seiner Rede.



Eröffnung der Ausstellung. V. l.: H. Mück, G. Pieschl, G. Zeihsel und J. Steinhauer.



NR-Abgeordneter Norbert Kapeller.

Diskussion beim Heimattag: Tschechien in der EU – was nun?

Im Rahmen des Sudetendeutschen Heimattages fand am 25. September im „Haus der Heimat“ in Wien eine Podiumsdiskussion zu diesem brennenden Thema statt.

Als Referenten am Podium konnte Bundesobmann LAbg. a. D. Gerhard Zeihsel als Moderator Weihbischof Gerhard Pieschl, NAbg. Barbara Rosenkranz (FPÖ), Alfred Payleitner (Kurier), Premysl Janyr (Österr./Tschech. Dialogforum) und den Vorsitzenden der SLÖ-Bundeshauptversammlung, Min.-Rat i. R. Dr. Walter Heginger und einen vollen Saal mit sehr Interessierten, begrüßen.

Anschließend stellte Zeihsel die Referenten kurz vor:

Von weitest angereist kam Weihbischof Gerhard Pieschl aus Limburg. Er ist der Vertreter der Heimatvertriebenen in der deutschen Bischofskonferenz.

Die Vertriebenensprecherin der FPÖ, NAbg. Barbara Rosenkranz, hat als einzige bei der Ratifikationsabstimmung im Parlament wegen der Beneš-Dekrete dagegen gestimmt.

Alfred Payleitner, der bekannte Journalist, hat sich mit der sudetendeutschen Problematik auch in einem lesenswerten Buch („Adler und Löwe“) beschäftigt.

Premysl Janyr, der einzige Tscheche am Podium, lebt in Wien und bemüht sich im Österr.-Tschech. Dialogforum um eine Verständigung – und Dr. Walter Heginger vertritt die SLÖ in dieser Runde. Beruflich war er federführend im Unterrichtsministerium an der Erstellung des Lehrfilms „Sudetendeutsche und Tschechen“ und der Zeitzugaktion tätig.

Der Moderator brachte dann zur Einleitung einige Gedanken:

„Nach der Vertreibung mußten wir zuerst ums Überleben kämpfen – Wohnraum, Arbeit standen im Mittelpunkt. Aber bald gründeten unsere Vorgänger in ganz Österreich Heimatgruppen, die sich in der SLÖ zusammenschlossen.

In der Zeit des Kommunismus von 1948 bis 1989 war unser Rechtskampf ein Kampf gegen Windmühlen. Die Vertreiberstaaten reagierten jeweils mit wüsten Beschimpfungen auf unsere großen Pfingsttreffen – Revanchisten waren wir in ihren Augen.

In den meisten Bereichen waren wir in Österreich ein TABU-THEMA, man schwingt unser Schicksal tot. Finanziell erreichte Österreich 1974 ein Österreichisch Tschechoslowakisches Vermögensabkommen für die Vorkriegs-Österreicher vom kommunistischen Staat eine gedeckelte finanzielle Entschädigung für das in der CSR verlorene Eigentum.

1989/90 – nach der Wende zur Demokratie, stieg bei uns die Erwartung zum Wollen der tschechischen Regierung und Bevölkerung, das Unrecht der Nachkriegsverbrechen an den Deutschen und Madjaren zu versuchen gutzumachen.

Die ersten Aussagen Václav Havels führten zu der Hoffnung bei den Vertriebenen, daß eine Aufarbeitung der Vergangenheit ernstlich angegangen und das kommunistische Geschichtsbild als Lüge erkannt wird.

Bald erkannten aber die tschechischen Politiker, daß man mit dem Thema Sudetendeutsche politisches Kleingeld machen kann. Zeman, Klaus, Spidla u. v. a. versuchten sich in ihren Angriffen auf die Sudetendeutschen zu übertreffen.

Die nächste Hoffnung waren die Aufnahmebestrebungen der CR und der Slowakei in die EU.

Aber die sogenannte „Wertegemeinschaft“ sah nur den „Markt“ und piff sich nicht um die Kopenhagener Aufnahmekriterien – und die CR war mit einem blauen Auge in der EU.

Viele österreichische Politiker haben uns gesagt, wartet, bis die Tschechen in der EU sind – dann läßt sich alles leichter regeln. Als jetzt aber einige Dutzend Sudetendeutsche den Rechtsweg nach Straßburg mit der „Sudetendeutschen Initiative“ gegangen sind, herrscht wieder große Aufregung ... wie könnt Ihr das?

Damit möchte ich das Podium einladen, in Kurzreferaten ihren Standpunkt darzulegen.

Pieschl: Er erzählte seine Erlebnisse als Zehnjähriger bei der Vertreibung. Für ihn ist klar, daß er Sudetendeutscher bleibt und er sich für eine Aufarbeitung des Vertriebensverbrechens einsetzt. Er verglich die Sudetendeutsche Frage mit einem abgeschlagenen Baum, aus dem ein junges Reis heraustreibt. Jahrhundertlang gab es eine Symbiose zwischen den beiden Völ-

kern, zum Vorteil beider. Die Volksdiplomatie zeitigt Erfolge auf Ortsebene, die Kirchen tragen zum gegenseitigem Verstehen bei.

Rosenkranz: Für sie ist das Thema nicht erledigt. Als Historikerin beurteilt sie die Lage der Sudetendeutschen so, daß es zu einer Entsühnung durch die Tschechische Regierung kommen müsse. Es müsse mit Recht das Erbe eingemahnt werden. Nur die Gerechtigkeit sei das Fundament für dauerhafte Macht. Die Beneš-Dekrete sind nicht totes Recht, sondern lebendes Unrecht. Leider ist dem von Verheugenen betriebenen CR-Beitritt in die EU zum Nulltarif von Österreich nicht ernsthaft Widerstand geleistet worden. Den Rechtsweg der „Sudetendeutschen Initiative“ unterstützt sie.

Janyr: Er meinte, daß die Position Österreichs in der Frage Temelin zwar hysterisch, aber glaubwürdig war. Dagegen war das bei den Beneš-Dekreten nicht der Fall. Österreich hätte – beispielsweise im Ständestaat – immer Distanz zu den Sudetendeutschen gehabt, weil sie Großdeutsche waren. Auch Außenminister Gruber habe nach dem Zweiten Weltkrieg Prag zu verstehen gegeben – Österreich werde entsprechend mit ihnen umgehen! Von 400.000 nach Österreich Geflüchteten, wurden auch über 200.000 – mit Hilfe der Sowjets – nach Deutschland weitergeleitet.

Er wies auf das kommunistische totalitäre System hin, das die geschichtliche Wahrheit vertuschte, verdrehte und keinen freien Gedankenaustausch für zwei Generationen von Tschechen und Slowaken zuließ. Er wies auch auf die frühen Bemühungen der Exiltschechen unter General Prchala hin, mit den Sudetendeutschen einen Ausgleich zu finden. Ab den sechziger Jahren gab es – meist im Untergrund – eine Beschäftigung mit der Vertreibung der Sudetendeutschen. Er stellt einen Meinungswandel durch eine breite Auseinandersetzung seit den neunziger Jahren in der CR fest. Besonders Intellektuelle und Studenten und Jugend stellen immer mehr Fragen zur Vergangenheit der Tschechen (Protektorat), Deutschen und Juden in der CSR fest. Die Vertreibung weckt ein nationales Schuldgefühl, die besonderen Beneš-Dekrete werden als Belastung gesehen, Eigentumsforderungen blockieren die Stimmung für die Sudetendeutschen.

Payleitner: Er erwähnte, daß beim gestrigen Besuch des tschechischen Regierungschefs Stanislav Gross, Jahrgang 1970, Temelin und die Beneš-Dekrete nur mehr am Rande behandelt wurden – die Entwicklung laufe gegen die Sudetendeutschen. Die Vertreibung liege so lange zurück, daß der Gefühlsbereich erkaltet. Der junge Brünner Verleger seines Buches hat beispielsweise erst nach der Wende mit 22 Jahren von der Vertreibung erfahren. Weiße Flecken eignen sich gut zur Instrumentalisierung in der Politik. Für alle gelte: Eigene Schwächen werden am schwersten gesehen. Aus der Habsburgerzeit wirken noch immer tiefe nationale Verletzungen bei vielen Tschechen. „Die Sache ist gelaufen“ erregte starken Widerspruch.

Heginger: Er berichtete von einem Seminar in Tirol, dort beklagte ein hochrangiger Wirtschaftsfachmann, daß die gute wirtschaftliche Entwicklung in unserem Nachbarland durch Temelin und die Beneš-Dekrete gestört würde. Heginger erklärte bei diesem Seminar die Vertreibungen in der Welt – am Beispiel der drei Millionen Sudetendeutschen, wo die Beneš-Dekrete noch immer im Rechtsbestand der CR seien. Mit der Entschädigung haben die Sudetendeutschen keinen Erfolg – das sei eine Ungleichbehandlung. Schwerpunkt müsse vor allem die Information der Jugend in der CR und Österreich sein, dabei ist besonders im schulischen Bereich das geschichtliche Wissen ausbaubar. Die EU-Politiker rief er auf, die Volksgruppenrechte zu sichern.

In der zweiten Podiumsrunde erinnerte Weihbischof Pieschl an den aus dem Sudetenland stammenden Psychoanalytiker Sigmund Freud. Nur die Aufarbeitung könne zum Heilungsprozess beitragen. Verdrängte Tatsachen gären in den Völkern weiter.

Payleitner geht es um eine Güterabwägung – die rechtliche Argumentation sei problematisch. Weiters berichtete er über das Aufspüren von falscher Anwendung der Beneš-Dekrete durch den tschechischen Anwalt Nesvila. Ein Beispiel wäre Graf Walderode de Four, wo dessen Gattin, Dr. Kammerlander, weiter prozessiere.

Janyr sieht in Kompromissen eine Lösungsmöglichkeit. Wenn man sich auf die Argumentation von CR-Minister Lux zum scheidoslowakischen Restitutionsgesetz von 1991/92, „was gestohlen wurde, muß zurückgegeben werden“, beruft, ist das unmöglich – ein Drittel der CR müßte zurückgegeben werden!

Interessant war die Mitteilung, daß in Brünn 16 Dissertationen über den Todesmarsch geschrieben wurden! Dr. Heginger fordert für beide Länder als Ziel, in den Schulen kollektive Vertreibungen zu verurteilen.

Nun griffen auch die stark mitgegangenen Zuhörer in die Diskussion ein: Ing. Reiner Elsinger betonte, daß durch die Symbiose der beiden Völker hauptsächlich die Tschechen profitiert hätten, daß die Sicherung der Denkmäler und Gräber durch den Nachbarschaftsvertrag und das neue Friedhofsgesetz gefährdet seien – was eine Kulturschande bedeutet. Dipl.-Ing. Rudolf Reimann (VLÖ-Vorsitzender) wies auf positive Restitutionsprozesse in Ungarn, Rumänien, Kroatien, Slowenien und Serbien hin – Länder, die wirtschaftlich oft viel schwächer als die CR seien.

Stadtrat Johann Herzog (FPÖ) betonte, daß die unglaubliche Betrachtungsweise der Tschechen die Versöhnung mit der eigenen Geschichte erschwere.

Es gäbe ein kollektives Gedächtnis, das alles wieder hochkommen läßt.

Walter Ender schilderte grausame Szenen, die er bei der Vertreibung aus Altbürgers bei Jägerndorf erleben mußte. Und Dr. Günther Kottek (SLÖ-Landesobmann-Stellv.) argumentierte gegen die Relativierungen Janyrs und betonte die Wichtigkeit der Bereitschaft zur Schadensgutmachung.

Janyr meinte abschließend, er verteidige nicht viele Standpunkte der tschechischen Politik – er sei manchmal sogar kritischer als die Sudetendeutschen. Nach 1989 wäre eine Lösung am leichtesten gewesen, aber alle waren darauf nicht vorbereitet!

Payleitner wies auf viele Selbstmorde zweifelnder Sudetendeutscher hin, bedingt durch eine ablehnende Haltung des damaligen Österreich.

Rosenkranz reklamierte die ganze Wahrheit um die offizielle Politik und die Taktik. Die Beneš-Ehrung sei blanke Provokation – das sei ein Problem der EU. Sie forderte zur Wachsamkeit auf.

Bei einem anschließenden gemütlichen Beisammensein in der VLÖ-Kantine gab es noch viele persönliche Gespräche zum Thema.

Südböhmische Milch geht nach Bayern

Mehrere südböhmische Landwirte der Molkereigenossenschaft Jih (Süd) haben begonnen, Milch in das benachbarte Bayern zu exportieren. Täglich liefern sie etwa 70.000 Liter in die Molkerei der Stadt Cham, berichtete das tschechische Fernsehen. Zuvor seien Preisverhandlungen zwischen den Bauern und ihrem bisherigen Abnehmer, der tschechischen Lebensmittelgesellschaft Madeta, ohne Ergebnis geblieben, hieß es in dem Bericht. Demnach hätte Madeta acht Kronen, also etwa 25 Cent pro Liter gezahlt, die Bayern zahlen umgerechnet zwei Cent mehr. Ein Mitglied der Genossenschaft Jih sagte gegenüber dem Fernsehen, das zusätzliche Geld ermögliche die Weiterentwicklung der Landwirtschaftsbetriebe.

Künstler warnen vor Kommunisten

Vor dem steigenden Einfluß der kommunistischen Partei sollte ein Konzert warnen, das kürzlich unter dem Motto „Mit Kommunisten spricht man nicht“ in der ehemaligen Fabrikhalle im Prager Stadtteil Karlín veranstaltet wurde. Nach Worten des Organizers Petr Placák ist der Protest aktueller geworden. Als ein Beispiel des wachsenden Einflusses der Kommunisten in der Gesellschaft bezeichnete Placák die Ernennung Pavel Pribyls zum Chef der Regierungsbehörde. Pribyl war Befehlshaber der Polizeitruppen, die Ende der achtziger Jahre gegen Demonstrationen der Gegner des kommunistischen Regimes eingesetzt wurden. Erst nach massiven Protesten trat Pribyl zurück.

Hauer: Eine zweite Vertreibung!

Am 19. September 2004 fand der 10. Tag des offenen Denkmals in Oberösterreich statt. „Das kulturelle Erbe der Anderen“ lautet das diesjährige Motto, präsentiert wurden unter anderem Kulturdenkmäler im südböhmischen Hohenfurth, Zettwing und am Schwarzenberger Schwemmkanal. „In den Begleittexten wird mit keiner Zeile erwähnt, daß diese als ‚Erbe der Anderen‘ bezeichneten Kulturdenkmäler in Wahrheit das Erbe der in den Jahren 1945/46 vertriebenen und ermordeten Sudetendeutschen sind“, kritisierte der Linzer FPÖ-Gemeinderat Robert Hauer die Geschichtsklitterung im Namen der Denkmalpflege. Das systematische Verschweigen des kulturellen Erbes der altösterreichischen Böhmerwälder komme einer zweiten Vertreibung der Sudetendeutschen gleich. Nun würden sie auch noch ihrer kulturellen Leistungen beraubt.

Präsident des Ungarn-Weltbundes bei der SLÖ



Beim Gespräch in der Bibliothek der SLÖ im „Haus der Heimat“ (v. l. n. r.): SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel, Miklós Patrubány, Präsident des Weltbundes der Ungarn (WBU), Alfred Bäcker, SLÖ-Bundesobmann-Stv., ein Mitarbeiter des Präsidenten und Johann Steinhauer, SLÖ-Bundesobmann-Stv. Foto: Markus Freilinger

Das SLÖ-Präsidium empfing den auf der Durchreise befindlichen Präsidenten Miklós Patrubány im „Haus der Heimat“ in Wien zu einem weiteren Meinungsaustausch über beide Seiten interessierende Fragen.

Dabei überreichte Patrubány der SLÖ-Führung (Gerhard Zeihsel, Alfred Bäcker

und Johann Steinhauer) die von Dr. Charles Wojatsek (Vancouver, Kanada) ausgearbeitete Dokumentation „The Infamous Beneš-decrees“. In dem interessanten Gespräch wurden unter anderem auch die gemeinsamen Bestrebungen in Brüssel angesprochen.

Reparationsforderungen als Waffe im Kampf gegen Recht auf Eigentum

Mit der einstimmig beschlossenen Aufforderung an die polnische Regierung, von Deutschland Reparationen für die Schäden des Zweiten Weltkriegs zu verlangen und der gleichzeitigen Aufforderung an die deutsche Regierung, die eigenen Bürger davon abzuhalten, Ansprüche auf ehemaliges Eigentum in Polen zu stellen, hat das polnische Parlament im September der Auseinandersetzung um die von Deutschen geltend gemachten Entschädigungsansprüche eine neue Dimension verliehen. Die Botschaft des Beschlusses: Polen hat im bevorstehenden Rechtsstreit vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Waffe der Reparationsforderung aus dem Holster gezogen, wenn auch vorerst nur mit Platzpatronen geschossen wird. Die polnische Regierung distanzierte sich nämlich von dem Beschluß des Parlamentes: Man halte die Reparationsfrage „für abgeschlossen und sei entschlossen, die Frage nicht zur Belastung für die deutsch-polnischen Beziehungen werden zu lassen“, so das Außenministerium in Warschau.

Auch in Deutschland wurde die Resolution zurückgewiesen. „Das belastet das Verhältnis zwischen unseren Völkern“, betonte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Angelika Schwall-Düren. Der CDU-Außenexperte Friedbert Pflüger bezeichnete den Beschluß als Retourkutsche auf die angekündigten Entschädigungsklagen der Preußischen Treuhänd. Doch solle man nicht „eine gefährliche Forderung durch eine neue ersetzen“. Die CDU trete deutschen Entschädigungsforderungen eindeutig entgegen.

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach (CDU), hält Forderungen gegen Deutschland international genauso wenig durchsetzbar wie die Wiedergutmachungsklagen deutscher Vertriebenen gegen Polen. Insbesondere der rot-grünen Bundesregierung wirft Steinbach ein „kardinales Versagen“ vor. Diese habe es versäumt, notfalls auch alleine für einen die Vertriebenen berücksichtigenden Rechtsfrieden zu sorgen. Die Bundesre-

gierung habe wohl gehofft, die Probleme würden mit der Generation der Betroffenen aussterben.

Schröder gegen innerstaatliche Entschädigung von Vertriebenen

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat eine innerstaatliche Entschädigung der Vertriebenen abgelehnt. In einem Interview für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom vorigen Donnerstag sagte Schröder, sonst würde auch die Rechtsposition aufgegeben, „daß es keine Restitutionsansprüche auf der einen wie auf der anderen Seite gibt“. Er nannte zugleich den Beschluß des polnischen Parlamentes, die Regierung in Warschau solle mit Deutschland über eine Entschädigung für Kriegsschäden verhandeln, „falsch, unhaltbar und auch nicht erfüllbar“. Die polnische Regierung wisse das. Zu den Aussagen Schröders erklärt der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Landtagspräsident a. D. Johann Böhm: „Mit seiner Äußerung mag der Kanzler Recht haben, soweit es um Ansprüche von Staat zu Staat geht. Neben den staatlichen Reparationsforderungen gibt es allerdings auch Ansprüche betroffener Menschen. Über diese kann weder der Staat noch der Kanzler verfügen. Sowohl das Eigentumsrecht als auch das Heimatrecht sind persönliche Rechte. Nur den Rechtsinhabern steht darüber die Verfügung zu. An dieser Rechtslage kommt auch der Kanzler nicht vorbei. Es ist bedauerlich, daß er nicht zwischen privaten und staatlichen Positionen unterscheiden kann. Wegen ihrer Unterschiedlichkeit jedenfalls können privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Forderungen nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Der Kanzler hat in seinem Interview auch erklärt, er mache seine „politische Überzeugung nicht von falschen Entscheidungen anderer abhängig“. Sein Problem aber liegt anderswo: Er läuft Gefahr, auf Grund falscher Überzeugungen falsche politische Entscheidungen zu treffen“.

Seltenes Lob aus Polen für die BdV-Präsidentin Steinbach

Polnische Politiker fordern von Deutschland, Klagen von Vertriebenen auf Eigentumsrückgabe zu verhindern. „Wir erwarten vom Kanzler, daß er dies als ein internes Problem Deutschlands anerkennt“, sagte der EU-Abgeordnete und frühere Außenminister Bronislaw Geremek. Wenn es Forderungen gebe, sollten diese von der deutschen Regierung „befriedigt“ werden (was diese aber ablehnt, siehe Bericht auf dieser Seite). Der Vizepräsident des polnischen Parlaments, Donald Tusk, verlangte, daß „die Deutschen ihre Ansprüche an Polen“ zurücknehmen. Er kritisierte, daß die deutsche Politik nicht gegen die Forderungen gegenüber Polen vorgehe, und lobte hingegen den Vorschlag der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, die eine innerdeutsche Lösung für die Entschädigungsfrage angeregt hatte.

Zwar habe sich die polnische Regierung von dem Beschluß distanziert, doch erwarte er, „daß sich auch im polnischen Parlament bald wieder die Stimme der Vernunft erhebt“.

BdV-Präsidentin Steinbach glaubt nicht an einen Erfolg der polnischen Reparationsforderungen. Die Forderungen gegen Deutschland, die das polnische Parlament am vorigen Freitag in einer Resolution beschlossen hat, seien international genauso wenig durchsetzbar wie die Wiedergutmachungsklagen deutscher Vertriebenen gegen Polen, sagte Steinbach, die auch schwere Vorwürfe gegen die Regierungen Deutschlands und Polens erhob. Die polnischen Forderungen machten deutlich, daß beide Staaten gründlich versagt hätten. Auch fünfzehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, in denen man sich hätte verständigen können, sei keine Lösung gefunden worden.

Die nun vom polnischen Parlament verabschiedete Entschließung ist eine politische Erklärung. Sie hat keine rechtlich bindende Wirkung für Ministerpräsident Marek Belka und seine Regierung. Doch auch um diesen Text wurde lange verhandelt, bis kurz vor der Abstimmung. Die konservativen und nationalistischen Parteien hatten ursprünglich eine wesentlich schärfere Version formuliert, die Linksparteien dagegen wollten keine ausdrückliche Forderung nach Reparationen akzeptieren. Herausgekommen ist die etwas vage formulierte Aufforderung an die Regierung, „in dieser Angelegenheit entsprechende Maßnahmen zu ergreifen“.

Die Forderung des polnischen Parlaments nach deutscher Entschädigungen war zuvor in Berlin parteiübergreifend auf Kritik gestoßen. Der SPD-Politiker Peter Glotz meinte: „Jetzt sind die Polen dran, ihren national-konservativen Fundamentalismus zurückzudrängen.“

Der Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Bundestag, Matthias Wissmann (CDU), appellierte an beide Seiten, Maß zu halten. „Auch unsere polnischen Freunde sollten wissen, wie viel Deutschland ihnen beim EU-Beitritt geholfen hat.“ Der FDP-Außenexperte Werner Hoyer sprach von einem „rabenschwarzen Tag für die delikaten und gleichzeitig für beide Seiten so wichtigen deutsch-polnischen Beziehungen“.

Polen hat keine Ansprüche mehr!

Der Benrather Kreis bemängelt die Fülle von Pressemeldungen der letzten Zeit, die sich mit angeblichen polnischen Reparationsforderungen befassen, ohne daß der Hauptgegenstand – das Vermögen der deutschen Vertriebenen in den Ostgebieten – klar bezeichnet und definiert wird. Einerseits wird verschwiegen, daß der polnische Reparationsverzicht vom 24. August 1953 sich auf ganz Deutschland bezog, andererseits steht das Vermögen der Vertriebenen gar nicht zur Disposition, weil dessen Konfiskation in Verbindung mit dem Völkermord der Vertreibung zu den unverjähren Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört. Nach neuesten Presseveröffentlichungen – Prof. Blumenwitz (Würzburg) und Prof. Schweisfurth (Heidelberg) – hat Polen keinerlei Reparationsansprüche mehr.

Die Tschechische Republik hält sich in der durch Bundeskanzler Gerhard Schröder und BdV-Präsidentin Erika Steinbach ausgelösten Debatte weitgehend zurück. Es sei aber vorsorglich auf das Memorandum der Tschechoslowakei bei der Londoner Konferenz der Vertreter der Außenminister der Vier Mächte vom 30. Jänner 1947 verwiesen, wonach das sudetendeutsche Vermögen nicht als Reparationsgut, sondern als tschechoslowakisches Staatsvermögen bezeichnet wird.

Nunmehr hat Bundeskanzler Schröder in einem Interview mit der F.A.Z. vom 23. Septem-

ber erklärt, „daß wir die Restitutionsansprüche der Vertriebenen nicht akzeptieren und auch keine ersatzweise Haftung der deutschen Regierung“. Auf den Hinweis, daß bisher alle deutschen Regierungen die Vermögensfrage als nicht abschließend geregelt erklärten, verwies Schröder auf den Klageweg. Damit wird die Notwendigkeit des Klageweges bestätigt, den alle Landsmannschaften unterstützen sollten. Neben internationalen Klagen gegen die Vertreiberstaaten ergeben sich – aus der Nichtgewährung des Diplomatischen Schutzes durch Bundeskanzler Schröder – Ansprüche aus Amtshaftung und enteignungsgleichem Eingriff.

Die Kontroverse des Aufsichtsratschefs der Preußischen Treuhänd, Rudi Pawelka, zugleich Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, mit der BdV-Präsidentin Erika Steinbach, MdB, ergibt sich konsequenterweise aus deren satzungswidrigem Verhalten („Null-Lösung“). Die gegenteilige Auffassung des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, MdEP, ist unverständlich, da die SL seit dem Jahr 2000 ein Verfahren gegen die Bundesregierung auf Verwirklichung des Diplomatischen Schutzes unterstützt, und andererseits zahlreiche Mitglieder der SL in der Sudetendeutschen Initiative ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingeleitet haben.

Roland Schnürch

Finanzhilfe für Eigentumsprozesse

Der Landkreis Aussig will seinen Bewohnern die Kosten für Gerichtsverfahren, die mit sudetendeutschen Eigentumsforderungen im Zusammenhang stehen, teilweise ersetzen. Das gab ein Mitarbeiter der Landespresseabteilung bekannt. Tschechischen Bürgern würden oft die finanziellen Mittel zur Austragung eines Prozesses fehlen, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Landesregierung, Jaroslav Foldyna, der den nun bewilligten Entwurf selbst im Landtag eingebracht hatte. Der Landkreis kann nun die Gerichtskosten in den genannten Fällen zu bis zu siebzig Prozent abdecken, höchstens jedoch mit umgerechnet 1500 Euro.

Premier für Minderheiten zuständig

Die Problematik der nationalen Minderheiten und Menschenrechte wird im neuen Kabinett wahrscheinlich in den Kompetenzbereich des Ministerpräsidenten Stanislav Gross gehören. Dies sagte Vizepremier und Arbeitsminister Zdenek Skromach. Für diese Bereiche sowie für Forschung, menschliche Ressourcen und Antidrogenpolitik war im Kabinett Spidla Vizepremier Petr Mares zuständig. Der neue Premier hatte sich bereits früher dafür ausgesprochen, die Institution des Regierungsbevollmächtigten für Menschenrechte wegen dessen ständiger Kritik an der Arbeit der Regierung aufzulösen.

Habsburg Ehrenbürger von Franzensbad

Otto von Habsburg, dem Sohn des letzten österreichisch-ungarischen Kaisers Karl I., ist die Ehrenbürgerschaft der Stadt Franzensbad (Frantiskovy Lázně) verliehen worden. Bürgermeisterin Libuse Chrástová erteilte ihm diese Auszeichnung für seine langjährigen Bemühungen um ein friedlich vereintes Europa und die bedeutende Rolle der Habsburger in der Franzensbader Geschichte. Denn es war Kaiser Franz I., der das Kurbad 1793 errichten ließ.



Der Völkermord an den Sudetendeutschen (Teil 21)

Die Beneš-Vertreibungs-Dekrete Vertreibung ist Völkermord

Die Vertreibung der Sudetendeutschen war nicht eine „verständliche“ Rache-Reaktion auf das Schicksal des tschechischen Volkes in der Kriegszeit, sondern eine seit Jahrzehnten geplante „ethnische Säuberung“ der ehemaligen österreichischen Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien von den deutschen Mitbewohnern durch chauvinistische Tschechen. Die blutige Vertreibung war durch Aufrufe der tschechischen Exilregierung und zum Teil von Dr. Beneš persönlich aus London 1942 bis 1945 in Gang gesetzt worden, etliche Beneš-Dekrete gaben ihr eine „administrative“ Form, womit eine wesentliche Komponente des Völkermordes, der Vorsatz hiezu, dokumentiert ist. Es ist im Rahmen dieser Serie nicht möglich, alle einschlägigen Dekrete und Gesetze auch nur auszugsweise zu behandeln.

Dekret des Präsidenten der Republik Slg. Nr. 5 vom 19. Mai 1945 über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Rechtsgeschäfte aus der Zeit der Unfreiheit

und über die nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und Kollaboranten und einiger Organisationen und Anstalten.

§ 1 (1) Ausnahmslos alle Vermögensübertragungen und vermögensrechtlichen Rechtsgeschäfte ohne Rücksicht darauf, ob sie bewegliches oder unbewegliches, öffentliches oder privates Vermögen betreffen, sind ungültig, sofern sie nach dem 29. September 1938 unter dem Druck der Okkupation oder der nationalen, rassischen oder politischen Verfolgung vorgenommen wurden.

§ 2 (1) Das im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik befindliche Vermögen der staatlich unzuverlässigen Personen wird gemäß den weiteren Bestimmungen dieses Dekretes unter nationale Verwaltung gestellt.

§ 4 Als staatlich unzuverlässige Personen sind anzusehen:

a) Personen deutscher und madjarischer Nationalität.

Es folgen in diesem Dekret weitere 24 Paragraphen, die zu unserem Thema keine direkte Relevanz besitzen, da sie sich hauptsächlich mit Organisationsfragen befassen.

Dieses Dekret stellt den Anfang der völkerrechtswidrigen und einmaligen Beraubung des Gesamtbesitzes der Sudetendeutschen dar. Weitere ähnliche Dekrete folgen.

Dekret des Präsidenten der Republik vom 21. Juni 1945 Slg. Nr. 12

über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren, wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und des slowakischen Volkes.

Um dem Rufe der tschechischen und slowakischen Bauern und Landlosen nach einer konsequenten Verwirklichung einer neuen Bodenreform entgegenzukommen und geleitet vor allem von dem Streben, ein für allemal den tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen der fremden deutschen und madjarischen Gutsbesitzer wie auch aus den Händen der Verräter der Republik zu nehmen und ihn in die Hände des tschechischen und slowakischen Bauerntums und der Landlosen zu geben, bestimme ich auf Vorschlag der Regierung:

§ 1 (1) Mit augenblicklicher Wirksamkeit und entschädigungslos wird für die Zwecke der Bodenreform das landwirtschaftliche Vermögen enteignet, das im Eigentum steht:

a) aller Personen deutscher und madjarischer Nationalität, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit ...

§ 7 (1) Von dem durch den Nationalen Bodenfonds verwalteten landwirtschaftlichen Vermögen ist Boden an Personen slawischer Nationalität als Eigentum zuzuteilen; ...

(4) In Bezirken mit einer überwiegenden Bevölkerungsmehrheit deutscher Nationalität bleibt der Boden unter der Verwaltung des Nationalen Bodenfonds für die Erfordernisse der Innenkolonisation, wenn nicht genügend nach Abs. 1 Buchst. a) bis f) qualifizierte

Bewerber tschechischer oder anderer slawischer Nationalität vorhanden sind.

(1) Waldboden bis zu 50 beziehungsweise bis zu 100 ha (§ 6 Abs. 2) kann Gemeinden und Waldgenossenschaften zugeteilt werden. Dieser Boden unterliegt der Staatsaufsicht.

(2) Konfiskierte Gebäude, Einrichtungen, die der eigenen land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftsführung dienen, Betriebe der landwirtschaftlichen Industrie, Parkanlagen, Denkwürdigkeiten, Archive u. ä. wie auch alle konfisziierten Liegenschaften können, sofern sie nicht öffentlich-rechtlichen Subjekten zugeteilt werden, als Eigentum zugeteilt werden:

a) an Genossenschaften, die von berechtigten Bewerbern zum Zwecke gemeinsamer Nutzung gebildet werden,

b) ausnahmsweise an die in Abs. 1 Buchstabe a) bis c) angeführten einzelnen Zuteilungsempfänger.

Bei den Beratungen des Textes dieses Dekretes hatte Dr. Beneš Bedenken gegen das Wort „Konfiskation“ geäußert: „Aus allgemeinen politischen Gründen möchte ich darauf hinweisen, daß in der Überschrift“ des Gesetzes die Worte Dekret des Präsidenten der Republik „über die Konfiskation“ durch die Worte Dekret des Präsidenten der Republik „über die Enteignung“ ersetzt werden sollten ...

„Schließlich schlage ich der Regierung vor, im Zusammenhang mit der Lösung der Frage der Bodenreform folgende grundsätzliche Dinge zu erwägen: **Die Bodenreform hängt sehr eng mit der Frage des allgemeinen Transfers der deutschen und magyrischen Bevölkerung aus der Republik zusammen.** Während unseres Aufenthaltes in London erörterten wir mit britischen Autoritäten die Frage des **Transfers** in Verbindung mit den durch die Deutschen bei uns angerichteten Schäden und mit den Reparationen, die wir dafür von Deutschland fordern werden. Um den Alliierten das Problem des Ersatzes der Kriegsschäden zu erleichtern, erörterten wir die Möglichkeit, diese Schäden gerade durch das Vermögen der Deutschen, die von uns ausgewiesen und mittels Transfer nach Deutschland verlegt werden, zu kompensieren (siehe Brief vom 19. Juni 1945). Zweifelloos würde dieser Vorschlag sowohl die Lösung des **Transfers der Deutschen** als auch unsere eventuelle Entschädigung für die Kriegsschäden erleichtern.

Die Regierung behält sich die Möglichkeit vor, im Zusammenhang mit dem Transfer der deutschen Bevölkerung aus der Republik noch einmal diese Frage zu überprüfen und vom Konto der Reparationen Deutschlands diejenigen Bürger deutscher und magyrischer Nationalität zu entschädigen, die nach eventuellen weiteren gesetzlichen Regelungen das Recht auf eine solche Entschädigung erhalten würden.

In diesem Zusammenhang hat am 19. Juni 1945 das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten dem Amt des Präsidiums der Regierung diesen vertraulichen Hinweis zugesandt:

„Betreff: Entwurf zum Dekret des Präsidenten der Republik über die Konfiskation und beschleunigte Verteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen und Magyaren sowie der Verräter und Feinde der tschechischen und slowakischen Nation.“

An das Amt des Präsidiums der Regierung in Prag.

Mit dem Brief vom 12. Juni 1945, mit dem der Herr Präsident der Republik dem Ministerpräsidenten einige Anmerkungen zum oben angeführten Entwurf mitgeteilt hat, schlägt der Herr Präsident zum Punkt 6 vor, die Regierung solle erwägen, daß die **neue Bodenreform eng mit der Frage des allgemeinen Transfers** der deutschen und magyrischen Bevölkerung aus der Republik **zusammenhängt** und daß die Möglichkeit besteht, die Kriegsschäden mit dem Vermögen der von uns ausgewiesenen und nach Deutschland transferierten Deutschen zu kompensieren.

Dazu erlaubt sich das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zu bemerken, daß **in dem Memorandum, welches am 24. August 1944 der Europäischen Beratungskommission** in London übergeben wurde, im Kapitel über den

Transfer folgender Passus war: „Deutschland (Ungarn) zahlt die vom tschechoslowakischen Staat den transferierten Personen ausgestellten (Kassa-) Scheine für das in der Tschechoslowakei zurückgelassene Vermögen bar aus und tauscht das Geld, welches sie aus der Tschechoslowakei mitbringen und das in Deutschland (Ungarn) nicht im Umlauf ist, gegen Geld um, das in Deutschland (Ungarn) im Umlauf ist.“

Im Memorandum über den Transfer, das der Europäischen Beratungskommission übergeben wurde, wird weiterhin in den Punkten 18 und 19 Folgendes festgehalten:

18. **Es besteht nicht die Absicht, das Vermögen der transferierten Personen zu konfiszieren**, sofern dieses nicht als Strafe verfällt. **In der Regel wird es ihnen ermöglicht, ihre Habseligkeiten mitzunehmen**, mit Ausnahme von Waren, deren Ausfuhr allgemein verboten wird (z. B. Vieh, Maschinen, einige Valuten, Gold usw.).

19. **Für das Eigentum**, das sie in der Tschechoslowakei zurücklassen und dessen Wert nach festgelegtem Standard ermittelt wird, **erhalten sie eine Quittung**, die ihnen sicherstellt, daß sie ein Entgelt auf Rechnung des tschechoslowakischen Anspruches gegenüber dem deutschen Staat, der Reichsbank oder deutschen Staatsangehörigen bekommen, oder **sie werden mit deutschem Geld bezahlt**, das auf dem tschechoslowakischen Territorium gefunden wird.

Der Entwurf über die Konfiskation des landwirtschaftlichen Vermögens **weicht von dem Standpunkt ab**, der den alliierten Regierungen in London mitgeteilt wurde. Da jedoch der Herr Präsident in seinen Anmerkungen wieder auf das Problem zurückkommt, **hält es das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten für seine Pflicht, das Amt des Präsidiums der Regierung auf den Inhalt des oben angeführten Londoner Memorandums aufmerksam zu machen.**

Für den Minister: Procházka.

Und zum o. a. Einwand des Dr. Beneš über den Austausch des Wortes Konfiskation mit dem Begriff „Enteignung“ erhielt er am 13. Juni in der Regierungssitzung vom Minister Ďuriš folgende Entgegnung:

Soweit vorgeschlagen werde, statt von Konfiskation von Enteignung zu sprechen, sei der Minister gleichfalls gegen diese Änderung; er sehe in ihr gegebenenfalls eine Andeutung dahingehend, doch wohl mit einer Enteignung gegen Ersatzleistung rechnen zu müssen, **wobei es bei einer Konfiskation klar sei, daß kein Ersatz geleistet werde.**

Die Geister, die Dr. Beneš rief, zeigten ihrem Meister den „Herrn“

Und im Konzept des Antwortschreibens der Regierung an Dr. Beneš vom 13. Juni 1945 ist nachzulesen: „Ebenso wie Sie, Herr Präsident, geht auch die Regierung in ihrem Entwurf zu dem Dekret von der Notwendigkeit aus, das historische **Unrecht, welches der tschechischen Nation in der Zeit nach dem Weißen Berg angetan wurde**, wiedergutzumachen und von der staatlichen, nationalen und politischen Notwendigkeit ein für allemal mit den Feinden der Republik ... abzurechnen ...“

Zu Punkt 6 Ihrer Anmerkungen, wonach unsere Regierung auf Rechnung der Reparationen Deutschlands bei der Abschiebung der Deutschen diejenigen Deutschen entschädigen soll, welche ein Recht auf Entschädigung erhielten, führt die Regierung aus:

Es handelt sich um den Boden der tschechischen Nation, der vor 300 Jahren dem tschechischen Volke von den Deutschen geraubt wurde, und seit dieser Zeit wurde dieser Boden und die auf ihm arbeitende bäuerliche Bevölkerung ununterbrochen **ausgebeutet**. Eine Entschädigung steht deshalb nur denen zu, **die geraubt und 300 Jahre lang ausgebeutet worden sind** und den Boden, auf dem sie arbeiten, schon mit einem Vielfachen bezahlt haben. ...

... Die Regierung bittet Sie, Herr Präsident, im Hinblick auf die historische Bedeutung des Entwurfs zu dem Dekret und im Hinblick auf das Bedürfnis einer schnellen Lösung dieser Angelegenheit – mit der auch die Möglichkeit einer schnellen Besiedlung der Grenzgebiete mit tschechischer Bevölkerung unmittelbar zusammenhängt – **sich den Standpunkt der Regierung zum Entwurf des Dekrets zu eigen zu machen und den im Geiste eines einmütigen Standpunkts vorgelegten und berichtigten Entwurf für das Dekret zu unterzeichnen.**

Wenn schon Raub, dann gründlich

Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 22. Juni 1945, Amtsblatt Nr. 83 Gesch.Z. 461/45-IV/5 über die Sicherstellung des deutschen Vermögens.

Das Finanzministerium verordnet gemäß § 23 Abs.1 der Regierungsverordnung vom 23. Juni 1939, Slg.N. 155, durch die eine Devisenordnung erlassen wird:

§ 8 (1) Die Deutschen (die deutschen Unternehmungen und deutschen Institutionen) sind verpflichtet, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in ein auf ihren Namen lautendes Sperrdepot bei irgendeinem hierzu vom Finanzministerium ermächtigten Geldinstitut zu hinterlegen:

a) In- und Ausländische Aktien, Kuxe, festverzinsliche Werte und andere Wertpapiere.

b) Edelmetalle und aus ihnen verfertigte Gegenstände, c) Edelsteine und Perlen.

c) Wert- und Kunstgegenstände, wie auch Sammlungen solcher Gegenstände.

e) Briefmarkensammlungen und -sätze, welche sich am Tage des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung in ihrem Eigentum, Mit-eigentum oder Besitz befinden.

§ 11 (1) Vom Tage des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung an ist den Deutschen (den deutschen Unternehmungen und den deutschen Institutionen) der entgeltliche Erwerb des in § 8 Abs. 1 erwähnten Vermögens im Inlande verboten. Erwerben sie dergartiges Vermögen unentgeltlich, so sind sie verpflichtet, es innerhalb von drei Tagen in ein Sperrdepot zu hinterlegen (§ 8).

Dekret des Präsidenten der Republik vom 17. Juli 1945 Sb. Nr. 27 über die einheitliche Steuerung der inneren Besiedlung.

Auf Vorlage der Regierung und im Einvernehmen mit dem Slowakischen Nationalrat ordne ich an:

§ 1 Als innere Besiedlung ist die Gesamtheit aller Maßnahmen zu verstehen, durch die entsprechend den dazu erlassenen besonderen Vorschriften die Rückführung aller Regionen der Tschechoslowakischen Republik hin zu ihrem ursprünglichen slawischen Element bewirkt werden soll.

§ 2 (1) Zum Zwecke einer einheitlichen Steuerung und Ausrichtung der inneren Besiedlung werden ein Besiedlungsamt mit Sitz in Prag für die Region der Länder Böhmen und Mähren-Schlesien und ein Besiedlungsamt mit Sitz in Preßburg (Bratislava) für die Slowakei errichtet. Diese Behörden üben ihre Tätigkeit unter der zentralen Leitung der Zentralkommission für innere Besiedlung (im folgenden nur: Zentralkommission) aus.

(2) Die durch besondere Vorschriften geregelte Sachtaetigkeit der einzelnen Ministerien und anderer Zentralbehörden im Bereich der inneren Besiedlung bleibt davon unberührt;

Es folgen weitere 4 Paragraphen über organisatorische Maßnahmen.

Hier wird eindeutig bekundet, daß nicht die Verhaltensweise der Sudetendeutschen die Haupttriebfeder zur Vertreibung war, sondern die „Rückführung aller Regionen zu ihrem ursprünglichen slawischen Element“. Also purer Rassismus.

Dieses Dekret wirkt unvollständig und ist de facto auch nur ein Torso eines ursprünglich anderen Entwurfs eines Dekretes, das logischerweise in der Reihe der Repressalien-Dekrete gegen Deutsche und Madjaren zu fehlen schien.

Ein Dekret über die Abschiebung, den Transfer bzw. über die Vertreibung der „fremden Bevölkerung“. Dieses Dekret war lediglich vorbereitet.

Nicht verabschiedeter Alternativentwurf zu einem Dekret des Präsidenten der Republik über die Abschiebung der fremden Bevölkerung und die innere Besiedlung, vorgelegt vom Ministerium des Inneren (**Min. Nosek**) und beraten von der Regierung am 15. Juni 1945.

Dekret des Präsidenten der Republik vom ... 1945

über die Abschiebung der fremden Bevölkerung und die innere Besiedlung.

Auf Vorlage der Regierung und im Einver-

nehmen mit dem Slowakischen Nationalrat ordne ich an:

§ 1 Als innere Besiedlung ist die Gesamtheit aller Maßnahmen zu verstehen, die entsprechend den dazu erlassenen besonderen Vorschriften (§ 3 Abs. 4) auf die Rückführung aller Regionen der Tschechoslowakischen Republik zu ihrem ursprünglichen slawischen Element abzielen.

§ 2 (1) Die Abschiebung der Bevölkerung deutscher oder ungarischer Staatsangehörigkeit und der übrigen Deutschen und Magyaren (ohne Rücksicht darauf, ob diese Personen früher die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaßen oder nicht) aus dem Gebiet, das der inneren Besiedlung unterliegt, wird durch Richtlinien des zuständigen Organs geregelt (§ 3 Abs. 1).

(2) Nicht abgeschoben werden diejenigen Deutschen und Magyaren, denen laut § 2 des Verfassungsdekrets des Präsidenten der Republik über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erhalten bleibt ...

§ 3 (1) Die einheitliche Lenkung der inneren Besiedlung und die Regelung der Abschiebung der fremden Bevölkerung steht dem Obersten Rat für Abschiebung und innere Besiedlung zu, dessen Sitz sich am Regierungssitz befindet.

(3) Vorsitzender des Obersten Rates für Abschiebung und innere Besiedlung ist der Ministerpräsident, seine Mitglieder sind die Minister für Auswärtige Angelegenheiten, für nationale Verteidigung und des Inneren.

Im abschließenden Begründungsprotokoll zu diesem Dekret wird angeführt (Auszug):

„Zweck dieses Rahmenentwurfs ist es, in Grundzügen eine einheitliche Organisation für die Durchführung der inneren Besiedlung zu schaffen wie auch die Abschiebung der fremden Bevölkerung zu regeln und gleichzeitig eine Rechtsgrundlage für die Gesetzgebungs- und Verwaltungstätigkeit auf diesen Gebieten zu schaffen. Dieser Entwurf hängt mit dem parallel laufenden Entwurf des Dekrets des Präsidenten der Republik über die Regelung der Staatsbürgerschaft zusammen, auf den er sich in § 2 bezieht. ...

Soll dieses großartige Unternehmen nicht unzweckmäßig aufgesplittet werden, ist es unabweislich notwendig, daß es einheitlich gesteuert und geregelt wird. Zum Brennpunkt dieser Anstrengungen soll nach dem Entwurf der Oberste Rat für Abschiebung und innere Besiedlung (§ 3) werden, dessen Hilfsorgan die Interministerielle Gruppe für Abschiebung und innere Besiedlung (§ 4) und dessen ausführende Organ des Institut für Besiedlung (§ 5) ist. ...

Zu § 2: In den Richtlinien des Obersten Rates für Abschiebung und innere Besiedlung über die Abschiebung wird insbesondere ein lokales Programm den zeitlichen Ablauf und das Tempo zu bestimmen haben, in dem dieses Unternehmen durchgeführt wird. Für die Abschiebung der Bevölkerung aus dem Gebiet, das der inneren Besiedlung unterliegt, werden grundsätzlich die geltenden Vorschriften für die Ausweisung von Ausländern maßgebend sein.“

Für diesen Fall werden herangezogen: Gesetz Nr. 88/1871 RG Blatt über „die Regelung der polizeilichen Abschaffung und des Schubwesens“ lt. Art. V/1903 über das Aufenthaltsrecht von Ausländern und lt. Gesetz Nr. 52/1935 Sb über den Aufenthalt von Ausländern, wie auch das Verfassungsdekret 33 vom 2. August 1945.

In der Regierungssitzung vom 15. Juni 1945 wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Minister des Inneren wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Ministern der Finanzen, für Industrie, für Landwirtschaft, für Binnenhandel sowie für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge für die nächste Sitzung der Regierung den Entwurf zum Dekret des Präsidenten der Republik über die Errichtung eines Amtes für Besiedlung vorzubereiten, welcher den bisherigen Entwurf zum Dekret des Präsidenten der Republik über die Abschiebung der fremden Bevölkerung und die innere Besiedlung ersetzen würde.“

Und am 26. Juni äußerte der Innenminister Nosek in seinem Eröffnungsreferat: „Der ursprüngliche Entwurf zum Dekret des Präsidenten über die Abschiebung der fremden Bevölkerung und die innere Besiedlung, über den auf der Sitzung der Regierung vom 15. Juni d. J. beraten worden war, wurde vor allem mit Rücksicht auf die von slowakischer

Seite vorgetragene Wünsche überarbeitet. Der angeschlossene Entwurf regelt jetzt nur die einheitliche Steuerung der inneren Besiedlung.“

Der wahre Grund war ein anderer: „Im Verlauf der Beratungen in der Regierung wurde die Problematik der Abschiebung der fremden Bevölkerung ausgeklammert. Zu den Gründen dafür zählte offensichtlich die Tatsache, daß bis dahin noch nicht bekannt war, welche abschließenden Entscheidungen in Sachen Abschiebung die Siegermächte treffen würden.“

Der weitere pure Rassismus:

Dekret des Präsidenten der Republik vom 20. Juli 1945 Slg. Nr. 28 über die Besiedlung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, der Madjaren und anderer Staatsfeinde durch tschechische, slowakische und andere slawische Landwirte.

Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:

§ 1 Das auf Grund des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 21. Juni 1945, Slg. Nr. 12, über die Konfiskation und die beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Bodens der Deutschen, der Madjaren, wie auch der Verräter und Feinde der tschechischen und der slowakischen Nation, konfiszierte und dem Nationalen Bodenfonds gehörende landwirtschaftliche Vermögen wird, soweit es nicht im Sinne des Konfiskationsdekretes aufgeteilt wird, durch Zuteilung von Boden an berechnete Bewerber (§ 2) aus Bezirken, in denen ein Mangel an Boden besteht oder in denen für die Landwirtschaft ungünstige Bedingungen herrschen, besiedelt.

§ 2 (1) Um eine Bodenzuteilung im Rahmen der Besiedlung können staatlich und national zuverlässige Angehörige der tschechischen, der slowakischen oder einer anderen slawischen Nation ansuchen, und zwar

Nicht einmal deutsche Widerstandskämpfer durften Boden behalten oder erwerben, nein, es mußten „Slawen“ sein. Darum allein ging es den Tschechen.

Dekret des Präsidenten der Republik vom 25. Oktober 1945 Slg. Nr. 108 über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung.

Auf Vorschlag der Regierung und im Einvernehmen mit dem Slowakischen Nationalrat bestimme ich:

Teil I Konfiskation des feindlichen Vermögens.

§ 1 Umfang des konfiszierten Vermögens. (1) Konfisziert wird ohne Entschädigung – soweit dies noch nicht geschehen ist – für die Tschechoslowakische Republik das unbewegliche und bewegliche Vermögen, namentlich auch die Vermögensrechte (wie Forderungen, Wertpapiere, Einlagen, immaterielle Rechte), das bis zum Tage der tatsächlichen Beendigung der deutschen und madjarischen Okkupation im Eigentum stand oder noch steht:

1. des deutschen Reiches, des Königreiches Ungarn, von Körperschaften des öffentlichen Rechtes nach deutschem oder ungarischem Recht, der deutschen nazistischen Partei, der madjarischen politischen Partei und an Personenvereinigungen, Fonds und Zweckvermögen dieser oder mit deren Formationen, Organisationen, Unternehmungen, Einrichtungen, Personenvereinigungen, Fonds und Zweckvermögen dieser oder der mit ihnen zusammenhängenden Regime, wie auch anderer deutscher oder ungarischer juristischer Personen, oder
2. physischer Personen deutscher oder madjarischer Nationalität mit Ausnahme der Personen, die nachweisen, daß sie der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind ...

Sicher ist sicher. Es könnte ja in den früheren Dekreten ein Raubgut vergessen worden sein.

Dekret des Präsidenten der Republik vom 18. Oktober 1945 Slg. Nr. 122 über die Auflösung der deutschen Universität Prag.

Um die seit langem andauernden historischen Bemühungen des ganzen tschechischen Volkes in der Frage der Prager Universität zum Abschluß zu bringen und die

Früchte der nationalen Revolution und des Kampfes um die Befreiung der Tschechoslowakischen Republik rechtlich zu sichern, bestimme ich auf Vorschlag der Regierung:

§ 1 Die Deutsche Universität Prag, die am 5. Mai 1945, dem ersten Tage des Aufstandes der Prager Bevölkerung, zu bestehen aufgehört hat, wird als ein dem tschechischen Volk feindliches Institut für immer aufgelöst.

Dieses Dekret spricht für sich!

Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik Slg. Nr. 33 vom 2. August 1945 über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft der Personen deutscher und madjarischer Nationalität.

Auf Vorschlag der Regierung und im Einvernehmen mit dem Slowakischen Nationalrat bestimme ich:

§ 1 (1) Die tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder madjarischer Nationalität, die nach den Vorschriften einer fremden Besatzungsmacht die deutsche oder madjarische Staatsangehörigkeit erworben haben, haben mit dem Tage des Erwerbs dieser Staatsangehörigkeit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren.

(2) Die übrigen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher oder madjarischer Nationalität verlieren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft mit dem Tage, an dem dieses Dekret in Kraft tritt.

(3) Dieses Dekret erstreckt sich nicht auf die Deutschen und Madjaren, die sich in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik (§ 18 des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 19. 8. 1945, Slg. Nr. 16, über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte) bei der amtlichen Meldung als Tschechen oder Slowaken bekannt haben.

(4) Tschechen, Slowaken und Angehörige anderer slawischer Völker, welche sich in diesem Zeitraum, durch Zwang oder besonders berücksichtigungswürdige Umstände genötigt, als Deutsche oder Madjaren bekannt haben, werden nicht nach diesem Dekret als Deutsche oder Madjaren angesehen, wenn der Minister des Inneren eine Bescheinigung über die nationale Zuverlässigkeit genehmigt, die der zuständige Bezirksnationalausschuß (die Bezirksverwaltungs-kommission) nach Überprüfung der angeführten Tatsachen ausstellt.

Dieses Verfassungsdekret schaffte die Ausgangsbasis für alle weiteren Schanddekrete.

Dekret des Präsidenten der Republik Slg. Nr. 126 vom 27. Oktober 1945 über die Zwangsarbeits-Sonderabteilungen.

Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:

§ 1 (1) Nach den Bestimmungen des § 14 (Buchst. B) des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 19. Juni 1945, Slg. Nr. 16, über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte werden in den Gefängnissen der Kreisgerichte und in den Strafanstalten Zwangsarbeits-Sonderabteilungen (weiterhin nur „Abteilungen“ genannt) aufgestellt.

(2) Der Justizminister kann für solche Abteilungen auch besondere Lager errichten und ihre Organisation regeln.

§ 4 Die Sträflinge haben keinen Anspruch auf Entlohnung für die Arbeit in den Abteilungen. Das für ihre Arbeiten vereinbarte Entgelt fällt an den Staat. Bei der Festsetzung der Höhe dieses Entgelts ist darauf zu achten, daß die Löhne der Arbeiterschaft nicht unterboten werden.

Dekret des Präsidenten der Republik Slg. Nr. 71 vom 19. September 1945 über die Arbeitspflicht der Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben.

Auf Vorschlag der Regierung bestimme ich:

§ 1 (1) Zur Beseitigung und Wiedergutmachung der durch den Krieg und die Luftangriffe verursachten Schäden, wie auch zur Wiederherstellung des durch den Krieg zerrütteten Wirtschaftslebens wird eine Arbeitspflicht der Personen eingeführt, die nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945, Slg. Nr. 33,

über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft der Personen deutscher und madjarischer Nationalität, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben. ...

§ 2 (1) Der Arbeitspflicht unterliegen Männer vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 60. Lebensjahr und Frauen vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 50. Lebensjahr.

Gesetz Slg. Nr. 83 vom 11. April 1946 über die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der Deutschen, der Madjaren, der Verräter und ihrer Helfershelfer.

Die vorläufige Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1 (1) Die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der Personen, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik vom 2. August 1945, Slg. Nr. 33, über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft der Personen deutscher und madjarischer Nationalität, verloren haben, erlöschen an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, soweit darin nicht anders bestimmt wird.

(2) Mit dem Ablauf von drei Monaten seit dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, erlöschen, soweit sie nicht gemäß § 3 oder § 4 bereits früher erloschen sind, die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse ...

(4) Soweit sie nicht bereits früher erloschen sind, erlöschen an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, auch die Arbeits- (Lehr-) Verhältnisse der deutschen und madjarischen Staatsangehörigen deutscher und madjarischer Nationalität, auf die sich das Verfassungsdekret Slg. Nr. 33/1945 nicht erstreckt.

Gesetz Slg. Nr. 115 vom 8. Mai 1946 über die Rechtmäßigkeit von Handlungen, die mit dem Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zusammenhängen.

Die vorläufige Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1 Eine Handlung, die in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 28. Oktober 1945 vorgenommen wurde und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zu leisten, oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziele hatte, ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie sonst nach den geltenden Vorschriften strafbar gewesen wäre.

§ 2 (1) Ist jemand für eine solche Straftat bereits verurteilt worden, so ist nach den Vorschriften über die Wiederaufnahme des Strafverfahrens vorzugehen.

(2) Zuständig ist das Gericht, vor dem das Verfahren in erster Instanz stattgefunden hat oder, falls ein solches Verfahren nicht stattgefunden hat, das Gericht, das jetzt in erster Instanz zuständig sein würde, wenn die Rechtswidrigkeit der Tat nicht ausgeschlossen wäre.

(3) Trifft mit einer in § 1 genannten Tat eine Straftat zusammen, für die der Angeklagte durch dasselbe Urteil verurteilt wurde, so fällt das Gericht für diese andere Tat durch Urteil eine neue Strafe unter Berücksichtigung des bereits erfolgten Schuldspruches.

Dieses Gesetz außer Kraft zu setzen, wäre eine reine Fleißaufgabe, da die Aufhebung bereits heute keine Folgen nach sich ziehen würde. Im Gegenteil, dieses „Gesetz“ sollte als ewige Schande der Nachwelt erhalten bleiben.

Die Vermögenskonfiskation nach den Dekreten Nr. 112 und 108/1945 wurde nicht als Strafe für einen allfälligen Verrat der Sudetendeutschen an der CSR und deren Bestimmungen, daher nicht als Strafnormen angesehen. Nach seinerzeitiger Rechtsansicht des tschechoslowakischen Obersten Verwaltungsgerichtes (OVG) war diese Konfiskation eine gesetzliche, das heißt automatische Folge des in den Dekreten angeführten Tatbestandes der Zugehörigkeit zur deutschen bzw. ungarischen Ethnie. Das OVG vertrat dabei den Rechtsstandpunkt, daß gemäß der CSR-Verfassungsurkunde des 1920 schon durch ein gewöhnliches Gesetz bzw. ein „Beneš-Dekret“ ohne Verfassungsrang in das Eigentum aller fremden Staatsbürger (die in der CSR lebten oder in der CSR Eigentum besaßen) mittels Konfiskation

Fortsetzung von Seite 7

eingegriffen werden kann, ohne dafür irgendeine Entschädigung leisten zu müssen.

Dem Einwand, daß nach dem (auch damals geltenden!) Völkerrecht das Eigentum eines fremden Staatsbürgers – die Sudetendeutschen waren inzwischen ja Staatsbürger des Deutschen Reiches geworden – nur nach den für die CSR-Staatsbürger geltenden Grundsätzen entzogen werden könne, begegnete das OVG mit dem Argument, daß in erster Linie die innerstaatlichen Normen anzuwenden wären, so daß man sich nicht mit Erfolg auf irgendwelche, vielleicht in ausländischen Staaten anerkannte Grundsätze des Völkerrechts berufen könne.

Diese Rechtsauffassung des OVG war auch nach der seinerzeitigen verfassungsrechtlichen Lage in der Nachkriegs-CSR „Rassismus in Reinkultur“ und überdies eine zynische Manifestation der damals in der CSR über die Sudetendeutschen ausgeübten Willkürherrschaft; – die auch heute noch in den Aussagen der maßgebenden tschechischen Politiker und in der Rechtssprechung des Obersten Verfassungsgerichtes in der CR ihre Fortsetzung findet.

Alle rechtlichen Finessen, Beschönigungen und fadenscheinige Rechtfertigungen werden nicht im Stande sein, das dunkle und schmachvolle Kapitel des tschechischen Volkes, die Vertreibung und Beraubung der Sudetendeutschen aus nationalistischen Motiven – dem Endziel, der seit 1918 eingesetzten Vertreibung – aus der Geschichte zu verdrängen.

Der einzige Weg dazu wäre eine möglichst Wiedergutmachung der Verbrechen, die jedoch von tschechischer Seite noch immer nicht erwogen wird.

Zur Schande des tschechischen Volkes.

Wir suchen...

...für eine Dokumentation Bilder von tschechischen Bunkern, insbesondere in der Region Österr. Schlesien.
Angebote bitte an die „Sudetenpost“.

Diskussion um humanitäre Geste

Bundeskanzler Gerhard Schröder besuchte Anfang Oktober Prag, etwas später auch der Bundespräsident Horst Köhler. Daher hat wieder eine Diskussion über eine humanitäre Geste für die deutschen Antifaschisten in Prag begonnen. „CR-Außenminister Cyril Svoboda Initiative, bei der nicht die verbliebenen Deutschen im Land, sondern nur aktive Antifaschisten entschädigt werden, ist abzulehnen“, stellte der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihsel, fest. Dieser Vorschlag geht weit hinter die schon ein Jahr zurückliegende Initiative des vormaligen Premiers Petr Mares zurück, und das ist ein perfider Skandal. Die tschechischen Bürger deutscher Nationalität wurden bis zum Jahre 1953 voll diskriminiert und waren Bürger zweiter Klasse. „Es wird interessant, wie sich die deutschen Spitzenpolitiker in Prag verhalten werden, ob sie sich für eine ordentliche Entschädigung der schon auf knapp 40.000 geschrumpften deutschen Volksgruppe, bei der Prager Regierung einsetzen werden“, schloß Zeihsel.

Eine Reihe von Erklärungen und Stellungnahmen führender Politiker haben das ungelöste Problem der Heimatvertriebenen wieder ins Gedächtnis gerufen. Zwar nicht spektakulär, aber doch eindringlich genug, als daß es von der politischen Tagesordnung gestrichen werden könnte, worauf Prag seit Jahrzehnten hinarbeitet. Die Mahnung des nie-

Von Gustav Chalupa

derösterreichischen Landeshauptmanns Erwin Pröll am Forum in Stift Göttweig, „offene Wunden“ im Nachbarschaftsverhältnis zu heilen, ergänzte überraschenderweise der neue österreichische Bundespräsident Heinz Fischer bei seinem Prager Treffen mit dem tschechischen Präsidenten Václav Klaus mit dem Hinweis auf die „tragische Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, da kollektive Entscheidungen getroffen und auch Unrecht gesetzt wurde“, worüber im Interesse des offenen und ehrlichen Umgangs mit der Geschichte gesprochen werden müßte, gipfelte schließlich seine Kritik an dem tschechischen Strafrechtsgesetz. Dieses bezieht sich bekanntlich auf Vertriebensverbrechen, die „aus heutiger Sicht unserer Rechtsauffassung“ widersprechen, setzte Fischer nach. Daß er die Zahl von 250.000 ermordeten Sudetendeutschen und sonstige planmäßige Brutaltaten nicht beim Namen nannte, können Fischers zaghafte Formulierungen nicht vergessen machen. Das möchte zwar Herr Klaus, laut dessen Meinung an der

„Vergangenheit nichts zu ändern wäre“, und seine Forderung, mit ihr „nicht politische Spiele“ zu treiben, vielmehr den „Blick in die Zukunft zu richten“. Spielchen reklamiert Präsident Klaus offenbar nur für sich, selbst beim Europäischen Forum in Alpbach. Laut Klaus wären in der „Europäischen Union Grenzen nötiger denn je, da eine Welt mit mehr Grenzen freier wäre als eine Welt mit weniger Grenzen“. Hier paßt sein Veto gegen die Einführung eines Europäischen Haftbefehls

Prag bleibt taub

lückenlos. Dieser komme einer „stillen Demontage der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit hinter dem Rücken seiner Bürger gleich“, lautet die umwerfende Logik des Herrn Klaus. Mit beiden Erklärungen offenbart er einen pathologischen Nationalismus à la Beneš, der Europa auf den Stand der Pariser Vorortverträge zurückwerfen würde. „Mlada fronta dnes“ stellte im Zusammenhang mit der lautgewordenen Kritik an der provokativen Beneš-Büste vor dem Hotel „Ruze“ in Krummau fest, daß bereits frühere Erklärungen von Klaus bewiesen, daß er Beneš zutiefst respektiert und Kritik an Beneš als Angriff auf das tschechische Staatsgefüge ansieht.

Was wunder, daß das Zentralorgan der

tschechischen Kommunisten (Rude) „Pravo“ zum Fischer-Besuch am Hradschin schreibt, „daß die Beneš-Dekrete die Österreicher überhaupt nichts angehen, weil mit diesen nur deutsches, eventuell ungarisches Eigentum konfisziert worden wäre“. Der Milliardenraubzug geht also Millionen betroffener Bürger nichts an, was zur Frage nach dem Unterschied zwischen Präsident Klaus und den Alt-Stalinisten im „Pravo“ zwingt. Es kann deshalb auch nicht überraschen, wenn tschechische Medien den Kotau des deutschen Kanzlers Schröder in Warschau wiederkäuen, demzufolge „es keinen Raum mehr für Restitutionsansprüche von Vertriebenen geben dürfte“.

Als „unanständig“ qualifizierte die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, MdB, Erika Steinbach, die Anbiederungen des deutschen Regierungschefs. Dagegen bekannte sich die FPÖ-Chefin Ursula Haubner in einem Interview im ORF zu den Anliegen der Sudetendeutschen, deren „Klagen die FPÖ unterstützen“ wird und verurteilte die „Unrechtsdekrete Beneš“, die im heutigen Europa nichts zu suchen hätten. Laut dem Prager Wochenblatt „Respekt“ wäre die ablehnende Haltung zu Entschädigungsansprüchen der Sudetendeutschen auch der Grund, daß Bundeskanzler Schüssel Prag noch keinen offiziellen Besuch abgestattet hat. Wenn auch Außenministerin Ferrero-Waldner die Beziehungen zu Prag als sehr gut bezeichnete, ist unbestritten, daß Prag weiterhin taub bleibt.

30 Millionen Euro aus Österreich für tschechische Ex-Zwangsarbeiter

Der deutschsprachige Dienst von Radio Prag brachte kürzlich einen Bericht über die Entschädigung tschechischer Zwangsarbeiter durch Österreich. Es ist vielleicht aufschlußreich, diesen Bericht unkommentiert und unredigiert wiederzugeben:

Symbolische Gesten, finanzielle Entschädigung, späte Wiedergutmachung – all das sind Begriffe, die im bilateralen Kontext der gemeinsamen Vergangenheitsbewältigung eine große Rolle spielen. Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges auf heute österreichischem Gebiet Zwangsarbeit leisten mußten, wurden nun im Rahmen des Österreichischen Versöhnungsfonds und seiner Partnerorganisationen finanziell entschädigt. Die Ergebnisse des Projekts wurden am Mittwoch im tschechischen Außenministerium vorgestellt.

Der lange zeitliche Abstand seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges macht die späte Aufarbeitung vergangenen Unrechts nicht gerade leichter. Umso größer ist die Herausforderung, konkrete Vorhaben in Angriff zu nehmen und auch zum Abschluß zu bringen. Mit insgesamt 434 Millionen Euro hat der Österreichische Versöhnungsfonds nun ehemalige Zwangsarbeiter symbolisch entschädigt. Das Geld dazu kam von der Republik Österreich, den neun österreichischen Bundesländern sowie aus der Wirtschaft. Knapp 30 Millionen Euro gingen an ehemalige Zwangsarbeiter aus Tschechien – hier half der Tschechische Rat für die Opfer des Nazismus als Partnerorganisation bei der Ab-

wicklung des Projekts. Gab es im Laufe der Zeit Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Seiten, was die Zahl der Anspruchsberechtigten betrifft? Dazu Richard Wotava, Generalsekretär des Versöhnungsfonds, gegenüber Radio Prag: „Nein, da gab es überhaupt keine Probleme! Die Kriterien sind ja im Versöhnungsfonds-Gesetz klar definiert. Und wenn diese Kriterien gegeben waren, dann haben wir die Auszahlungen vorgenommen. Die tschechische Partnerorganisation war in dieser Hinsicht besonders korrekt.“

Wotava geht sogar so weit zu sagen: „Von den sechs Partnerorganisationen, die der österreichische Versöhnungsfonds hat, hat die tschechische am besten gearbeitet.“

Das entsprechende Gesetz, das die Zahlungen ermöglichte, wurde im Jahr 2000 vom österreichischen Parlament mit Unterstützung aller Parteien verabschiedet. Hat Richard Wotava auch Unterstützung bei der österreichischen Bevölkerung wahrgenommen?

„Absolut. Ich habe relativ viele Vorträge in Österreich gehalten. Denn wir haben natürlich auch Interesse daran, daß so eine Aktion, die ja letztlich erhebliche Beträge von österreichischen Steuerzahlern umfaßt, in der Bevölkerung auch anerkannt wird. Und wenn man den Menschen den Zweck des Gesetzes erklärt, und wenn man erklärt, daß zum ersten Mal überhaupt etwas für Zwangsarbeiter getan wurde, dann ist die Akzeptanz voll da.“

Können derlei Entschädigungen auf irgendeine Weise einen Schlußpunkt hinter histori-

sche Entwicklungen setzen? Dazu abschließend der ehemalige tschechische Botschafter in Wien, Jirí Grusa: „Die Geschichte kennt keine Schlußpunkte. Sie ist immer wieder wiederholbar, und das ist ihr Unglück. Aber die Geschichte kennt Doppelpunkte. Das heißt, wenn Sie nach einem Satz einen Doppelpunkt machen, dann bekommen Sie einen Dialog. Aus dem Monolog wird ein Dialog, und das ist uns gelungen.“

Zeihsel: Wann kommt Geste?

Anlässlich der Bilanz des Österreichischen Versöhnungsfonds meinte der Bundesobmann der SLÖ, Gerhard Zeihsel, „daß es nun wohl an der Zeit sei, daß auch die Tschechische Republik eine ‚wichtige Geste‘ setzt: Bei den verbliebenen Deutschen in der CR, bei den vertriebenen sudetendeutschen Zwangsarbeitern und bei den entschädigungslos Enteigneten in Österreich! Die Vergangenheit wird solange eine Rolle spielen, solange nicht ein Rechtsfrieden zwischen beiden Gruppen erreicht ist. Er kann nur mit einem Kompromiß zwischen ihnen und nicht mit einem Sieg der einen oder anderen Streitpartei erreicht werden“, schloß Zeihsel.

Museum für Gründer der Puchwerke

In Luttenberg (Ljutomer), Slowenien, wurde kürzlich der Grundstein für ein Museum zu Ehren des steirischen Automobilpioniers Johann Puch gelegt.

Das Projekt wurde vom Oldtimer-Club initiiert. Die ungefähr dreihundert Mitglieder des Vereins bringen für das Projekt fünfzigtausend Euro auf. Nach der fulminanten Eröffnung des „Grenz-überschreitenden Regionalmuseums mit historischem Archiv Steiermark – Stajerska“ in Ehrenhausen unter der Federführung der Landsmannschaft der Deutsch-Untersteirer im Frühjahr ist dies ein weiterer Meilenstein im Zusammenwachsen der Steirer diesseits und jenseits der Grenze. Der im Jahre 1862 in der Untersteiermark (im heutigen Slowenien) als Sohn einer Kleinbauernfamilie geborene Johann Puch ist das Symbol für die Industrialisierung der gesamten Steiermark. Er baute die ersten Fahrräder Österreichs, entwickelte Motorräder und wendete sich dem Automobil- und Flugzeugbau zu.

es trotz EU-Beitritts in der europäischen Rechts- und Wertegemeinschaft noch nicht so richtig angekommen.

Prag hält an der Gültigkeit der Beneš-Dekrete fest. Auch am Sondergesetz von 1946, das die Opfer verhöhnt. Es erklärt

Beneš bleibt aktuell

sämtliche Taten jener Zeit für straffrei. Nach diesem von Edvard Beneš auf den Weg gebrachten Gesetz waren selbst Morde „rechtmäßig“ und daher nie strafbar. Das Europäische Parlament hat längst gemahnt, dieses Relikt aus Kriegs- und Nachkriegszeit endlich auf dem Misthaufen der Geschichte zu entsorgen.

Der US-Kongreß ging noch einen Schritt weiter. In seiner Resolution 562 werden alle

früheren Ostblock-Staaten aufgefordert, „Gesetze zu verabschieden und durchzusetzen, welche die Rückgabe von – oder die Entschädigung für – rechtswidrig enteignetes Eigentum sicherstellen“. Das amerikanische Parlament nennt Tschechien beim Namen: Als ein Land, das gegen internationales Recht verstößt, weil es Entschädigungen von Personen, die nicht in der Tschechischen Republik wohnen, von vornherein ausschließt.

Unrecht bleibt Unrecht. Auch wenn das Bewußtsein dafür erst langsam reift. Als Denkanstoß hilft manchen Tschechen die Entdeckung, daß sogar die Amtsvilla ihres Präsidenten widerrechtlich beschlagnahmter Besitz eines Altösterreicher ist. Seit dies bekannt wurde, fragen sich nachdenkliche Bürger unseres Nachbarlandes: Fehlt es an Respekt vor dem Leben, den Rechten und dem Eigentum anderer? Und braucht ein europäisches Volk, um sich auf Grundwerte zu besinnen, Nachhilfeunterricht aus Amerika?
Von Vincenz Liechtenstein

Beneš bleibt aktuell, solange Prag nicht den Fehler behebt, der seinen EU-Beitritt überschattet. Edvard Beneš ist zur Prager Ikone geworden. Aber seine Dekrete sind ein dunkler Fleck auf der europäischen Weste. Tschechien sollte sich von der völkerrechtswidrigen Vertreibung vor sechs Jahrzehnten ebenso klar distanzieren, wie dies beispielsweise die neuen EU-Mitglieder Ungarn oder Estland taten.

NR-Präsident Khol hat in einer Rede beim Sudetendeutschen Heimtag wieder daran erinnert. Die Frage der Beneš-Dekrete müsse sich „gerade jetzt, in einem Klima der guten Zusammenarbeit – je eher, desto besser“, lösen lassen. Khol prophezeit: „Die tschechischen Bürger werden schon in naher Zukunft fragen, was damals wirklich geschehen ist.“

Edvard Beneš trug die Verantwortung für die blutige Vertreibung von Millionen Menschen. Trotzdem ehrt ihn das Prager Parlament als „verdienten Staatsmann“. Wenn Tschechien bei dieser Einstellung bleibt, ist

Diebe, Mörder...

Als H. P. Martin die Mißstände der Europa-Abgeordneten aufdeckte, gingen die Wogen der Leserbriefe hoch. „Abzocker“ wurden die Abgeordneten genannt. Auch ich schrieb an das „Freie Wort“ der „Kronzeitung“ und gab meinem Kommentar die Überschrift: „Diebe, Mörder, Hehler und Abzocker“, und hier mein weiteres Schreiben:

Ein altes Sprichwort sagt: „Eine Krähe pickt der anderen kein Auge aus.“ Jetzt weiß ich, daß die Spesenritter in der EU den Raubrittern in der Tschechei niemals zu Leibe rücken werden.

Arme Wertegemeinschaft – glückliche Diebe. In der „Kronzeitung“, Sonntag, 18. April 2004, auf Seite 32, erschien mein Kommentar mit der Überschrift: „Ein Vergleich...“ – warum nicht „Diebe, Mörder, Hehler und Abzocker“?

Die Tschechen haben doch den deutschen Mitbürgern alles gestohlen, viele bei dem Genozid erschlagen und zu Tode gemartert. Später verkauften und verschenkten sie deutsches Eigentum – sind also auch Hehler. Wieso sagt man das nicht deutlich? Wenn es keine Mord-Taten gegeben hat – für was schuf Dr. Beneš das Straffreistellungs- beziehungsweise Amnestiegesetz Nr. 115, vom 8. 5. 1946?

„Die Wahrheit wird Wahrheit bleiben, auch in tausend Jahren!“ Alfred Gron, Wien

Klare Rechnung – gute Freundschaft

Zahlreiche Vertriebene bereiten Menschenrechtsbeschwerden wegen Entzugs des Privatvermögens vor. Die betroffenen Vertrieberstaaten kontem mit Reparationsforderungen gegen Deutschland. Dazu ist es gekommen, weil alle deutschen Regierungen seit Kriegsende die uralte Lebensweisheit „Klare Rechnung – gute Freundschaft“ mißachteten. Wichtigster Schritt zu dieser wünschenswerten „klaren Rechnung“ wäre, sich von den bisher wahrscheinlich bewußt hingekommenen „Systemvermischungen“ zu verabschieden.

Zunächst sollte erreicht werden, daß die Sphäre des Privatrechts peinlich genau von der des Staatsrechts getrennt wird. Privatvermögen darf nicht zum Ausgleich von Forderungen zwischen den Staaten mißbraucht werden. Die Regierungen Deutschlands und der Vertrieberstaaten haben sich aber offenbar stillschweigend auf diese Vermengung geeinigt, denn es bringt Vorteile für beide. Die einen vermeiden empfindliche Reparationsforderungen und die anderen können vorher nie erhoffte Werte einstreichen. Leidtragende Dritte sind die Vertriebenen.

Tribüne der Meinungen

Auf Systemvermischung beruht auch, was die sudetendeutschen Sozialdemokraten schon 1947 in ihrer Petition an die Vereinten Nationen bemängelten (Wenzel Jaksch, „Wir heischen Gehör“, S. 21 und 27). Sie stellten fest, daß die Eigentumsrechte der Vertriebenen von der internationalen Konferenz in Potsdam mit keinem Wort erwähnt wurden und die Enteignungen ausschließlich auf nationalen Dekreten der Vertrieberstaaten beruhten. Hier überschritten sich Vorgänge auf internationaler Bühne mit solchen auf nationaler mit der Folge, daß die im Völkerrecht bereits vorhandenen Standards nicht zum Tragen kamen. Erinnert sei an die Haager Landkriegsordnung und den Vertrag von Lausanne aus dem Jahre 1922, der die Eigentumsrechte der zwischen Griechenland und der Türkei auszutauschenden Bevölkerungen ausdrücklich sicherstellte.

Die gefährlichste Systemvermischung leisten sich die Vertriebenen aber selbst, wenn sie sich auf historische Argumente einlassen. Rechtswissenschaft hat nichts mit dem Arbeitsgebiet des Historikers zu tun. Exkurse in die Geschichte gehören zum rhetorischen Handwerkszeug des Demagogen und sollen von der Rechtslage ablenken. Nicht daß die Geschichtsgründe der Vertriebenen schwach wären, im Gegenteil. Man muß aber bedenken, daß die Gegenseite über einen gigantischen Propaganda-Apparat verfügt und den Gesetzen der political correctness weniger stark unterliegt als deutsche Historiker, wenn es um die Durchsetzung für sie vorteilhafter Geschichtsdeutungen geht. Deutschland könnte es daher teuer zu stehen kommen, wenn es sich auf dieses Terrain begibt.

Es ist wichtig, die in der Vergangenheit begangenen Fehler zu sehen. Ihre Überwindung wird zu größerer Klarheit führen und diese – siehe oben – hoffentlich zu guter Freundschaft. F. Volk, D-Usingen

Wahrsager?

Ich betrachte die Aufstellung dieser Beneš-Büste in Krummau eher als Akt des schlechten Gewissens von Herrn Jan Horal. Aber mit dem Text darunter hat er sich einen schlechten Gefallen getan. Wenn man ihn nämlich genau liest, muß man sich fragen: „Wer sind eigentlich diese Schuldigen?“ Meint Beneš damit die Deutschen oder die Tschechen? Sie sind nicht benannt!

Er meint damit natürlich die Deutschen; aber trifft diese Aussage nicht eher auf Tschechen zu? Horst Kunz, D-Thalmässing

Nach dem Symposium

Das vom oberösterreichischen NAbg. und ÖVP-Vertriebenensprecher Norbert Kapeller, am 9. September 2004 im Kulturzentrum Salzhof Freistadt veranstaltete Symposium unter dem Motto „Unser Recht. Unser Eigentum. Unsere Perspektiven.“ ist als weiterer politischer Impuls in der Frage der sudetendeutschen Genozid-Opfer durchaus zu begrüßen.

Die Diskussion von vertriebenen Sudetendeutschen, SL-Funktionären (Erlebnis- und Bekenntnisgeneration) und ÖVP-Politikern über die Vermögens- und Rechtsfragen zeigte, wie im Kommentar von Chefredakteur Maurer („Sudetepost“, Folge 18) richtig angesprochen, eine vorsichtig optimistische Stimmung.

Für mich als Vertriebenensprecher der FPÖ-Fraktion im Linzer Gemeinderat, aber auch als Obmann des Verbandes der Böhmerwälder Oberösterreichs und als Obmann des Witikobundes AKOÖ, ergibt sich daraus folgendes Ergebnis:

1. Kapellers Angebot der offenen Gesprächsführung über die Parteigrenzen hinweg in den Sudetendeutschen Vertriebenenfrage: Dieses Angebot ist zu unterschreiben und bedarf der Tat.

2. Einführung eines österreichweiten jährlichen Vertriebenengedenktag: Hier würde sich der 4. Mai anbieten, mit dem Beginn des Genozids an den Sudetendeutschen in Prag 1945.

3. Die Anregungen von SLOÖ-Obmann Ing. Peter Ludwig:

a) Teilnahme eines Vertreters bei den bilateralen Gesprächen zwischen dem oö. LH und dem südböhmischen Kreisvorsitzenden;

b) Schaffung eines eigenen Budgetpostens für die SLOÖ im Budget der OÖLR.

Grund: Effiziente Lobbybildung und Öffentlichkeitsarbeit in der Tschechischen Republik des EU-Parlaments in Oberösterreich selbst durchzuführen. (Analog des bereits vorhandenen Budgetpostens von 500.000 Euro für die Plattform gegen Atomgefahren.)

Hier steht der Wille zur Unterstützung des oberösterreichischen Landeshauptmannes am Prüfstand.

Die Perspektiven aus diesen Ergebnissen münden für mich in zwei Arbeitssäulen:

- Säule 1: Politische Arbeit
- Säule 2: Juristische Vorgangsweise

Säule 1 – Politische Arbeit umfaßt:

○ Diskriminierungsschutz für heimatverbliebene Sudetendeutsche.

○ Politische Vertriebenenforderung in das EU-Parlament (Mehrheitsfindung) / Lobbyismus.

○ Vertriebenenfrage im österreichischen Schulsystem in den Lehrplan.

○ Vertriebeneninformation / politische Argumentation in der tschechischen Bevölkerung verstärken, wie zum Beispiel Temelin-Bauftragter von Oberösterreich / so Vertriebenenbeauftragter von Oberösterreich.

○ Dialogeinforderung – Abschaffung einschlägiger Vertriebenenedikrete – Abschaffung Straffreistellungsgesetz 8. März.

○ Budget für SLOÖ.

○ Dialogverweigerung seitens Oberösterreich bei tschechischer Dialogverweigerung.

Säule 2 – Juristische Vorgangsweise umfaßt:

○ SDI Aktivität.

○ Wiedergutmachung: Restitution.

○ SDI-Beschwerden / Europäischer Menschengerichtshof.

Dieses daraus resultierende Ergebnis kann lauten:

In der Vertriebenenfrage ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen!

1. Wenn die

○ Ergebnisse,

○ Perspektiven,

○ 2 Säulen

als Ziele tatsächlich in neues politisches Arbeiten über Parteigrenzen hinweg in die Vertriebenenfrage einfließen.

2. So wie die politische und finanzielle Unterstützung der SDI-Aktivitäten / vor dem Menschenrechtsgerichtshof auf FPÖ-Berzirks-, Landesebene ein bereits konkretes Handeln des FPÖ Landesobmann Mag. Günther Steinkellner in Oberösterreich zeigt.

3. Dann war die Warnung eines Symposiumsteilnehmers vor zuviel Zweckoptimismus tatsächlich eine gutgemeinte Warnung.

Robert Hauer, Linz

VORSICHT!
Die EU ist mit dem Beneš-Virus verseucht!

Als die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach (CDU – MdB), Anfang August anbot, bei materiellen Ansprüchen der Vertriebenen „bis hin zu einer Null-Lösung zu gehen“, wurde von interessierter Seite versucht, dies als Sommertheater abzutun. Frau Steinbach wollte es unterstützen, „wenn die Bundesregierung einen gesetzlichen Rahmen finden würde, der das Ganze zu einem innerdeutschen Problem macht“. Nunmehr hat das polnische Parlament am 10. September die deutsche Bundesregierung aufgefordert, „ihre eventuelle Verantwortung angesichts von Entschädigungsforderungen deutscher Vertriebenen anzuerkennen“, Polen habe „keinerlei finanzielle Verantwortung gegenüber Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bezüglich des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen“.

Man reibt sich die Augen und stellt fest, daß BdV-Präsidentin und polnisches Parlament in ihrer Zielsetzung plötzlich auf einer Linie liegen. Die deutsche Öffentlichkeit wird dies verstimmt zur Kenntnis nehmen, gab es doch schon nach dem Fall der Mauer Stimmen, die die finanziellen Belastungen des Aufbaus Ost entschieden ablehnten. Das patriotische Zusammengehörigkeits- und Verantwortungsgefühl der Deutschen hatte nach dem Kriege spürbar gelitten. Die Rückgewinnung der Ost- und Sudetengebiete auch finanziell anzugehen, wäre vom deutschen Wohlstandsbürger als Zumutung aufgefaßt worden. Vor einer Regelung durch die Bundesregierung, „die das Ganze zu einem innerdeutschen Problem macht“ (Steinbach), kann man angesichts dar-

aus resultierender Zahlungen des deutschen Steuerzahlers, die enorme Konflikte zwischen Heimatverbliebenen und Heimatvertriebenen aufwerfen würden, nur warnen!

Das polnische Parlament hatte in einer am 10. September fast einstimmig angenommenen Entschließung festgestellt, Polen habe bislang weder eine angemessene finanzielle Entschädigung erhalten noch Kriegsreparatio-

nen für die „enormen materiellen und immateriellen Schäden“, die von Deutschland verursacht wurden.

Angesichts des nunmehr bestehenden Durcheinanders an Äußerungen von Präsidentin Steinbach (die leider beim Tag der Heimat am 4. September in Berlin erneut ihre Auffassung wiederholte) und des polnischen Parlamentes sei in aller Klarheit zum Fortbestand der deutschen Ansprüche gegen den polnischen Staat festgestellt:

„Das Eigentum der Vertriebenen bzw. die Restitutions- und Entschädigungsansprüche sind nicht durch besondere Abreden im deutsch-polnischen Verhältnis, etwas durch Verzicht oder Aufrechnung, oder durch Verjährung erloschen, sondern haben weiterhin Bestand. ... Eine erfolgte Aufrechnung hätte

zu Entschädigungsansprüchen der Enteigneten gegen die Bundesrepublik Deutschland führen können, da dann privates Vermögen zur Tilgung von Reparationsverpflichtungen verwendet worden wäre. ... Die Vertriebenen sind ein Akt des Völkermordes und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Derartige Unrechtstatbestände verjähren nach der

Sommertheater oder Selbstaufgabe?

UN-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht“ (zitiert nach Dieter Blumenwitz. Das Offenhalten der Vermögensfrage in den deutsch-polnischen Beziehungen. Bonn 1992). Diese Feststellungen gelten natürlich auch entsprechend gegenüber der Tschechischen Republik.

Es geht auch nicht an, daß Frau Erika Steinbach das Klageinteresse als kümmerlich abtut. Neben dem finanziellen Einsatz sind die erforderlichen juristischen Kenntnisse eine hohe Hürde. Trotzdem haben zahlreiche Vertriebene vor Verwaltungsgerichten, dem Bundesverfassungsgericht und vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte geklagt. Ein erhebliches Hindernis stellt der sogenannte Klagestopp durch die teilweise

Fortgeltung des Überleitungsvertrages dar. Diese von der Regierung Kohl gegenüber den Westalliierten durch einen Notenwechsel erbetene Fortgeltung hat sogar das prozessuale Vorgehen des Fürsten von Liechtenstein vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern lassen. Besonders die der Union angehörenden Abgeordneten hätten längst diese Problematik an die Öffentlichkeit bringen können. Die Regierung Schröder wird zwar einer Änderung dieser sogenannten Fortgeltung widersprechen, dies ist aber kein Grund zur Untätigkeit.

Es rächt sich offensichtlich, daß BdV und Landsmannschaften bisher keine verbandspolitischen Konzeptionen für die Verwirklichung der Ziele „Wiedergewinnung der Heimat“ und „Rückgabe bzw. gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums“ in die Öffentlichkeit gebracht haben. Gerade der Einzug der Vertriebensgebiete in die EU eröffnet eine Reihe von Lösungsmöglichkeiten. Ein scheinbar erhoffter Wandel auf Verzicht kann nicht mehr länger hingenommen werden. Dazu zählt auch die schleppende Behandlung eines sudetendeutschen Verwaltungsgerichtsverfahrens gegen die Bundesregierung auf Verwirklichung des Diplomatischen Schutzes. Aus diesen Vorstufen sollten Landsmannschaften und Bund der Vertriebenen schnellstens ein Verfahren wegen des Genozids der Vertreibung anstrengen, denn die Vertreibung dauert noch immer an, da nicht rückgängig- und wiedergutmacht.

Roland Schnürch

Vortrag von DDR. Alfred Oberwandling beim Freistädter Vertriebenen-Symposium: Methoden und Dimensionen der Raubpolitik

Der Historiker und stellvertretende SLOÖ-Landesobmann Alfred Oberwandling hielt beim Vertriebenen-Symposium am 9. September in Freistadt im oberösterreichischen Mühlviertel einen Vortrag über die Methoden und Dimension der tschechischen Enteignungspolitik. Im Nachfolgenden lesen Sie eine Zusammenfassung des Referates:

Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie und die Errichtung der Nachfolgestaaten zerstörte ein in Jahrhunderten gewachsenes Wirtschaftsgefüge, wobei die neugeschaffene Tschecho-Slowakei sich 21 Prozent der Bodenfläche, 26 Prozent der Bevölkerung aber 76 Prozent der industriellen Produktion aneignete, obwohl der tschechische Bevölkerungsanteil 1918 nicht einmal 13 Prozent der Donaumonarchie betrug. In dem neuen Staat wurden die Tschechen zur dominierenden Kraft und nutzten dieses Übergewicht auf allen Gebieten schamlos aus. Im Jahre 2002, zehn Jahre nach dem zweiten Zerfall dieses staatlichen Kunstgebildes der Alliierten von St. Germain, bekannte Präsident Václav Klaus: „Der Zerfall der Tschechoslowakei kam nicht plötzlich und unerwartet und wir müssen eingestehen, daß die tschechisch-slowakische Verbindung in einem Staat von Anfang an nicht problemlos war. Beide Völker hatten in der Geschichte fast nie eine gemeinsame politische Meinung. Dagegen äußerte sich in jeder Krise das Bemühen der Slowaken, sie zur Stärkung ihrer Position im gemeinsamen Staat oder die direkte Gewinnung der Unabhängigkeit zu erlangen. Andererseits verschwand nach dem Abschied der Sudetendeutschen das Grundmotiv, das hinter der tschechoslowakischen Idee stand“. Ein verblüffend offenes Geständnis, wenn man die politischen Winkelzüge der beiden Köpfe dieser tschechoslowakischen Idee, Masaryk und Beneš, analysiert.

Entgermanisierung auf vier Ebenen

Und noch bevor der Friedensvertrag von Saint Germain unterzeichnet war, erklärte Masaryk in der Regierungserklärung am 23. Dezember 1918: „Die von den Deutschen bewohnten Gebiete sind und bleiben unser. Wir haben diesen Staat erkämpft, und die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen, die einst als Immigranten und Kolonisten hierher gekommen sind, ist damit ein für allemal festgelegt“. Und noch deutlicher war seine Aussage in Paris am 10. Jänner 1919 gegenüber der französischen Zeitung „Le Matin“: „Unsere geschichtlichen Grenzen stimmen mit den ethnographischen Grenzen ziemlich überein: Nur die Nord- und Westländer des böhmischen Vierecks haben infolge der starken Einwanderung während des letzten Jahrhunderts eine deutsche Mehrheit. Masaryk schloß dann mit der Bemerkung: „Im übrigen bin ich überzeugt, daß eine rasche Entgermanisierung dieser Gebiete vor sich gehen wird.“ Dieser Hinweis war deutlich genug, daß eine Eliminierung der deutschen Volksgruppe eines der obersten Ziele tschechischer Politik war. Und dieser Kampf vollzog sich auf vier Ebenen:

1. Als Kampf gegen die deutsche Sprache und Kultur, durch die Beschränkung des deutschen Schulwesens und durch die Täuschung der internationalen Öffentlichkeit mit der Errichtung von Minderheitenschulen. Der Erfolg war durchschlagend und 1932 zählte man 2303 tschechische Minderheitenschulen und nur siebzehn deutsche. Von den 1918 bestehenden deutschen Mittelschulen wurden zwei Fünftel geschlossen.

2. Als Drosselung und Abbau der deutschen Selbstverwaltung durch das Gesetz über die Verwaltungsreform (1927/28).

3. Mit der Verdrängung der Deutschen aus dem öffentlichen Dienst. Eine Halbierung des Anteils der Deutschen fand bereits nach einem Jahrzehnt statt; was in den Jahren 1930/38 geschah, ist nicht mehr statistisch erfasst.

Und 4. schließlich mit der Abwürgung und Überfremdung der deutschen Wirtschaft durch tschechisches Kapital, das dabei von Gesetzgebung und Verwaltung wirksamst unterstützt wurde.

Vorstellungen, wie man die sudetendeutsche Volksgruppe eliminieren könnte, gab es eine ganze Reihe, darunter jene Schrift des Landesgerichtsrates Josef Stehule, die er vor den Friedensverhandlungen in Paris 1919 unter dem Titel „Der tschechoslowakische Staat im internationalen Recht und Verkehr“ veröffentlichte. Darin wird deutlich die Marschrichtung für die sogenannte Entgermanisierung vorgegeben. Stehule schreibt: „Im Laufe von hundert Jahren wird, bevor Deutschland sich seiner besinnt, das ganze böhmische Gebiet ohne jede Gewalt tschechisiert sein... Wenn dieser Prozeß nicht schnell genug vonstatten geht, schreiben wir zur Aussiedlung des deutschen Elements, sofern es unsere Sicherheit bedroht.“

Die Raubpolitik begann schon lange vor 1945

Ein geradezu klassisches Beispiel spontaner tschechischer Raubpolitik waren die Bodenreformgesetze, die noch teilweise vor Abschluß des Friedensvertrages von St. Germain (10. September 1919) erlassen wurden. Am 9. November 1918 (Slowakei erst am 10. Dezember) erging ein Gesetz, das für die Veräußerung, Verpfändung und Belastung sogenannter landgräflicher Güter die staatliche Genehmigung vorschrieb. Am 17. Dezember 1918 wurde das Veräußerungs- und Belastungsverbot auf forstwirtschaftliche Betriebe ausgedehnt. In ihren Grundlinien festgelegt und durch die Schaffung des eigenartigen Rechtstitels der Beschlagnahme (zabor) eingeleitet wurde die tschechoslowakische Agrarreform durch das Beschlagnahmengesetz vom 16. April 1919 (zaborovy zakon). Es bestimmte in seinem § 1: Zur Durchführung der Regelung des Grundeigentums wird der in der Tschecho-slowakischen Republik gelegene Großgrundbesitz einschließlich des gebundenen Großgrundbesitzes in Beschlag genommen und ein Bodenamt geschaffen.“

Unter Großgrundbesitz verstand das Gesetz jeden Besitz einer Person oder einer Miteigentümergruppe mit einem Ausmaß von zusammen 150 ha landwirtschaftlichen Bodens (Wiesen, Äcker, Gärten, Weingärten usw.) oder einer Bodenfläche, die insgesamt 250 ha übersteigt.

Schon bei der Vorlage des Gesetzesentwurfes im April 1919 in der Nationalversammlung kennzeichnete der tschechische Berichterstatter Modraček den wahren Charakter der Reform: „Wenn sie planmäßig und verständlich durchgeführt wird, dann ist sie nicht nur eine soziale Reform, sondern auch eine republikanische Reform und eine im wahrsten Sinne Wortes nationale Reform.“

Durch die Bodenreform gingen in den deutschen Siedlungsgebieten 840.218 ha, das heißt 31 Prozent des gesamten deutschen Heimatgebietes, verloren. Der Wert des beschlagnahmten und in staatlichen Eigentum überführten deutschen Waldbesitzes allein wurde auf einhalb Milliarden Kronen geschätzt. Weitere Auswirkungen waren, daß bis 1930 zahlreiche

deutsche Forstbeamte ihre Stellung verloren. Insgesamt hat diese Enteignungsaktion bis 1938 40.000 Sudetendeutsche um Stellung und Verdienst gebracht.

Von 1921 bis 1930 gingen 3520 sudetendeutsche Landwirtschaften verloren; die Zahl der tschechischen landwirtschaftlichen Betriebe stieg im gleichen Zeitraum um 18.527.

Die Wiener „Neue Wirtschaft“ schrieb am 9. April 1925: „Die tschechoslowakische Bodenreform enthält nicht mehr die geringste Spur eines sozialistischen Gedankens. Kein Privateigentum wird in Gemeinschaftseigentum verwandelt, sondern es wird ganz einfach eine Schicht von Privateigentümern durch eine andere Schicht von Privateigentümern ersetzt.“ Und der tschechische Abgeordnete Michulič in „Narodni Listy“: Die Art, wie heute Restgüter von verschiedenen Protektionskindern mit Hilfe der Bodenreform ergattert werden, ist moderne Räuberei.“

Die Auswirkungen der Reform waren: Bodenschacher, Protektionswirtschaft, erschreckender Rückgang der Produktivität, Konflikte mit Grundbesitzern, die keine Čs-Staatsbürger waren und gewaltige Verschiebungen in der Volkszugehörigkeit der Bodenbesitzer.

Beim Umsturz 1918/19 und noch einige Jahre danach hatte die sudetendeutsche Wirtschaft sowohl eine zahlenmäßig als auch wertmäßig größere Bedeutung als die tschechische, obwohl sie durch den Krieg größere Einbußen erlitt als die tschechische. Hatte die halb so große Volksgruppe der Deutschen sieben Milliarden Kronen Kriegsanleihen gezeichnet, so hatten Tschechen nur eine Milliarde aufgebracht. Mit der Nichtanerkennung dieser Anleihen durch den neuen Staat begann der Kampf gegen die deutsche Wirtschaft und setzte sich damit fort, daß diese wertlosen Kriegsanleihen in die Bemessung der Vermögensabgabe einbezogen wurden. Noch folgenschwerer sollten sich jene Maßnahmen auswirken, die im Rahmen der Devisen- und Währungspolitik, der Subventionspolitik und Vergabepolitik von Staatsaufträgen ergriffen wurden. Das führte zu tiefen Eingriffen und Einbrüchen im sudetendeutschen Wirtschaftsbestand.

Raubpolitik verursachte Massenarbeitslosigkeit

Das wiederum führte in den Krisenjahren dazu, daß auf die Sudetendeutschen, die 23 Prozent der Gesamtbevölkerung stellten, zwischen 60 und 70 Prozent aller Arbeitslosen entfielen, also eine fast dreimal so hohe Arbeitslosenrate hinnehmen mußte wie die übrige Bevölkerung.

In dem Abkommen der UN, das Völkermord (Genozid) definiert, werden im Artikel 2 fünf Kriterien genannt, die mit Absicht begangen, auf eine ganz oder teilweise Vernichtung einer nationalen, volklichen, rassischen oder religiösen Gruppe zielen. Bei einem Tatbestand heißt es: „Absichtliche Unterstellung der Gruppe unter Existenzbedingungen, die ihre vollständige oder teilweise Vernichtung nach ziehen soll.“

So gesehen hat bereits die erste Tschechoslowakische Republik auf die Vernichtung der Sudetendeutschen vorerst einmal auf wirtschaftlichen und kulturellem Gebiet hingearbeitet und mit Kriegsende 1945 auch den Punkt eins: Mord an Angehörigen der Gruppe, in vollem Maße erfüllt.

Zwischen Mai und Oktober 1945 wurden die Konfiskationsgesetze beschlossen. Damit ging alles in die Hände des tschechoslowakischen Staates über. Es waren 55.000 Gewerbebetriebe, 575.000 Wohngebäude, über eine Million Wohnungseinrichtungen mit dem gesamten Hausrat, 120.000 Kraftfahrzeuge, ferner Hotels, Gaststätten, Schulen, Krankenanstalten, Bäder- und Kureinrichtungen, sonstiges Gemeinschaftsvermögen, Kunstgegenstände, Büchereien, die Prämienstände bei Versicherungen usw... Noch heute verkaufen Antiquariate wertvolle alte deutsche Bücher mit exlibris versehen aus Privatbesitz.

Wie hoch war tatsächlich das sudetendeutsche Vermögen, das von den Tschechen enteignet wurde? Von der „Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen“ ist im Jahre 1947 dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Erhard eine Denkschrift über das zurückgelassene Vermögen der Sudetendeutschen überreicht worden. Diese Denkschrift beruht zum Großteil auf tschechoslowakischen Quellen. Zwei Stichtage wurden für die Bewer-

tung herangezogen: Der 30. September 1938 und der 8. Mai 1945. Die zwischen diesen beiden Daten auftretende Differenz in der Berechnung des Volksvermögens ist vor allem auf die höhere Bewertung des Realbesitzes in Deutschland, weiter auf die Intensivierung der Produktion und die gesteigerte Arbeitsleistung, verbundenen mit höheren Löhnen in dem Beobachtungszeitraum, zurückzuführen.

Für diese Daten wurde errechnet:

30. 9. 1938	13,44 Mrd. \$
8. 5. 1945	19,44 Mrd. \$

Für einige bedeutende Wirtschaftszweige wurde das Vermögen wie folgt angegeben (in Mrd. \$):

	1938	1945
Land- u. Forstwirtschaft	3,221	4,822
Industrie	2,393	3,824
Privater Hausbesitz	3,956	3,956

Allein an Grund Boden verloren die Sudetendeutschen 1,15 Mio. ha Wald und 1,65 Mio. ha landwirtschaftlichen Besitz. Das entspricht einem Drittel des österreichischen Staatsgebietes.

In der vorstehenden Aufstellung fehlen sämtliche Kunstsammlungen, Büchereien und anderes Kulturgut. Ebenso unberücksichtigt blieben sämtliche Zwangsarbeitsleistungen in den Kohlengruben, Internierungslagern, Industrieunternehmen und in der Landwirtschaft.

Um den Verlust sudetendeutschen Eigentums in bezug zu anderen finanziellen Aufwendungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu setzen, eignet sich das für den Aufbau der europäischen Wirtschaft so oft zitierte ERP-Programm (Marshallplan) der USA für vierzehn westeuropäische Staaten. Danach wurden bis Ende 1952 12,4 Mrd. \$ an Hilfsgeldern an alle diese Staaten verteilt. Wenn man also das materielle Vermögen der Sudetendeutschen 1938 mit der Marshallplanhilfe für die vierzehn westeuropäischen Staaten vergleicht, so war es noch um eine Milliarde \$ höher.

Die Waldflächen, die den Sudetendeutschen enteignet wurden, entsprechen genau jener Waldfläche, die Oberösterreich und Niederösterreich in der Forstinventur 1981/85 als Ertragswald ausgewiesen hatte.

1400 Ortschaften sind verschwunden

Die Vertreibung und Totalenteignung der Deutschen nach 1945 hat in den ehemaligen Kronländern nicht nur zu gewaltigen demographischen, sondern auch zu wirtschaftlichen und ökologischen Veränderungen geführt. Bis 1990 sind nachweislich 1400 Ortschaften bzw. Ortsteile aus der Statistik verschwunden, die von Sudetendeutschen bewohnt waren.

Wer erinnert sich noch heute an Wilsons 14-Punkte-Programm aus dem Jahre 1918, als es hieß: „Der Grundsatz, allen Völkern und Volksgruppen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und ferner, daß sie – gleichgültig, ob sie stark oder schwach sind – Anspruch darauf besitzen, auf dem Fuß der Gleichberechtigung in Freiheit und Sicherheit zu leben.“ Und in der wenige Tage später erfolgten Ergänzung: „Daß Völker und Gebiete nicht mehr von einer Staatshoheit zu anderen herumgeschoben werden dürfen, als handle es sich um tote Gegenstände oder um Steine, in dem wenn auch großen – nunmehr für alle Zeiten verworfenen – Spiel um das Gleichgewicht der Kräfte.“

Es war der Jahrhundertbetrug der westlichen Demokratien an den Sudetendeutschen, wobei die Tschechen zu keiner Zeit, auch nicht in der Ersten Republik, daran dachten, den Sudetendeutschen eine ethnische und wirtschaftliche Überlebenschance in ihrer jahrhundertalten Heimat einzuräumen. In zwei Etappen ist ihnen der geplante Völkermord geglückt, und dieser Tatbestand in der Mitte Europas war den Demokraten in Brüssel nicht einmal eine ernsthafte Diskussion wert. Mit einem Gefälligkeitsgutachten wurde der Beitritt zur EU ermöglicht und zur Enttäuschung der Vertriebenen blieben die angekündigten Vetos deutscher und österreichischer Politiker aus. Und zu all dem wird mit Trotz und List der begangen Völkermord geleugnet und niemand denkt daran, die unselige Geschichte Tschechiens von 1918 bis 1948 bzw. 1990 ehrlich aufzuarbeiten. Der letzte Besuch des neuen Bundespräsidenten ist symptomatisch für die derzeitige Situation, man spricht zwar Temelin und Beneš-Dekrete höflich an, läßt aber gern dem Blick auf die Zukunft den Vortritt, denn die biologische Lösung steht vor der Tür.

Höchtl für Klarheit und Offenheit in Beziehungen mit Tschechien

Als Präsident des Forchtensteiner Kreises leitete der langjährige NAbg. Josef Höchtl kürzlich eine Delegation von Bundes- und Landespolitikern nach Prag. Die Beziehungen mit der Tschechischen Republik sind zweifellos von allen Nachbarländern die schwierigsten. Deshalb wollte Höchtl mit seinen Delegationsmitgliedern eine Anzahl von Spitzengesprächen führen, um jeweilige Standpunkte zu erläutern und um persönliche Beziehungen entweder herzustellen oder zu vertiefen.

Zu einem anregenden Gespräch kam es im alten Rathaus der Hauptstadt Prag mit Bürgermeister Pavel Bem von der ODS-Partei. Ebenso

aufschlußreich war das Gespräch mit Weihbischof Václav Malý, der ein enger Mitkämpfer von Václav Havel im Kampf gegen die kommunistische Herrschaft war. Die einzelnen Gespräche mit den verschiedenen Ministerien waren von einer großen Offenheit gekennzeichnet. Höchtl und seine gesamte Gruppe, darunter auch der neue Vertriebenensprecher der ÖVP NAbg. Ing. Norbert Kapeller, erörterten mit den Repräsentanten der Tschechischen Republik die wesentlichen bilateralen Themen und scheuten sich nicht, auch die schwierigsten Fragen anzuschneiden: Beneš-Dekrete, Temelin, Verkehrsprobleme usw.

Wir haben gelesen



Lothar Höbelt: „Landschaft und Politik im Sudetenland“, Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien in der Österreichisch-ungarischen Monarchie. 112 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Karten. € 7,40. ISBN 3-902350-10-5. Bestellungen b. d. Österreichischen Landsmannschaft, 1080 Wien, Fuhrmannsgasse 18A, Telefon 00 43 / 1 / 408 22 73-2, Fax: 00 43 / 1 / 40 22 88 2; E-Mail: info@oelm.at.

Das Sudetenland, die deutsch besiedelten Gebiete Böhmens, Mährens und Österreichisch-Schlesiens, waren ein zentraler Bestandteil der Habsburgermonarchie, politisch und wirtschaftlich weit über ihren Bevölkerungsanteil hinaus bedeutsam. Der Autor geht in diesem Band den Unterschieden und Gemeinsamkeiten der einzelnen Landschaften nach, vom Böhmerwald bis zum „Bischofszipfel“ Schlesiens und vom Egerland bis zu den mährischen Sprachinseln: Welche Persönlichkeiten sie prägten und welche politische Richtungen dort ausschlaggebend waren, vor allem nach 1848/1861, als sich Parlament und Verfassung erstmals in Österreich etablieren konnten.

Hier lernen wir einiges über die sudetendeutsche Geschichte im Bereich der Politik, der Parteien, der Ideen und der Wirtschaft und werden auch auf viele Namen stoßen, die uns bekannt vorkommen: Von Adler, Belcredi und Chiari über Laudon und Porsche bis zu Rothschild und Skene; manches Aha-Erlebnis stellt sich ein.

Der Leser erfährt, wie umfassend die Verbindung zwischen dem heutigen Österreich und den Sudetenländern war und ist. Auch darum steht „Wien“ in einer besonderen Verantwortung für die heimatvertriebenen Sudetendeutschen.

AK Egerländer Kulturschaffender

AEK-Begegnung 2004 vom 22. bis zum 24. Oktober in Marktredwitz und Franzensbad. Ankunft: Freitag, 22. 10. – Beginn: Freitag, 14.00 Uhr. – Ende: Sonntag, 13.00 Uhr. Infos: Albert Reich, Thomas-Münzer-Weg Nr. 63 B, 70437 Stuttgart, Telefon / Fax: 07 11 / 84 02 551, E-mail: reich@aek-ev.de.

Zeitzeugen gesucht

Der Deutschlandfunk (DLF) plant für 2005 eine Sendung über Flucht und Vertreibung. Dazu wird unveröffentlichtes Material aus dieser Zeit (Briefe, Dokumente, Tagebücher und dergleichen) gesucht.

Angebote an: Deutschlandfunk – Programmredaktion, Raderberggürtel 40, D-50968 Köln.

Volkstanzfest in Klosterneuburg

Zum 37. Mal findet dieses beliebte Brauchtumsfest in unserer Patenstadt Klosterneuburg – auch als Leopoldtanz 2004 – am Samstag, dem 6. November, in der Babenbergerhalle statt. Dieses Fest wird in Zusammenarbeit mit unseren Freunden von der Volkstanzgruppe Klosterneuburg vorbereitet und durchgeführt. Beginn ist um 18.00 Uhr (Einlaß ab 17.15 Uhr) – Ende um 23.00 Uhr. Alle Landsleute sind recht herzlich dazu eingeladen.

Die Eintrittspreise sind gleichgeblieben. Eintrittskarten im Vorverkauf € 10,-, Karten an der Abendkasse € 12,- Die Tischplatzreservierung – soweit eben die Plätze reichen – ist kostenlos.

Bei den Tänzen kann jedermann sofort mitmachen, etliche Tänze werden auch vorgezeigt. Daneben gibt es ein eigenes Kindervolkstanz. In den Pausen gibt es Vorführungen, ein offenes Singen usw. Im 59. Jahr nach der Vertreibung erwarten wir uns von allen Landsleuten und Freunden einen sehr guten Besuch. Sichern Sie sich daher sofort die Karten und die Tischplätze – wer zuerst kommt, hat seinen Platz sicher!

Wenden Sie sich an die Sudetendeutsche Jugend, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon (Anrufbeantworter) bzw. Fax: (01) 718 59 13, an Frau Malik, Telefon 603 46 98 (von 17.00 bis 19.00 Uhr), oder an Fam. Rogelböck, Telefon und Fax: (01) 888 63 97 (zwischen 17.00 und 19.00 Uhr).

Autor sucht Hinweise

Voraussichtlich Ende 2005 wird die von Axel Dornemann recherchierte und bearbeitete Biographie zu Flucht und Vertreibung in der Literatur erscheinen. Dem wird dann ein jahrelanges Suchen in Bibliotheken, Archiven, einschlägigen Nachschlagewerken und Rezensionen (nicht zuletzt der „Kulturpolitischen Korrespondenz“) sowie Briefwechsel mit Autoren vorausgegangen sein. Eingang in die inhaltlich annotierte Bibliographie finden: Prosawerke aller literarischen Gattungen (auch Jugendbuch), Erlebnisberichte (einschließlich im Selbstverlag erschienene), Reiseberichte, Tagebücher, Autobiographien, Essays.

Thematisch geht es nicht nur um Flucht und Vertreibung (also von 1944 bis 1949 / 50, das heißt keine Spätaussiedlung), sondern auch um das Einleben im Westen sowie den Besuch in der alten Heimat. Diese Themenkomplexe sollen zumindest einen wesentlichen Handlungsstrang im Werk ausmachen. Regional finden Bücher und Texte Berücksichtigung, in denen Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen Gegenstand der Darstellung sind: Schlesien (Niederschlesien), Oberschlesien, West- und Ostpreußen, Pommern, Danzig, Warthegau, Posen, Ostbrandenburg, Sudetenland. Siedlungsgebiete bleiben außen vor. Hinzu kommen einschlägige Sammelbände und Einzelbeiträge in Anthologien. Berichtszeitraum sind die Erscheinungsjahre 1945 bis 2003.

Obwohl der Autor guter Hoffnung ist, kaum noch Lücken gelassen zu haben, bittet er die Leser um Hinweise auf bibliothekarisch versteckte Literatur. Vielleicht kann mit diesem Aufruf noch der eine oder andere bislang im Verborgenen schlummernde literarische Schatz gehoben werden. Kontaktaufnahme: Dr. Axel Dornemann, Lichtensternstraße 7/6, 74343 Sachsenheim, Tel.: 0 71 47 / 90 08 87, Fax: 0 71 47 / 27 04 94 – axel.dornemann@gmx.de.

Wir haben gelesen

Gerhoch Reisegger: „Weg mit den Beneš-Dekreten – Das ungesühnte Jahrhundertverbrechen“. Texte – Gutachten – Folgen. Grabert-Verlag, 446 Seiten; ISBN 3-87847-204-8, Euro 17,00.

Schon die Seitenzahl läßt erahnen, mit welcher Gründlichkeit der Verfasser an diese Aufgabe herangegangen ist. Und tatsächlich, es ist die umfassendste Darstellung, die in den letzten Jahren erschienen ist. Neben allen die Sudetendeutschen betreffenden Dekrete in vollem Wortlaut werden auch die Gutachten von Frowein, Blumenwitz und Ermacora ausführlich behandelt. Die Resolution des US-Repräsentantenhauses, der deutsch-tschechische Nachbarschaftsvertrag das EU-Beitrittsgesuch, Entscheidungen des tschechischen Verfassungsgerichtshofes u. a. m. komplettieren den Dokumententeil.

Allein im Teil drei des Buches sind Pressemitteilungen aus Prag, der EU-Wertegemeinschaft, Lippenbekenntnisse aus Deutschland und Österreich und viele andere Diskussionssplitter des letzten Jahrzehntes zitiert und kommentiert. Auch das zuletzt umstrittene Gesetz um die Verdienste des Schreibischtäters Beneš haben wir gefunden. Das Buch ist auf den letzten Stand der Entwicklungen um die Vertreibung der Sudetendeutschen gebracht. Auch die EU-Reife Tschechiens steht auf dem Prüfstand.

Den Abschluß bilden Seitenblicke auf „Historische Splitter“ wie: „1848 – das nationale Erwachen“; „Versailles, St. Germain und Trianon“; „Hans Kuffner – Unser Staat und der Weltfrieden“; „Das Münchener Abkommen“ und einige andere.

Alles in allem: Diese Neuerscheinung gehört in jede sudetendeutsche Familie und ist allen zu empfehlen, die sich mit Fragen des Völkermordes beschäftigen.

Ausstellung in Aurolzmünster bei Ried

„60 Jahre – Verlorene Heimat Banat.“ Ausstellung zur wechselvollen Geschichte der deutschsprachigen Besiedlung im rumänischen Banat (von 1716 bis in unsere Zeit).

Dauer der Ausstellung: bis Ende 2004. Öffnungszeiten: Freitag: 15 bis 17 Uhr. Samstag und Sonntag: jeweils 13 bis 17 Uhr.

Auskunft: Maria Ritter, 4910 Ried, Riedholzstraße 29, Tel.: 0 77 52 / 71 0 01.

SLÖ feiert mit Klosterneuburg



Die Stand-Besetzung (von links): Edwine Seidler, Irmgard Malik, Hans und Brigitta Steinhauer, Klaus Seidler

Klosterneuburg, die Patenstadt der Sudetendeutschen, feierte am 19. September im Rahmen des Weinlese- und Erntedankfestes fünfzig Jahre wieder eigenständige Stadt. Im Mittelpunkt stand der Festzug mit 79 teilnehmenden Gruppen. Einen großen Block, Nr. 19, mit Wappentüchern sudetendeutscher Städte, bildeten die Trachtenträger der SLÖ. Mit viel Zustimmung zogen wir mit Marschmusik durch unsere schöne Patenstadt. Bürgermeister Dr. Schuh empfing mit dem Festbürgermeister Prof. Harald Serafin und der niederösterreichischen Weinkönigin die Gruppen am Rathausplatz.

SLÖ-Bundesobmann-Stv. Johann Steinhauer hatte diesen Auftritt der Patenkinder selbstbewußt vorbereitet: Ein repräsentativer Großstand – mit dem Transparent der SLÖ weithin sichtbar – hatte viel zu bieten. Heimatliche Mehlspeisen, gebacken von unseren Frauen, wurden von den Familien Steinhauer und Seidler an das reichlich vorhandene Publikum mit Kaffee gebracht.

Aber weitere Spezialitäten konnten an den Mann gebracht werden: Karlsbader Oblaten von der Fa. Wetzel, Znaimer Gurkerln von der Fa. Frey, Bier von der Brau Union und Altvater-Kräuterlikör. Aber Steinhauer hatte auch erfolgreiche Betriebe zum Mitmachen gewonnen: Die Südmährer Familie, Hans aus Asparn a. d. Zaya bot Traubenmost, Sturm, Spitzenweine und Aufstrichbrote an, zwei Damen von der Gablonzer Bijouterie-Ges. Enns boten die berühmten Schmuckstücke an, die Stahlbaufirma Lochmann aus Mödritz / Wolkersdorf stellte sich mit der dreihundertjährigen Firmengeschichte vor, die Tischlerei Zamecnik / Böhmerwald / Bruck / Leitha stellte ihre Angebote vor.

Die Heurigenbankerln waren immer gut besucht von Menschen, die sich gut unterhielten und sich über unsere Lage informieren ließen.

Eine gut gelungene Aktion der Öffentlichkeitsarbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die nachahmenswert ist. G.Z.

Die „Lange Nacht der Museen“ – Böhmerwaldmuseum Wien

Das Böhmerwaldmuseum Wien nimmt heuer erstmals an der ORF-Aktion Die „Lange Nacht der Museen“ teil. Am Samstag, dem 9. Oktober 2004 ist das Museum von 18.00 bis 1.00 Uhr geöffnet.

Das Böhmerwaldmuseum in der Ungargasse Nr. 3, 1030 Wien, ist vom Bahnhof Wien Mitte (U-Bahn, S-Bahn-Knoten) zu Fuß leicht erreichbar. In der „Langen Nacht der Museen“ wird außerdem ein Shuttle-Dienst mit Bussen eingerichtet. Das Böhmerwaldmuseum wird als Nummer 9 in der Route 4 angeführt.

Das Böhmerwaldmuseum Wien beherbergt eine in Österreich einzigartige Sammlung von Schaustücken des Böhmerwaldes, dem heute in der Tschechischen Republik gelegenen Landstrich entlang der bayerischen, ober- u. nieder-

österreichischen Grenze. Neben einer Sammlung über Adalbert Stifter und andere Dichter des Böhmerwaldes sowie einer Bibliothek mit seltenen Büchern, Chroniken, Fotos und Zeitungen sind auch Trachten, Gemälde und Gegenstände des bäuerlichen Alltags zu sehen. In der Erzgebirger Heimatstube finden sich Klöppelarbeiten, Keramik und Spielzeug aus dem böhmischen Teil des Erzgebirges.

In der „Langen Nacht der Museen“ berichtet ein Zeitzeuge über seine Kindheit im Böhmerwald und den Neuanfang in Österreich nach Krieg und Vertreibung. Weiters werden individuelle Anfragen zur Familienforschung im Böhmerwald beantwortet.

Genaue Informationen sind im Internet unter: <http://langenacht.orf.at> zu finden.

VLÖ-Ehrenzeichen an Josef Mühlbacher



Am Rande des Freistädter Heimatvertriebenen-Symposiums verlieh der stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs (VLÖ), Martin May (rechts), kürzlich dem Bürgermeister von Freistadt, Josef Mühlbacher (links), das VLÖ-Ehrenzeichen. In seiner Laudatio hob May die Verdienste des ehemaligen Vertriebenen-sprechers der ÖVP-Nationalratsfraktion hervor und freute sich, daß er die Staffel an Norbert Kapeller weitergegeben hat.

Traditionsmärsche und Zukunftsstiftung

Am 11. September war die Militärmusik Niederösterreich mit einem großen Benefizkonzert zugunsten der Südmährer Kulturstiftung beim Südmährerhof Kulturverein im Weinviertler Museumsdorf Niedersulz zu Gast. Bei herrlichem Spätsommerwetter hatten sich viele Landsleute und Freunde der Blasmusik eingefunden. Zahlreiche Bürgermeister, LAbg. Herbert Nowohradsky, Dachverbandsobermann HR Dr. Gottlieb Ladner, aber auch Reisegruppen aus Oberösterreich, St. Pölten und der näheren Umgebung konnten begrüßt werden. Musikmeister Holzapfel führte fachkundig durch das Programm, in dem neben preußischen und amerikanischen Märschen natürlich die österreichischen Traditionsmärsche, aber auch Klassisches, wie ein zündendes Potpourri von Franz Liszt, zu hören war. In der Pause gab Obmann Reiner Elsinger einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Heeresmusikwesens der kaiserlichen Armee auf Basis der Darstellung im Sudetendeutschen Musiklexikon und würdigte dabei den Anteil der Musiker und Komponisten des Konservatoriums und der Militärmusikschule in Prag sowohl bei der Reor-

ganisation wie auch als Regimentskapellmeister hatten. Namen wie Christian Andreas Leonhardt, Wendelin Kopecky (Egerländermarsch), Franz Lehar sen., Karl Komzak, Julius Fucik, Edmund Patzke (O du mein Österreich), aber auch Fuchs und Pitschmann und mindestens ein Dutzend Regimentsmärsche gehören heute noch zur vielgespielten Musikliteratur. Ganz besonders wurde selbstverständlich auf die Südmährer, wie Bartholomäus Mang aus Schaffa (Infanterieregiment Nr. 3, Kremsier) und Professor Hans Schmid aus Klein Tajax, wie auch auf den ersten Kapellmeister der traditionellen, nach dem Krieg aufgestellten Hoch- und Deutschmeisterkapelle, Hans Strömer aus Klein Tajax, verwiesen, denn sowohl vor Julius Hermann und Horst Winter, spielen auch heute noch Südmährer und Weinviertler bei diesem Klangkörper, der den Sommer über wöchentlich Konzerte in der Wiener Innenstadt gibt.

Zur Bestätigung erklangen dann nach der Pause der Rainermarsch und der 99er-Regimentsmarsch, ferner Salomé von Robert Stolz, die Donkey Serenade, ein Evergreen-

Medley und andere Bravourstücke, bei denen die einzelnen Bläsergruppen Gelegenheit zu Solis hatten; auch Miroslav Prohaszka und Jiri Volf waren mit Polkas vertreten.

Zu guter Letzt dankte Obmann Elsinger der Militärmusik, indem er darauf hinwies, daß dieser, wie zu allen Zeiten, ein wesentliches Verdienst in der Ausbildung junger Musiker zukommt, das sich dann in den Dorf- und Trachtenkapellen bezahlt macht. Schließlich meinte er, daß nach den letzten „Schumliern“ ein klassischer altösterreichischer Marsch den Abschluß bilden sollte, worauf der Radetzkymarsch und „O du mein Österreich“ als Zugaben zu hören waren. Anschließend folgte noch eine Bewirtung der fünfzig Musiker unter der Stabführung von Oberst Anton Pistotnig. Die frohgestimmten Besucher kauften noch die angebotenen CDs. Alles in allem ein erstklassiges Konzert, das auch ein erkleckliches Süssmchen für die Südmährer Kulturstiftung ergab. Leider wurden zahlreiche Funktionäre der Landsmannschaft und auch viele Landsleute vermißt, denen offenbar die Stiftung gleichgültig ist.

Reiner Elsinger

Jubiläumstreffen der Südmährer des Heimatkreises Znaim in Unterretzbach

Am 15. August trafen einander zum 25. Mal die Heimatvertriebenen Südmährer des Heimatkreises Znaim und ihre österreichischen Freunde beim Heimatdenkmal in Unterretzbach. OSR Reinhold Griebler begrüßte die Geistlichkeit, nämlich P. Georg Filzwieser, den pensionierten Pfarrer von Retzbach, P. Jerome, den jetzigen aus Rumänien stammenden Pfarrer, den aus Grafendorf gebürtigen Salesianerpatron Johann Kiesling und Altbürgermeister Gustav Pollak mit besonders herzlichem Applaus. Den Festredner, Abg. a. D., Dr. Josef Höchtl, Gründer und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Völkerverständigung, den Kreisbetreuer Josef Scholler, den Stadtbetreuer von Znaim Heinz Slezacek, Kreisratsmitglied Karl Richter, den stv. Bundesobmann der SLÖ, Johann Steinhauer, den stv. Obmann der Lm. „Thaya“, Franz Nuss, den Schöpfer des Heimatdenkmals, Hans Krappl, und mit besonderem Dank die Fahnenrägerinnen und Fahnenräger des Arbeitskreises mit ihrem Obmann Josef Mord, die Mitglieder der Trachtenkapelle Unterretzbach, die die musikalische Umrahmung gestaltete, die Abordnung des Kameradschaftsbundes, die

Mitglieder des Pfarrgemeinderates und der Freiwilligen Feuerwehr und selbstverständlich alle Südmährer und deren Freunde.

Dr. Höchtl erinnerte in seiner Rede an die Verpflichtung der Kinder der Vertriebenen, einen Beitrag für den Neuaufbau Europas zu leisten, dabei aber das Gedenken an das Geschehene von damals nicht zu vergessen. Als Christen haben wir die Verpflichtung, den Auftrag zum friedlichen Neuaufbau an unsere Kinder weiterzugeben, ebenso wie den Auftrag, alles daranzusetzen, daß Unrecht niemals Recht werden kann, auch wenn andere Staaten dagegen auftreten. In diesem Zusammenhang empfahl Höchtl den jetzigen Machthabern des Vertreiberstaates etwa die Einrichtung eines Fonds wenigstens zur teilweisen Wiedergutmachung. Daß dies möglich sein kann, beweist Kroatien, das sich im Jahre 2002 entschlossen hat, auch Enteignungsopfer zu entschädigen, die nicht kroatische Staatsangehörige sind.

Der Redner schloß seine von zustimmendem Applaus häufig unterbrochenen Ausführungen mit einem Spruch von Friedrich Christof Oetinger: „Gott gebe uns die Gelassenheit, Dinge

hinzunehmen, die wir nicht ändern können, den Mut, Dinge zu ändern, die wir ändern können und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.“ (Übrigens: Oetinger, ein aus Württemberg stammender evangelischer Geistlicher und Naturforscher, war mit unserem Prokop Diwisch, der bereits 1754, also noch vor Benjamin Franklin und unabhängig von ihm, den Blitzableiter – Wettermaschine – erfand, eng befreundet.)

Das Totengedenken sprach der Obmann des Arbeitskreises, Josef Mord, das mit der Kranzniederlegung unter den Klängen des „Guten Kameraden“ schloß.

OSR Griebler dankte allen Teilnehmern, machte ausdrücklich auf die Stiftung von Dr. Hellmut Bornemann aufmerksam, in deren Rahmen in der Südmährer-Galerie in Retz ab 9. Oktober d. J. Bilder südmährischer Künstler ausgestellt werden, also ein weiterer Anziehungspunkt unserer Landsleute im Retzer Land. Er lud zu noch häufigerem Besuch und Verweilen im Retzer Land ein, vor allem zum nächsten Treffen 2005.

Dr. Helma Halva-Denk

Auf Spurensuche... Die Meldefrist wurde verlängert

Bereits mehrmals haben wir auf die Spurensuche hingewiesen und um Interessenten-Meldungen ersucht. Es ist wirklich erstmalig, daß auch für die Nachkommen der Heimatvertriebenen Altösterreicher deutscher Muttersprache, also die Sudetendeutschen, so etwas geboten wird. Man ist der Meinung, daß nicht nur bestimmte junge Leute (vor allem Nachkommen von 1938 aus Österreich vertriebenen Mitbürgern) auf Spurensuche gehen sollten, sondern auch die Nachkommen der Sudetendeutschen.

Aufgrund dessen erwarten wir Ihre wertige Mitarbeit und die Anmeldungen dazu.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Soziale Gerechtigkeit, Generationen und Konsumentenschutz soll ein Projekt zum Thema „Auf Spurensuche in Tschechien“ (Böhmen, Mähren und Schlesien) ausgearbeitet und vorbereitet werden. Angesprochen sind junge Leute von ca. 18 bis 25 Jahre aus ganz Österreich (nicht Ausland), die auf Spurensuche gehen wollen, wie zum Beispiel: Von wo, aus welchem Ort in Böhmen, Mähren und Schlesien stammt meine Familie (Eltern, Großeltern, Urgroßeltern usw.) und als was waren diese dort tätig bzw. welche Arbeit hatten diese geleistet (Bauern, Gewerbetreibende, Angestellte, Arbeiter usw.); war davon jemand in der Gemeinde, im Bezirk, im Land usw. öffentlich tätig?; ein kleiner Abriß über die Gemeinde (Gründung, große und bedeutende Ereignisse, Einwohnerzahl – getrennt nach Nationalität und

Religion – bis 1945 und zum jetzigen Zeitpunkt); bedeutende Gebäude, Denkmäler u. ä.; Bilder von einst und jetzt (zum Vergleich); eventuell Begegnungen mit den heutigen Einwohnern und Erfahrungen daraus. Wer mitmachen will, möge sich so bald als möglich bei der Sudetendeutschen Jugend Österreichs, Steing. 25, 1030 Wien, Tel. / Fax: (01) 718 59 13, E-mail: office@sdjoe.at, melden – mit Angabe der Geburtsdaten, Herkunftsort der Eltern, Großeltern und telefonische Erreichbarkeit.

Jetzt noch keine „Spurensuche“ übermitteln – es geht vor allem um die Teilnehmer, die an so einem Projekt interessiert sind! Nach Absprache mit dem Bundesministerium werden die Teilnehmer vom Beginn des Projekts in Kenntnis gesetzt und gebeten, auf „Spurensuche“ zu gehen. Dazu werden die Details bekanntgegeben.

Nach Einlangen der Ergebnisse der einzelnen „Spurensucher“ werden die besten Arbeiten ausgesucht und die jeweiligen Verfasser zu einer speziellen „Spurensuche“ in Tschechien mit einer Begegnung von nunmehr dort lebenden jungen Menschen eingeladen.

Das gesamte Projekt wird vom federführenden Bundesministerium entsprechend gefördert. Alle übrigen Teilnehmer, die nicht für eine Spurensuche in Tschechien eingeladen werden, werden u. a. Buspreise als Dank für deren Arbeit erhalten.

Interessierte sind aufgefordert, sich bis spätestens 12. Oktober dieses Jahres zu melden!

Schindler-Ausstellung in Düsseldorf

Die SL Düsseldorf und das Gerhart-Hauptmann-Haus zeigen im Oktober eine Ausstellung über Emilie Schindler, die Frau des bekannten sudetendeutschen Fabrikanten Oskar Schindler, die großen Anteil an der Rettung jüdischen Menschen während der NS-Diktatur hatte. Nach 1949 lebte sie in ärmlichen Verhältnissen in Argentinien und kehrte erst 2001 nach Deutschland zurück, wo sie verstarb.

Die Ausstellung besteht aus farbigen Bildtafeln und wurde von der sudetendeutschen Heimatpflegerin Dr. Eva Habel (München) in Zusammenarbeit mit anderen Fachleuten erarbeitet. Sie konnte schon im Sudetenland, in Mähren und in Süddeutschland besichtigt werden. Außer der Darstellung des Lebens und der Taten von Emilie Schindler gibt sie Einblick in das Schicksal der Sudetendeutschen, die Folgen der Diktatur und der Vertreibung durch die tschechoslowakische Beneš-Regierung. Sie stellt eine mutige Frau vor, für die Menschlichkeit eine selbstverständliche Pflicht war.

Die Eröffnung findet am Dienstag, dem 5. Oktober, um 18 Uhr, im Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90 (nahe HBF), statt. Die Ausstellung ist bis zum 28. Oktober zugänglich. Am Donnerstag, dem 14. 10., wird um 15 Uhr der berühmte Film „Schindlers Liste“ des amerikanischen Regisseurs Steven Spielberg gezeigt, zu dem Rüdiger Goldmann, MdL a. D., eine Einführung geben wird.

Wirbelsäulen-Training auch im Sitzen.

Jeden Mittwoch von 10.00 bis 11.00 Uhr im SLÖ-Saal im „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, im Hof, 2. Stock.

Südmährische Galerie in Retz

Am 9. Oktober, 15.00 Uhr, wird das Museum in Retz eingeweiht. Der Landeshauptmann von Niederösterreich, Erwin Pröll, ein Vertreter des Freistaates Bayern und weitere Ehrengäste werden zugegen sein.

Im Herbst des Jahres 2003 fiel die endgültige Entscheidung zum Ausbau eines unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes in der Stadt Retz zu einem Museum, in dem sowohl das Retzer Heimatmuseum als auch die Südmährische Galerie, Stiftung Dr. Hellmut Bornemann, untergebracht wird.

An dem nicht geringen Aufwand für den Umbau und Ausbau des Gebäudes beteiligten sich das Land Niederösterreich, der Freistaat Bayern, das österreichische Denkmalsamt, die Stadt Retz, der Südmährische Landschaftsrat und der Kreisrat des Heimatkreises Znaim.

Es ist ein besonders schöner Zufall, daß sich dieses Museum in der Znaimer Straße befindet, so daß zwischen der Örtlichkeit und den ausgestellten Werken ein direkter Bezug besteht.

Die Stiftung Dr. Hellmut Bornemann umfaßt Werke von Künstlern, die aus Südmähren stammen, wie Hugo Lederer, Alexander Pock, C. M. Thuma und Werke von Künstlern, die in Südmähren bedeutende Werke geschaffen haben, wie Othmar Ruzicka, Max von Scherer, Anton Bruder, Josef Doré, Paul Kaspar und andere.

Wir haben gelesen

Dr. Josef Weinmann: „Egerländer Biografisches Lexikon“. Neue Biografien von A – Z und 94 Bilder. Band 3. Preis: € 48,00. Zu bestellen bei: Dr. Josef Weinmann, Schönhaldenstraße 41, CH 8708 Männedorf / ZH. Karte genügt.

Nun ist das Werk getan, das Lexikon ist im Druck. 1985 kam der erste Band, 1987 der zweite Band und im Jahre 2004 der letzte und dritte Band. Band 1 ist vergriffen, von Band 2 sind noch einige Exemplare zu haben. Ein Freund schrieb, es ist die Arche Noah für die Egerländer. Auf jeden Fall werden durch diese Bücher die Egerländer auch über viele Jahre hinaus bekannt und erhalten bleiben. Ein Werk über den Kreis Karlsbad, das vor kurzer Zeit in Tschechien herausgekommen ist, bringt zwar den tschechischen und deutschen Teil, die Ortsnamen werden jedoch auch im deutschen Teil nur Tschechisch geschrieben. Dieses Werk wurde sinnvoller Weise von der EU finanziert. Für uns und unser Nachkommen ist das „Egerländer Biografische Lexikon“ von unschätzbarem Wert. Tüchtige Egerländer in der Heimat und im Ausland finden wir, zum Beispiel eine Opernsängerin in Zürich, die Sudetendeutschen und Egerländer in Paraguay. Der schicksalsvolle Weg des Schlackenwerther Codex, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen im Ausland. Der berühmte Biemann in Franzensbad. Der Chef von Südwestmetall, seine Vorfahren kamen vor vielen Jahren aus dem Egerland. Ein Herzchirurg in Berlin und viele andere Prominente. Es gibt viele Überraschungen.

Student sucht Betätigung!

Der Sohn eines Landmannes aus München studiert seit einem Jahr in Wien; es gefällt ihm hier sehr gut und er hat sich gut eingelebt. Was ihm fehlt, ist eine passende Studentenarbeit für zirka einen Tag pro Woche im Raum Wien (jede normale Tätigkeit wird angenommen). Studium und Unterkunft kosten natürlich viel Geld, darum auch diese Bitte um Hilfe.

Wer kann helfen und dem jungen Mann Arbeit, wie gewünscht, anbieten?

Wenden Sie sich bitte umgehend an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel. / Fax: (01) 718 59 13 (wir leiten das Angebot gerne weiter), oder auch direkt an den Vater, Lm. Georg Wollner, c/o Sudetendeutsche Landsmannschaft, Hochstraße 8, D-81669 München, Telefon: 00 49 / 89 / 48 00 03-0.

„Arbeitsgemeinschaft Sudetenland 2000“ zieht nach 15 Jahren Bilanz

Nach nunmehr 15 Jahren Arbeit im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaft Sudetenland 2000“ ist es vielleicht wieder einmal an der Zeit, einen Rückblick zu halten und Rechenschaft über Wünsche, Ziele und Erreichtes abzulegen.

Begonnen hat diese Arbeit nach dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ damit, daß wir mit der Sudetendeutschen Jugend Österreichs einen Konvoi mit Hilfsgütern zusammenstellten und nach Rumänien nach Wolfsburg und Weiden-thai zu den Banater Berglanddeutschen brachten. Wie manch spätere Unternehmungen, ist auch die Versorgung der Banater Berglanddeutschen mit lebensnotwendigen Gütern im nachhinein (nach 15 Jahren) mit gemischten Gefühlen zu betrachten, denn beide Orte existieren als deutschsprachige Orte nicht mehr. Mit wenigen Ausnahmen ist die ganze Bevölkerung nach Bayern ausgewandert. Trotzdem war die spontane Reaktion der Sammlung von Hilfsgütern und Durchführung der Hilfstransporte ein wichtiger und richtiger Schritt.

„Die 70- bis 80jährigen sollen eigentlich nicht noch versuchen, die Zukunft zu gestalten, denn die Schrecken der Vertreibung stecken noch viel zu tief in ihnen – und ob sie es wollen oder nicht, auch noch Haß. Ihre Aufgabe ist vielmehr, die eigenen Kinder und die Jugend zu motivieren, sich der Belange der Volksgruppe und der Heimat anzunehmen. Erst eine Generation, die nicht mehr so schwer getroffen wurde, kann tragfähige Lösungen für die Zukunft finden!“

Diese Worte des 1994 verstorbenen Vaters unseres AH Samo Harald Hartinger und die Aufforderung von AH Spezi Ing. Gerd Freihsler (AH der Suddt. Akad. I! Zornstein zu Leoben), unsere Möglichkeiten und unser Potential in jeder Hinsicht für eine gemeinsame Arbeit in der „Alten Heimat“ auszuloten, führten 1991 zur Gründung der „Arbeitsgemeinschaft Sudetenland 2000“. Es entstand eine lose Arbeitsgemeinschaft von Korporationen, Vereinen und Einzelpersonen, die es sich zur Aufgabe machte, Aufbau- und Erhaltungsarbeit im Sudetenland, aber auch in anderen von deutschen Minderheiten besiedelten Gebieten zu leisten. Es war dies ein Pensum, das für einen Einzelnen zu viel und scheinbar für größere Organisationen zu wenig oder zu wenig attraktiv war – wir hatten eine „Marktnische“ entdeckt.

Die vorrangigen Aufgaben von „Sudetenland 2000“ waren festgelegt mit:

- Mithilfe beim Aufbau von Schulen, Kindergärten und sozialen Einrichtungen.
- Heranbildung von Kindergarten- und allgemeinem Lehrpersonal aus dem vorhandenen Personenkreis in der Alten Heimat.
- Materielle, finanzielle und personelle Unterstützung der Projekte.
- Schulung der eigenen Leute im Wissen um die „Alte Heimat“ und deren Geschichte.
- Kennenlernen von Land und Leuten in der „Alten Heimat“.
- Besuch und Pflege von Gedenkstätten und Friedhöfen.

Das erste Projekt 1991 war die Gründung und Errichtung einer deutschsprachigen Grundschule in Prag für vor allem sudetendeutschen Nachwuchs. Nach Überwindung aller Schwierigkeiten, die es nun einmal auch in östlichen Bürokratien gibt, wurde diese Schule am 9. September 1991 eröffnet. Es war eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht. Viel Geld und Material

wurde unsererseits investiert. Leider hat dann die Schulleitung (tschechisch) nach zwei Jahren die Schulgebühren dermaßen erhöht, daß sich die Sudetendeutschen einen Schulbesuch nicht mehr leisten konnten. Damit war dieses Projekt leider für uns gestorben. Die Schule besteht noch heute und dient derzeit zur Ausbildung vor allem von Diplomatenkindern!

Daneben waren wir schon mit dem Aufbau von Kindergärten und Deutsch-Lerngruppen beschäftigt, vor allem im Erzgebirge mit Abertham, Neudeck, Karlsbad-Rosenberg und Merkelsgrün. Dazu kamen unsere Gründungen im Schönhengstgau (Mährisch Schönberg, Mährisch Trübau) und auch in S-Mähren Zlabings. AH Samo Harald Hartinger organisierte dazu Ausbildungskurse für das Kindergartenpersonal in Wien, lud die entsprechenden Damen nach Wien ein und betreute sie während ihrer vierwöchigen Ausbildungszeit (Quartier wurde ebenfalls von ihm gestellt). AB Hatto Beppo Eichmair wieder organisierte Geld und Lernmaterial für unsere Projekte. Die Ausrüstung sämtlicher Einrichtungen mit entsprechendem Standard zur Verwirklichung und Umsetzung unserer Ideen (Videorecorder etc.) sprengte fast unseren finanziellen Rahmen. Aber mit Hilfe von vielen Freunden und Gönnern (Suddt. Lm. Wien, Suddt. Jugend, zuletzt vor allem der BdSt!!!) schafften wir auch dies. Im Laufe der Jahre haben wir nun ein Videoarchiv mit etwa 600 Stunden Märchenfilmen und 200 Stunden anderweitige Filme aus älterer Zeit sowie Dokumentationen über Österreich aufgebaut, kopiert und den einzelnen Institutionen zur Verfügung gestellt. Für den Deutschunterricht wurden jede Menge Tonbänder kopiert, dazu 150.000 Kopien von Arbeitsblätter und -büchern in deutscher Sprache und Ähnliches hergestellt. (Wir brachten zwei Großkopierer zum Abbrennen!)

Für unsere eigenen Leute organisierten wir die Ausstellung „Das Sudetenland stellt sich vor“. In zwei Anläufen, basierend auf Modellbauten von bekannten Gebäuden vor allem aus dem Reichenberger Raum (gebaut von Dipl.-Ing. Giselher Vietze, †), wurde versucht, den Aktiven, aber auch Besuchern dieser Ausstellungen Wissenswerte über Land, Leute, aber vor allem über die Geschichte des Sudetenlandes beizubringen.

Im Laufe der Jahre wurde unser „Betreuungsgebiet“ auch auf die Karpatendeutschen in der heutigen Slowakei ausgeweitet, mit ähnlichen Vorgaben und Zielen (Anfangs in Zusammenarbeit mit der Suddt. Akad. I! Zornstein).

Die Betreuungsbeispiele alle aufzuzählen, würde den Rahmen sprengen, aber eine kleine allgemeine Auflistung sei gestattet: Wir stellten abgesehen von finanziellen und materiellen Unterstützungen Lehrpersonal für die Deutschlernlager von AH Spezi Freihsler, sowohl AHAH als auch Aktive, die das Lager in Altwasser, Slowakei, sogar leiteten; wir besuchten viele Feierlichkeiten (Weihnachts-, Osterfeiern etc.), um Land und Leute kennenzulernen, wir betreuten umgekehrt ältere Landsleute bei ihren Wienbesuchen (Quartierstellung) oder organisierten für die Jugendgruppen den Wienbesuch mit Quartier und Verpflegung. Selbst für Sonderwünsche hatte Sudetia immer ein offenes Ohr (Tageslichtprojektor für Metzenseifen, Blutzuckermeßgerät für Metzenseifen, Klavierschlüssel für Poprad, u. ä. m.), finanzielle Unterstützung

von Einzelpersonen bei Lernprojekten in Österreich.

Natürlich hat sich auch im Laufe der letzten Jahre auf dem „Versorgungssektor“ einiges gewandelt: Kleidung, Schuhwerk und Ähnliches wird nicht mehr gebraucht und daher von uns auch nicht mehr gesammelt. Derzeit brauchen wir auch keine Schulbücher, die Frage, nach welchem System unterrichtet wird (Deutsch oder Österreichisch) ist meist nicht ganz geklärt, und dazu kommt, daß natürlich nach der neuesten Rechtschreibung unterrichtet werden soll, die in unseren damals gesammelten Schulbüchern aber noch nicht gebräuchlich war!

Leider ist aber im Laufe der Jahre auch der enthusiastische Einsatzwille der beginnenden neunziger Jahre bei vielen verlorengegangen. Ab etwa 1997 besteht die Arbeitsgemeinschaft Sudetenland 2000 nur mehr aus unserer Sudetia. Mit der Akad. M! Freya gibt es bei manchen Projekten eine sehr gute Zusammenarbeit, dem BdSt gilt vor allem für die finanzielle Unterstützung unser Dank. Somit blieb und bleibt die Hauptlast der „Volkstumsarbeit“ im weitesten Sinn an unserer Sudetia, und hier an einigen wenigen Aktivisten hängen.

Daher ist auch seit etwa 1998 das Motto: „Acht Jahre sind genug“, abgesprochen mit unserem „Antreiber und Initiator“ AH Spezi Freihsler. Und dies bedeutet: In den ersten zehn Jahren wurden sämtliche Projekte von unserer Seite geplant, organisiert und durchgeführt. Damit war nun Schluß. Nunmehr müssen unsere Landsleute in der „Alten Heimat“ den kreativen und offensiven Teil übernehmen, wir schreiten nur mehr unterstützend mit Rat und – wo es notwendig ist – mit materieller Unterstützung (Videorecorder, Computer etc.) ein.

Ein Lichtblick in der oft mühevollen Arbeit war die Gründung der Suddt. Damengilde „Edda“, die nicht nur bei Wienbesuchen die Verpflegung und Betreuung unserer Gäste übernahm, sondern auch aktiv in der „Alten Heimat“ das Heft in die Hand nahm. Neue Gebiete zur Betreuung waren hinzugekommen, unter anderem das Hultschiner Ländchen, Hoppgarten, Metzenseifen und die Gottschee. Manche Volksgruppe wurde hereingeholt und konnte bei uns zeigen, daß auch in der „Alten Heimat“ das Volkstum noch nicht ausgestorben ist.

Unter dem Strich haben 15 Jahre Arbeit in der „Alten Heimat“ meine Sudetia zirka 35.000 Euro an finanziellen Mitteln gekostet, abgesehen von den in Eigenregie hergestellten Lehrmaterialien, jede Menge Zeit und Energie sowohl von AHAH als auch von Aktiven gefordert, dazu auch das Wissen gebracht, daß nicht alles immer so geklappt hat, wie wir es planten und wünschten, daß man immer wieder mit Enttäuschungen rechnen muß, wenn das eine oder andere Projekt stirbt.

Geschmerzt hat oft auch die Erkenntnis, wie wenig unsere Arbeit vom eigenen korporierten Lager, aber auch von den Sudetendeutschen Dachverbänden geschätzt wurde. Aber es brachte auch die Befriedigung, daß wir zumindest in unserem Rahmen einiges zustandegebracht haben, daß wir viele Freunde im Sudeten- wie im Karpatenland gewonnen haben und diese Arbeit im Sinne der Gründer unserer Korporation geleistet wurde. Für diese Leistungen bin ich stolz, Sudete zu sein.

AH Hatto Eichmair

Gründungsfeier des SL-LV Tirol

Die 55jährige Gründungsfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Landesverband Tirol, findet am Sonntag, 17. Oktober 2004, um 12.00 Uhr, im Café-Restaurant Sacher in Innsbruck, Altstadt / Hofburg, Hofgasse 1, statt.

Festablauf

1. Musik: „Tief drin im Böhmerwald...“
2. Heimat
3. Begrüßung durch den Obmann
4. Totengedenken
5. Festansprache – Hugo Fritsch
(Autor des Buches: „Als Beneš meine Familie zerstörte...“)
6. Ehrungen
7. Grußworte der Ehrengäste
8. Vorstellung der Sudetendeutschen Landschaften
9. Musik: „Kein schöner Land“
10. Schlußworte des Obmannes

Festgottesdienst um 11 Uhr in der Hofkirche in der Innsbrucker Altstadt. Messe und Predigt: Pater Norbert Schlegel, Visitor für die Sudetendeutschen und Vorsitzender des Sudetendeutschen Priesterwerkes.



„Bruna Wien“

Heimatsnachmittag am 11. 9. im Restaurant Wienerwald. Begrüßung nach den Sommerferien. Todesfälle gab es in den letzten Monaten Gott sei Dank keine. Die Gräber sind alle in gutem Zustand, dank der Dorfbevölkerung, welche sich auch teilweise um die Grabstellen unserer Landsleute kümmert. In Poysdorf ist auch Dr. Zahradnicek, ein Südmährer, begraben. – Herr Hans Douschek, unser Kassier, hatte einen Schlaganfall und war im Wilhelminenspital, wo wir ihn besuchten. Jetzt ist er zur Therapie am Rosenhügel. – Leider haben wir von Herrn Heinz Scheibenbogen, dem Autor des Buches „Das Golgatha der Sudetendeutschen“, schon lange nichts mehr gehört. Das Buch hatte sich ganz gut verkauft! Es sind noch Bücher zu haben! – In diesem Monat, am Samstag, dem 25. 9. und Sonntag, dem 26. 9., war wieder Heimattreffen in Klosterneuburg. Die Feste hielt der 1. Präsident des österreichischen Nationalrates, Dr. Andreas Khol, und es gab Grußworte des Bürgermeisters von Klosterneuburg, Dr. Gottfried Schuh und Vertretern der politischen Parteien. Auf ein Wiedersehen bei unserem nächsten Heimatsnachmittag im Restaurant „Wienerwald“ am 9. Oktober freuen sich Obfrau Ingeborg Hennemann und Schriftführerin Ulrike Tumberger.

Humanitärer Verein von Österreichern aus Schlesien

Achtung: Wegen Termenschwierigkeiten muß die Hedwigsfeier auf 17. Oktober, 9 Uhr, in der Singerstraße, Deutsch-Ordenskirche, und der Heimabend mit Kirme auf 22. Oktober, Lois-Braille-Stuben, verschoben werden. Bitte weitersagen!
H. B.

Kulturverein Südmährerhof

Ein ereignisreicher September schloß sich an die Sommerveranstaltungen an: Zunächst gab es beim Vereinsabend vom 9. September zahlreiche Geburtstagsfeiern, wie zum Beispiel Barbara und Bruno Grojer, Hermi Schönplugg, Helga Hostalek, Gisela Künschner und Reiner Elsinger, der auch Franz Ginzel hochleben ließ und ein kleines Geschenk zum Dank überreichte. Ferner gedachten wir der Geburtstage von Mitzi Merighi, Gerti und Walter Grojer Spiller, Dipl.-Ing. Reinhard Novotny, Univ.-Prof. Franz Gerstenbrand (80, siehe „Sudetenspost“), Erich Feller, Rudolfine Beierl, Hermine Moryc und von der jungen Generation: Birgit Grech und Nina Pollak. Anschließend wurden die zahlreichen September- und Oktobertermine besprochen. So fand schon am Samstag, 11. September, das erstklassige Benefizkonzert der Militärmusik Niederösterreich statt, welches viele Musikbegeisterte auf den Südmährerhof brachte. Leider blieben viele Landsleute und auch Funktionäre aus. Unsere Anstrengungen auf sudetendeutsche Militärkapellmeister und -Komponisten, wie auch die Kulturstiftung aufmerksam zu machen hätten sich etwas mehr Aufmerksamkeit verdient. Der Trachtenmarkt am 19. September am Südmährerhof bewies wieder die lebhafteste Trachtenszene in Österreich, da diesmal bereits drei bekannte Trachtenhersteller an der Modenschau mitwirkten. Auch die „Natur im Garten“-Prämierung am 25. 9. brachte viel Leben auf den Südmährerhof. Schon am 23. 9. hatten wir – leider bei Schlechtwetter – die Bezirksgruppe

Gedenktafel im Hain der Volksdeutschen Landsmannschaften

Am 18. September 2004 wurde im Europapark in Klagenfurt eine neue Tafel am Gedenkstein der Volksdeutschen Landsmannschaften angebracht und feierlich gesegnet von Prälat Dr. Cegovnik.

Bereits 1982 wurde der Gedenkstein als Symbol für Völkerverständigung und Frieden und als Zeichen des Dankes an die neue Heimat gesetzt und enthüllt. Obmann der Kanaltaler Landsmannschaft, Dipl.-Ing. Karl Heinz Morschitz, konnte zahlreiche Landsleute und Abordnungen von Stadt und Land begrüßen. Auf der alten Tafel fehlten „die Kanaltaler“, da sie erst einige Jahre später der Volksdeutschen Landsmannschaft Kärnten beigetreten sind. So sind nun alle sechs Landsmannschaften – Donauschwaben, Sudetendeutsche, Untersteirer-Mießtaler, Gottscheer, Siebenbürger Sachsen

und nun die Kanaltaler – in die Platte gemeißelt. Alle verbindet ein gemeinsames Schicksal: Vertreibung aus der Heimat, wobei viele Menschen ihr Leben lassen mußten. An dieses Geschehen soll der Stein erinnern. „Dieser Platz ist gut gewählt worden, er ist an der Lend und an einem Weg, an dem viele Spaziergeher vorbeigehen. Besonders viele junge Menschen sind hier unterwegs. Die Gedenkstätte soll ein Symbol des Friedens sein.“

Vertretend für den Landeshauptmann sprach Bundesrat ÖR Ing. Kampf eindrucksvolle Worte zu den Anwesenden. Umrahmt wurde diese Feierstunde von den Jagdhornbläsern aus Arriach. Noch lange verweilten die Landsleute bei einer „Kanaltaler Jause“ beisammen, denn auch Petrus hatte schönes Wetter mit viel Sonnenschein beschert.

Norbert-Göbel-Bowling-Turnier

Alle Bowling- und Kegelfreunde sind zum 22. Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier am Sonntag, 10. Oktober, in die Sporthalle Engelmänn, Wien 17, Syringgasse 6 bis 8 (Eingang Beheimgasse), sehr herzlich eingeladen. Die Sporthalle befindet sich nächst der Jörgersstraße / Jörgerbud. Wir beginnen pünktlich um 14.00 Uhr (Treffpunkt ist um 13.45 Uhr). Dauer zirka drei Stunden, inklusive der Siegerehrung. Jedermann kann daran teilnehmen, ohne Altersbeschränkung, daher auch für die mittlere und ältere Generation möglich!

Mit Straßenschuhen bzw. eigenen Sportschuhen darf nicht gespielt werden – Schuhe müssen gegen geringes Entgelt in der Sporthalle entliehen werden. Zur Abdeckung der Bahnmiere wird von jedem Teilnehmer ein kleiner Spesenbeitrag eingehoben. Machen auch Sie bzw. mach auch Du mit! Schöne Pokale und kleine Sachpreise warten auf die Teilnehmer.

Freistadt der SLÖ zu Gast. Auch beim SL-Heimattag in Klosterneuburg am 26. 9., wie auch an der Diskussion am Vortag im „Haus der Heimat“, wirkten wir mit. – Wir trauern um unseren Kameraden Hans Schallamon, der immer für die Gemeinschaft da war und besonders beim Ausbau des Kreuzberges und bei den Zu- und Umbauten am Südmährerhof zahllose Arbeitsstunden geleistet hat, was ihn unvergessen macht. – Für Oktober steht die Heimatreise des Landschafts- und Patenschaftsrates Geislingen, wie auch unser Vereinsausflug am 16. 10. und eine Busfahrt nach Nikolsburg am 30. 10. zur Allerheiligen-Kranzniederlegung am Programm. Die nächsten Vereinsabende sind am 14. Oktober und am 11. November.

Reiner Elsinger

Mährisch Ostrau – Oderberg, Friedek und Umgebung

Unser erster Heimatnachmittag im September war ausgezeichnet besucht und wir alle freuten uns, einander wiederzusehen. Doch auch diesmal hatten wir Verluste treuer Landsleute zu beklagen, deren Platz nun für immer leer bleiben wird, die wir jedoch nie vergessen werden. Ich sprach wie jedes Mal von unserem Schicksal, von der Heimat, von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Benes-Büste lag uns besonders am Herzen und Krummau und das Hotel „Ruze“ sollen in Zukunft gemieden werden. – Unser nächster Nachmittags findet am 7. Oktober statt und ich hoffe, wieder einem so zahlreichen Besuch entgegenzusehen zu können. Möglicherweise muß der Dia-Vortrag verschoben werden, da Lm. Seidler bereits anderweitig verpflichtet ist. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben und wir sehen jetzt schon seinem kommenden Vortrag entgegen. Seine Aufnahmen und die dazugehörigen Berichte erfreuen uns immer wieder aufs Neue. Ich wünsche Ihnen das Allerbeste für die kommende Zeit und grüße Sie alle herzlichst.

Ihre Johanna von Ethhofen

Zwittauer und Müglitzer in Wien

Totengedenken: Am 31. Juli fand auf der Marienbrücke in 1010 Wien um 15.30 Uhr und um 18.00 Uhr auf der Europabrücke in St. Pölten eine Gedenkveranstaltung anlässlich des Massakers von Aussig an der Elbe am 31. 7. 1945 statt. Bei dieser Gelegenheit wurde je ein Kranz dem Donaukanal sowie dem Traisenfluß übergeben. – „Vertreibung verjährt nicht“ war das Motto des Sudetendeutschen Heimattages 2004, der in Wien und Klosterneuburg am 25. und 26. 9. stattfand. – Geburtstage feiern bzw. feierten: Frau Antonia Michalek (Zwittau), 88 Jahre am 3. 10. Lm. Ernst Metzner (Zwittau), 85 Jahre am 10. 10. Frau Edith Schulze (Zwittau), 83 Jahre am 13. 10. Alles Gute, beste Gesundheit und auf baldiges Wiedersehen. Ebenso mögen Frau Ingeborg Peschka, Frau Mag. Helma Pete und Lm. Karl Haupt einen schönen Geburtstag verbringen. – Zu unserem großen Bedauern mußten wir erfahren, daß Frau Paula Eigner, geb. Ettl, am 1. 8. 2004 im 77. Lebensjahr heimgegangen ist. Sie hat den ewigen Frieden gefunden.

Waltraut Herwei

Sudetendeutsche Frauen Wien, NÖ, Bgld.

Nach wie vor treffen wir einander an jedem 2. Dienstag eines jeden Monats, um 15 Uhr, im Café Salon, Josefstädter Straße 30, 1080 Wien. Ich freue mich auf Ihr Kommen. J. v. Ethhofen

„Bund der Nordböhmern“

Heimatabend 11. September 2004. Nach der Sommerpause trafen wir uns das erste Mal in diesem Arbeitsjahr an unserem gewohnten Treffpunkt beim Ebner zu einem gemütlichen Beisammensein. Die Urlaubszeit ist noch nicht zu Ende, was sich in der relativ geringen Besucherzahl zeigte. Unser Obmann Dieter Kutschera begrüßte die Anwesenden und richtete Grüße aus von Landsleuten, die am Besuch des Heimatabends verhindert waren. Anschließend lasen Susanne Svoboda und OSR Auguste Wohl Herbstgedichte. – Wichtige Termine: 9. Oktober: Dia-Vortrag über Alaska von Prof. Hermann Kirchenberger. 17. Oktober: Herbstausflug. Rundfahrt mit dem Schiff, Abfahrt um 10.45 Uhr. Treffpunkt am Schwedenplatz um 10.15 Uhr. – Gratuliert wurde jenen, die im Juli, August und September geboren wurden. Wir gedachten unserer verstorbenen Landsleute, insbesondere unseres Landsmanns Dir. Franz Kreibich aus Wartenberg. Franz Kreibich war lange Jahre im Vorstand des Bundes der Nordböhmern und erhielt 2004 die Ehrung für fünfzig Jahre Mitgliedschaft. – Obmann Dieter Kutschera sprach die Überlebensfrage des Bundes der Nordböhmern an und appellierte an die Anwesenden, auf ihre Kinder einzuwirken, sich für unser Vereinsleben zu interessieren. Gedacht ist, die Treffen der jungen Generation zu einem anderen Zeitpunkt zu gestalten, mit unserer Unterstützung, aber weitgehend ohne unsere Mitwirkung. Um dies zu erreichen, wol-

len wir die jungen Leute zwischen 25 und 50 zu einer Infoveranstaltung einladen. Wir bitten die Landsleute, Anschriften ihrer Kinder zur Verfügung zu stellen. Ing. Friedrich Schebor

OBERÖSTERREICH

Wels

Allen Landsleuten, die im Oktober Geburtstag feiern, unsere herzlichsten Glückwünsche: Frau Helga Goldberg, geb. am 10. 10. 1927; Herrn Franz Furtner, geb. am 23. 10. 1920; Herrn Walter Bernard, geb. am 26. 10. 1931; Frau Edith Leibl, geb. am 30. 10. 1925; Frau Maria Honetschläger, geb. am 30. 10. 1925; Frau Brigitte Schwarz, geb. am 30. 10. 1934. – Am 31. Oktober, um 10.30 Uhr, findet unser Totengedenken bei der Sigmundkapelle statt. Nehmen Sie bitte an der Feier teil. St. Sch.

Verband der Südmährer in Oberösterreich

Geburtstage: Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat Oktober geborenen Jubilaren alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesondere aber zum: 85. am 25. 10. Gertrud Müllner aus Joslowitz, 84. am 5. 10. Rosa Krennbauer aus Wainitz, 84. am 25. 10. Reg.-Rat Johann Hinterecker aus Linz, 80. am 28. 10. Ottilie Baumgartner aus Treskowitz, 80. am 22. 10. Theresia Gaffal aus Grusbach, 76. am 13. 10. Theresia Grausam aus Großtajax. – Jubiläum: Am 16. September 2004 feierte unser langjähriges Ausschussmitglied Josef Huber aus Hosterlitz mit seiner Gattin die Goldene Hochzeit. Nachträglich unsere herzlichsten Glückwünsche. – Todesfall: Wir trauern um unser langjähriges Ausschussmitglied Lm. Josef Zeiner aus Eisgrub / Südmähren. Unser Landsmann hat uns am 11. 8. 2004 im 86. Lebensjahr für immer verlassen. Wir werden ihn immer in Erinnerung behalten. Den Familienmitgliedern unser aufrichtigstes Beileid.

Gmunden

Am Donnerstag, 14. Oktober, um 15 Uhr, findet bei der Gedenkstätte am Platz der Sudetendeutschen eine Feierstunde anlässlich der Fertigstellung der Restaurierung statt. Zu diesem Festakt laden wir herzlich ein.

Seit dem Jahr 1997 ist Heinz Köppl, geboren am 28. 12. 1951, Bürgermeister unserer Stadt. In seiner Amtszeit wurde die Gedenkstätte am Platz der Sudetendeutschen erweitert und verschönt. Im Oktober 1997 wurde eine Hinweis-tafel aufgestellt mit dem Text: „Von 1931 bis 1945 stand auf diesem Platz ein Monument für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen – 1945 wurde es zerstört“; 1998 kam eine Grablaterne dazu. Beim Gedenkstein aus dem Jahre 1969 sind an der rückwärtigen Wand größere Platten abgefallen. Im Sommer 2003 wurde der Stein (Sandstein) komplett restauriert. Jeweils von November bis März mußte der Stein durch eine Holzverschalung geschützt werden. Nun wurde um den Gedenkstein eine „Glaseinhausung“ installiert. Unser Bürgermeister hat für unsere Anliegen immer ein offenes Ohr und wir können immer mit seiner Unterstützung, ideell und auch finanziell, rechnen. Aus diesem Grund beantragen wir, daß Bürgermeister Franz Köppl eine Auszeichnung (Ehrendenkel) überreicht wird. – Hedwig Monschein feierte am 3. Oktober ihren 81. Geburtstag. Herzliche Glück- und Segenswünsche und weiterhin alles erdenklich Gute.

Herlinde Lindner

Verband der Böhmerwälder in OÖ.

Am 4. September waren wir mit sechzig Mitgliedern und Freunden des Verbandes der Böhmerwälder in OÖ. zu unserer traditionellen Marienwallfahrt nach Maria Trost in Brünndl unterwegs. Prior Pater Bonifilius vom Kloster Gratzen, der Wallfahrtspfarrer von Brünndl, erwartete uns schon am Aufgang zur Wallfahrtskirche, mit dem wir im Gesange in die Wallfahrtskirche einzogen. Seiner leidenschaftlichen Einführung als glühender Marienverehrer folgte der Gottesdienst mit unserem Pfarrer Herrn Kretschmer, wo auch unsere Frau Klein die Lesung und die Fürbitten darbrachte. Nachdem sich alle mit dem Wasser aus dem Brünndl, dem eine heilende Wirkung nachgesagt wird, versorgt hatten, fuhren wir zum Mittagessen ins Kloster Gratzen. Bestens gestärkt ging es weiter in Richtung österreichischer Grenze nach Gmünd. Während der Fahrt befragt über die Teilnahme an einer eventuellen Führung in der Rosenburg, die im Programm vorgesehen war, fanden sich zu wenig Interessierte, so daß wir umdisponieren mußten und uns stattdessen zum Besuch von Zwettl entschlossen, wo es jedem frei stand, über seine

Zeit zu verfügen. Die Heimreise über Sandl und Freistadt endete wohlbehalten an unseren Einsteigstellen. Der Morgen hat mit Regen begonnen, aber schon nach kurzer Fahrzeit hatten wir das schönste Wetter. Wenn Engerl reisen, wird sich das Wetter weisen, das hat sich wieder bewahrheitet.

Franz Bayer

Die Verbandsleitung der Böhmerwälder in OÖ. gratuliert zu den Geburtstagen im Monat Oktober: Franz Blaha, 94 Jahre am 22. 10.; Katharina Schmidinger, 92 Jahre am 20. 10.; Franz Wolf, 89 Jahre am 7. 10.; Erich Jungwirth, 84 Jahre am 5. 10.; Anni Mayr, 83 Jahre am 16. 10.; Alfred Bäcker, 83 Jahre am 19. 10.; Gertrude Lüzelbauer, 81 Jahre am 2. 10.; Reg.-Rat. Karl Sejka, 81 Jahre am 23. 10.; Leopoldine Slavik, 79 Jahre am 23. 10.; Hedwig Reither, 78 Jahre am 10. 10.; Maria Dutzler, 74 Jahre am 18. 10.; Gottfried Woissetschläger, 65 Jahre am 15. 10.; Erich Kubata, 60 Jahre am 12. 10.

Vöcklabruck

Das Treffen am 12. September war wieder gut besucht. Leider konnten die Lm. Rosa Wincor und Hermine Kirchgatterer wegen Krankheit nicht kommen. Ihnen wurden per Äther viele Genesungswünsche zugesandt. – Weil unser Stammstüberl wieder einmal besetzt war, hat sich im Ersatzraum eine andere Sitzordnung ergeben, was aber der gemütlichen Unterhaltung nicht geschadet hat. Obmann Willi begrüßte alle recht herzlich. Er übermittelte Grüße von DDR. Oberwandling, Obmann des Heimatmuseums, und verteilte dessen Rundschreiben, in dem u. a. auf das Programm im Rahmen „Tag der offenen Tür“ im Heimatmuseum, jeweils von 14 bis 18 Uhr, für das zweite Halbjahr 2004, hingewiesen wird. – Nach besten Wünschen den September-Geborenen (Erwin Kontur 95 und Johannes Schotenberger 59), die von freudigem Applaus unterstrichen wurden, begann der gemütliche Teil. – Abschließend noch den Veranstaltungsplan im Heimatmuseum für das 2. Halbjahr 2004 (Tag der offenen Tür): Samstag, 16. 10., 15 Uhr: Ahnenforschung mit neuer Technik. – Samstag, 6. 11., 15 Uhr: Die Mundart der Siebenbürger Sachsen – 60 Jahre nach der Flucht. Musikalische Umrahmung durch die Vöcklabrucker Spielzeug. – Samstag, 4. 12., 15 Uhr: Advent – „Wie's daheim war“, mit Huebers Hausmusik. Auf ein frohes Wiedersehen am zweiten Oktober-Sonntag, dem 12. 10., um zirka 15 Uhr, im Gasthaus Obermaier in Attnang.

Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: Ingrid Hennerbichler am 8. 10., Rüdiger Hertziger am 15. 10., Eveline Pichler am 17. 10., Gertrude Rudolf und Gerlinde Steiner am 25. 10., Peter Brosche am 30. 10. Das Ehepaar Albin und Edith Zappe konnte am 2. September d. J. das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit feiern, wozu wir unsere herzlichsten Glückwünsche aussprechen, ebenso allen Geburtstagskindern. – Der jährliche Herbstausflug des Sparvereins Neugablonz fand am 25. September statt. Der mit 48 Teilnehmern vollbesetzte Bus startete von Enns in Richtung Waldviertel – über Freistadt, Sandl, Karlstift bis Langschlag, wo wir ein mit viel Liebe gestaltetes Privatmuseum über alle nur möglichen Verkaufsgüter eines alten Kaufmannsladens bewundern konnten. Da gab es Garderobe, Spitzen, Schuhwerk, Taschen, Nähdarfen, Werkzeug aller Art, Bilder, Stickereien, landwirtschaftliche Geräte, Koch- und Eßgeschirr (z. B. eine Liwanzenpfanne), Waschmittel wie „Frauenlob“, und alleine zwei Räume waren vollbestückt mit Bierflaschen, Bierdosen, Bierkrügen, Biergläsern und Bierdeckeln aus aller Herren Länder. – Das Mittagessen wurde dann in Großpertholz, im „Hahn-Buam-Hof“ eingenommen, nachdem wir am Vormittag irgendwo am Waldrand die obligate Kaffee-Tee-Pause mit den guten Streusel- und Apfelkuchen unserer fleißigen SL-Frauen (Christa Scharf und Ingrid Lischka) genießen konnten. Herzlichen Dank den Beiden. – Nach dem Mittagessen ging es per Bus oder zu Fuß ins „Faßldorf“ zu einer weiteren Kaffeejause oder auch nur zur Besichtigung der vielen großen begehren Holzfasser. Dann kam sogar eine Zeitlang die Sonne heraus und wir hatten die Wahl der Weiterfahrt zwischen Schiene und Bus bis Groß-Grungs. Die Mehrzahl von uns entschied sich natürlich zur idyllischen Nostalgie-Fahrt mit der Schmalspurbahn, mitten durch die schöne, saubere Wald- und Wiesenlandschaft des Waldviertels. Von Groß-Grungs ging es dann über Arbesbach (Ruine), Königs-

Helga Kriegl

Enns-Neugablonz – Steyr

Folgende Mitglieder feiern im Oktober ihren Geburtstag: Ingrid Hennerbichler am 8. 10., Rüdiger Hertziger am 15. 10., Eveline Pichler am 17. 10., Gertrude Rudolf und Gerlinde Steiner am 25. 10., Peter Brosche am 30. 10. Das Ehepaar Albin und Edith Zappe konnte am 2. September d. J. das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit feiern, wozu wir unsere herzlichsten Glückwünsche aussprechen, ebenso allen Geburtstagskindern. – Der jährliche Herbstausflug des Sparvereins Neugablonz fand am 25. September statt. Der mit 48 Teilnehmern vollbesetzte Bus startete von Enns in Richtung Waldviertel – über Freistadt, Sandl, Karlstift bis Langschlag, wo wir ein mit viel Liebe gestaltetes Privatmuseum über alle nur möglichen Verkaufsgüter eines alten Kaufmannsladens bewundern konnten. Da gab es Garderobe, Spitzen, Schuhwerk, Taschen, Nähdarfen, Werkzeug aller Art, Bilder, Stickereien, landwirtschaftliche Geräte, Koch- und Eßgeschirr (z. B. eine Liwanzenpfanne), Waschmittel wie „Frauenlob“, und alleine zwei Räume waren vollbestückt mit Bierflaschen, Bierdosen, Bierkrügen, Biergläsern und Bierdeckeln aus aller Herren Länder. – Das Mittagessen wurde dann in Großpertholz, im „Hahn-Buam-Hof“ eingenommen, nachdem wir am Vormittag irgendwo am Waldrand die obligate Kaffee-Tee-Pause mit den guten Streusel- und Apfelkuchen unserer fleißigen SL-Frauen (Christa Scharf und Ingrid Lischka) genießen konnten. Herzlichen Dank den Beiden. – Nach dem Mittagessen ging es per Bus oder zu Fuß ins „Faßldorf“ zu einer weiteren Kaffeejause oder auch nur zur Besichtigung der vielen großen begehren Holzfasser. Dann kam sogar eine Zeitlang die Sonne heraus und wir hatten die Wahl der Weiterfahrt zwischen Schiene und Bus bis Groß-Grungs. Die Mehrzahl von uns entschied sich natürlich zur idyllischen Nostalgie-Fahrt mit der Schmalspurbahn, mitten durch die schöne, saubere Wald- und Wiesenlandschaft des Waldviertels. Von Groß-Grungs ging es dann über Arbesbach (Ruine), Königs-

wiesen, nach Bad Zell zur letzten Station im Gasthof „Zur Zugbrücke“ für eine mehr oder minder kleine Abendbrot-Mahlzeit. Wohlbehalten und gut gelaunt landeten wir gegen 20.30 Uhr wieder in Enns. Dank und Anerkennung für die Vorbereitung und Planung dieses netten Sparvereinsausflugs unseren Vorstandsmitgliedern des Sparvereins, die ja auf Grund des unsicheren Wetters kurzfristig umdisponieren mußten.

Ch. N.

SALZBURG

Salzburg

Liebe Landsleute, vor kurzem erhielten Sie unser Herbst-Rundschreiben, und wir bitten Sie, die darin angegebenen Hinweise zu beachten sowie die Termine unserer Veranstaltungen vorzumerken und recht zahlreich zu besuchen. An das Totengedenken bei unserem Mahmal am Kommunalfriedhof am Montag, 1. November, ab 14 Uhr, erinnern wir Sie ganz besonders. Unseren im Oktober geborenen Landsleuten übermitteln wir besonders herzliche Glückwünsche, hoffen sie bei bester Gesundheit und gutem Wohlbefinden: Gisela Melber-Petrik am 4., Maria Schmitzer am 8., Prof. Ernst Hofeld-Weitlof am 13., Ingeborg Heske am 22. und der stets einsatzbereiten Hermine Stoiber am 24.

E.P.

KÄRNTEN

Bezirksgruppe Villach

Jahresausflug: Am 12. September fuhren wir in unser Nachbarland und neues EU-Mitglied Slowenien. Wir fuhren bei schönem Wetter um 8 Uhr vom Hauptbahnhof ab, über den Wurzenpaß, an der herrlichen Bergwelt der Karawanken und Julischen Alpen entlang, Richtung Laibach. Aber einige Kilometer davor zwiegen wir ab zu dem Städtchen Stein (Kamnik) mit einer sehenswerten Altstadt, engen Gassen, mittelalterlichen und barocken Fassaden. Wir hatten jedoch ein anderes Ziel. Am Stadtrand befindet sich die Schloßparkanlage „Arboretum“, die bereits 1882 vom damaligen Schloßherrn mit vielen, auch exotischen Pflanzen angelegt wurde. 1952 wurde die Anlage mit 3500 Pflanzen neu angelegt. Das Gelände ist 79 Hektar groß und bot uns eine wunderschöne Dahlienschau und Blumenarrangements und bedeutende Gebäude im Kleinformat, wie Minimundus in Klagenfurt. Das Schloß „Wolfspichel“ existiert leider nicht mehr, es wurde 1944 niedergebrannt. Anschließend fuhren wir zu einem netten Restaurant, wo wir vorzüglich und preiswert speisen konnten. Leider zog sich das Essen länger hin als geplant, so daß wir etwas später bei unserer nächsten Station Tunjice ankamen, wo wir den seit sechs Jahren bestehenden Naturheilain aufsuchten. Die Führung brachte uns zu mehreren Energiezentren. Verschiedene große Kreise bewirken einen wohltuenden Einfluß auf bestimmte Körperregionen. Man muß natürlich auch daran glauben. Es war aber eine interessante Erfahrung. Die Kaffeepause in Veldes (Bled) mußte aus Zeitmangel gestrichen werden, denn wir wurden auch noch durch einen Stau in Stein aufgehalten, wo sich gegen Abend ein großes Trachtenfest auflöste. Dafür bekamen wir schöne slowenische Trachten zu sehen. Im Laufe des Tages hatte es sich bewölkt, und so fing es nun bei der Heimfahrt an zu regnen. An der Grenze gab es noch einen Stau, aber dann ging es bei immer stärker werdendem Regen durch den Karawankentunnel und durch das Rosental nach Villach, wo wir nach 19 Uhr ankamen. Es war ein erlebnisreicher Ausflug, der uns und unseren Gästen (es waren auch Klagenfurter dabei) trotz Pannen gefallen hat.

D. Thiel

Bezirksgruppe Klagenfurt

Die Bezirksgruppe Klagenfurt mußte sich von ihrem langjährigen Mitglied Frau Hildegard Rotter verabschieden. Frau Rotter, geb. Bittner, wurde am 30. 4. 1910 in Mährisch Schönberg geboren. Sie heiratete den bekannten Fleischwarenfabrikanten Robert Rotter, dessen Betrieb sich ebenfalls in Schönberg befand. Die Trauung fand im Jahre 1934 in der Kapelle in Karlsbrunn statt. 1938 kam der erste Sohn Robert zur Welt, 1939 folgte Sohn Manfred und 1944 Tochter Hildegard. Wie so viele, wurde auch die Familie Rotter aus der Heimat vertrieben. Es begann eine Reise ins Ungewisse. Im Lager Teufelsklinge an der deutschen Grenze fand eine Ortszuteilung statt und die Familie gelangte zunächst nach Walldüren / Baden. Von dort gelang es, über München nach Österreich, und zunächst in Wien beruflich wieder Fuß zu fassen. Die vom Krieg stark zerstörte Großstadt bot wenig gute Zukunftsaussichten. So folgte eine weitere Station in Graz bis zur Übersiedlung im Jahre 1951 nach Klagenfurt in Kärnten. 1957 gelang es, einen Fleischereibetrieb in Klagenfurt zu erwerben und so wurde die Handwerkstradition, die im Jahre 1877 in Mährisch

Schönberg begründet worden war, fortgesetzt. Frau Rotter war schon, wie in der alten Heimat, die Seele des neuen Geschäftes. Nach Schulabschluss der beiden Söhne Robert und Manfred erlernten diese ebenfalls den Fleischerberuf. Tochter Hildegard wanderte nach Kanada aus und die beiden Söhne übernahmen in der Folge den Betrieb. Die Senioren Robert und Hildegard Rotter bezogen ein kleines Häuschen am Stadtrand von Klagenfurt. Mit 81 Jahren verstarb Herr Robert Rotter, Frau Hildegard widmete sich ihren Enkeln und Urenkeln. Bis ins hohe Alter von 93 Jahren nahm sie noch regen Anteil am Geschehen in ihrem Umfeld. Das bewegte und entbehrungsreiche Leben forderte allerdings seinen Tribut und sie fand liebevolle Aufnahme und Pflege beim Sohn und der Schwiegertochter. Die Familie Rotter ist bereits seit 1951, als die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Kärnten gegründet wurde, Mitglied derselben. Geschätzt und beliebt bei Landsleuten und der Bevölkerung. Die geliebte Heimat noch einmal wiederzusehen, war Frau Hildegard Rotter leider nicht mehr vergönnt. Wir werden Hilde Rotter in ehrendem Gedenken bewahren. – Der Kreis hat sich geschlossen, der zur Vollendung strebt. Glaubst nicht, wenn ich gestorben, daß wir uns ferne sind. Es grüßt Euch meine Seele als Hauch im Sommerwind. Und legt der Hauch des Tages am Abend sich zur Ruh, send' ich als Stern vom Himmel Euch meine Grüße zu.

Zach (Troppau) zum 74. Geburtstag, und am 31. 10. gehen unsere Glückwünsche an Traudl Klement (Karlsbad) zum 83. Wiegenfest. – Und wieder begleiteten wir eine liebe Heimatfreundin auf ihrem letzten Weg auf Erden. Frau Valerie Wittmann verstarb nach längerer Krankheit, jedoch völlig unerwartet, am 8. September im hohen Alter von 93 Jahren. Obwohl in Niederösterreich geboren, war sie viele Jahrzehnte ein treues Mitglied unseres Vereins und besuchte mit ihrem Lebenspartner, der aus dem Sudetenland stammte, regelmäßig unsere Treffen. Aber auch nach seinem Tode im November 1999 konnten wir sie weiterhin bei unseren Zusammenkünften begrüßen. Mit ihrer liebenwürdigen und einfühlsamen Art wurde sie von uns allen sehr geschätzt, sie gehörte einfach zu unserer Runde. Als dann die Bürde ihres hohen Alters ihre Beweglichkeit sehr einschränkte, versäumte sie trotzdem keine Adventfeier, kein Faschingskränzchen, auch die Jahreshauptversammlung und das Märzgedenken waren wichtige Termine für sie, und wir blieben mit Telefonaten und Billetts immer mit ihr in Verbindung. Nun wird sie also nie mehr in unserer Mitte weilen, wir jedoch werden sie, ihre Warmherzigkeit und ihre Liebe zu unserer Heimat nicht vergessen. S. Schwarz / E.R.

DEUTSCHLAND

Neckarsulm

Tagesfahrt in das herbstliche Allgäu am 22. September 2004. Alpenländische Gastlichkeit und der Besuch einer Sennerei waren die Höhepunkte der Tagesfahrt des Sudetendeutschen Freundeskreises Neckarsulm nach Oberstaufen – Steibis im Allgäu. In flotter Fahrt ging es frühmorgens auf die Autobahn Stuttgart – Ulm. Der Vorstand Franz Ludwig konnte wieder einen vollbesetzten Bus mit nahezu allen Mitgliedern, Freunden und Bekannten begrüßen und wünschte uns allen einen schönen Tag. Nach der obligatorischen Brezelpause auf der Raststätte Illertal erreichten wir gegen Mittag über Memmingen – Kempten – Oberstaufen den Kurort Steibis. Nach einem kurzen Spaziergang und dem Mittagessen im Berggasthof „St. Ullrich“ ging die Fahrt nach kurzzeitigen Straßenproblemen wieder weiter. Unterwegs in Richtung Isny, besuchten wir noch eine Sennerei in Lindenberg/Goßholz – Allgäu und konnten uns mit Berg-, Alp-, Emmentaler- und Sennereikäse sowie mit guter Faßbutter versorgen. Bei der Fahrt durch Isny konnten die weithin bekannten kunstvoll gestalteten Wirtshausbilder betrachtet werden. Nach einer kurzen Kaffeepause in Leutkirch und einem Spaziergang durch das Städtchen brachte uns der Bus über die A 96 wieder Richtung Heimat. Ab der Ausfahrt Mundelsheim erreichten wir im Bottwartal den Gasthof „Krone“ in Gronau. Nach einem heimischen Vesperklang der schöne Ausflugsstag mit einem gemeinsam gesungenen Lied harmonisch aus. F. Ludwig

SPENDENKONTO

Bankverbindungen: Österreich: Sparkasse Linz, Kto.-Nr. 28135, BLZ 20320
 Deutschland: VR-Bank Passau Freyung eG, Kto.-Nr. 89869, BLZ 740 900 00.
Vermerk: „SPENDE“

Spenden für die „Sudetenpost“

- 2,00 Kleopas Hauer, Hauskirchen
- 4,00 Mag. Elisabeth v. Ethhofen
- 4,00 Min.-Rat Mag. Karl Neumann, Wien
- 4,40 Dr. Othmar Sackmayer, Wien
- 9,00 Dr. Hermann Gmeiner, Kössen
- 9,00 Horst Schottenberger, Salzburg
- 10,00 Norbert Koplinger, Leonding
- 10,00 Franz Koplinger, Leonding
- 10,00 Theresia Wittner, Linz
- 15,70 Gertrud Püffeld, D-Bad Homburg
- 19,00 Prof. Dr. Kurt Hommer, Wien
- 31,00 Karl Fischer, Wien
- 62,50 Wilhelm Geigant, S-Boras

Die „Sudetenpost“ dankt den Spendern herzlich!



DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. / Fax 01 / 718 59 13
 Internet: www.sdjoe.at
 E-Mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Der diesjährige Sudetendeutsche Heimattag fand am 25. und 26. September in Wien und Klosterneuburg statt. Der Hauptpunkt lag natürlich bei den Veranstaltungen in Klosterneuburg, mit dem großen Festzug und dem anschließenden Heimatnachmittag in der Babenbergerhalle. Unser im Foyer aufgebauter Infostand fand auch heuer wieder große Beachtung. Es war wieder eine schöne Veranstaltung. Mehr darüber auf den Vorderseiten dieser „Sudetenpost“! – Am Samstag, dem 23. und Sonntag dem 24. Oktober findet unsere große Festveranstaltung anlässlich „50 Jahre Bundesverband der Sudetendeutschen Jugend Österreichs“ im „Haus der Heimat“, in Wien 3, Steingasse 25, statt. Viele Anmeldungen liegen bereits vor, einige fehlen uns noch. Dazu sei bemerkt: Ohne Anmeldung wird es für uns ganz schwierig, eine genau Essensanzahl vorzubereiten. Helft uns daher mit Euren Anmeldungen bis spätestens 13. Oktober (mit genauer Personenanzahl, Teilnahme am 23. und 24. 10. oder nur an einem Tag) bei den nicht geringen Vorbereitungen mit. Anmeldungen sind an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, beziehungsweise per Telefon und Fax: (01) 718 59 13, zu richten. Wir beginnen am Samstag, dem 23. 10., gegen 15.30 Uhr, mit einer gemeinsamen Jause, dann soll das Wiedersehen, der Tratsch usw. nicht zu kurz kommen. Um 19.30 Uhr machen wir in traditioneller Weise einen sogenannten „Großen Heimatabend“ mit Volkstanzen, Singen, Bilder sehen u. a. m. – Sonntag, dem 24. 10., beginnen wir um 10 Uhr mit einer kleinen Rück- und Vorschau, Totenehrung, Musik, Rückblick mit alten Bildern usw. Beendet wird diese Festveranstaltung mit einem gemeinsamen Mittagessen. Wir werden 10 Euro für die Jause am 23. bzw. für das Mittagessen am 24. 10. einheben. Für das Abenessen am 23. 10. wird mit kleinen Imbissen gesorgt. Soweit die ersten Informationen zum Ablauf. Beachtet auch die kommende Nummer der „Sudetenpost“. – Das Österreichisch-sudetendeutsche Volkstanzfest in Klosterneuburg wird am Samstag, 6. November, in der Babenbergerhalle in Klosterneuburg, durchgeführt. Dieses Fest – auch Leopoldi-Volkstanzfest – wird für jedermann aller Altersgruppen – von den Kindern bis ins hohe Alter – in Zusammenarbeit mit unseren Freunden von der Volkstanzgruppe Klosterneuburg – abgehalten. Dazu sind alle Freunde des Volkstanzens und des Brauchtums recht herzlich eingeladen. – Sommerlager 2005: Schon jetzt möchten wir auf das Sommerlager 2005 aufmerksam machen. Dieses findet vom 9. bis zum 16. Juli auf der Frauenalpe bei Murau in der Steiermark statt. Wir sind dort im Jugendsportzentrum in Zimmern mit WC und Dusche untergebracht. Uns stehen dort viele schöne Möglichkeiten zur Verfügung. Teilnehmen können Kinder und junge Leute aus ganz Österreich im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre – auch die Freunde Ihrer Kinder sind gerne gesehen. Anfragen und Anmeldungen können ab sofort an die Sudetendeutsche Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Telefon/Fax: 718 59 13, gerichtet werden.

Landesgruppe Wien

Zusammenkünfte finden jeden Mittwoch, ab 19 Uhr, für junge Leute, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG., statt. Dazu dürfen wir auch Dich und Deine Freunde recht herzlich einladen. – Bei strahlend schönem Spätsommerwetter fand auf der Bundespielanlage Wienerberg der 5. Adi-Penk-Gedächtnis-Wettkampf statt. Leider war die Beteiligung nicht so, wie wir es gewünscht hätten. Die mittlere und ältere Generation war nur schwach vertreten, daher nahmen auch deren Kinder nicht teil. Vielleicht wird es im nächsten Jahr wieder besser. Dennoch waren alle mit großer Begeisterung beim Leichtathletik- und „Sudeten“-Dreikampf dabei. Hier jeweils die Sieger: Mädchen / Frauen: Schüler B: Sophie Grohmann; W 30: Sigrid Kutschera;

W 40: Heike Dzikowski-Penk; W 60: Margit Richter. Burschen / Männer: Schüler A: Bernhard Kutschera; M 40: Udo Wunsch; M 60: Hubert Rogelböck; Sudeten-Dreikampf: Jeweils die Sieger: Sophie Grohmann, Heike Dzikowski-Penk, Bernhard Kutschera, Udo Wunsch und Klaus Seidler. Mit einem gemütlichen Beisammensein wurde diese sportliche Veranstaltung beschlossen. – Die Sudetendeutschen Heimattage waren bestens besucht und ein Erlebnis für alle, die daran teilgenommen haben. Unser Infostand war mehr denn je gefragt. Es war ein schönes und friedvolles Fest, verbunden mit dem Willen aller Teilnehmer, für unsere Anliegen entsprechend einzutreten und die Öffentlichkeit zu informieren. Auf den vorderen Seiten dieser „Sudetenpost“ findet man mehr darüber. – Sonntag, 10. Oktober: Bowling-Turnier! Zum Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier treffen wir einander ab 14 Uhr in der Sporthalle Engelmann, Wien 17, Syringgasse. Beginn ist pünktlich um 13.45 Uhr. Dazu sind alle jungen Leute sowie die mittlere und ältere Generation recht herzlich zum Mitmachen eingeladen – dazu bitte die Ankündigung auf den Vorderseiten lesen! – Vergeßt nicht auf Eure Anmeldungen zur Festveranstaltung am 23./24. Oktober! – Am Samstag, dem 6. November, findet in der Babenbergerhalle das Österreichisch-sudetendeutsche Volkstanzfest statt. Sichert Euch rechtzeitig die Eintrittskarten und die Tischplätze – nähere Informationen entnehmen Sie dem Zeitungsinnen.

Landesgruppe Niederösterreich

Die im Rahmen des Sudetendeutschen Heimattages in Klosterneuburg durchgeführten Veranstaltungen waren sehr gut besucht und es konnten auch zahlreiche Ehrengäste begrüßt werden. Diese nahmen auch geschlossen am schönen Festzug vom Rathausplatz zum Sudetendeutschen Platz, wo eine kurze Totenehrung mit Kranzniederlegung stattfand, teil. Die Babenbergerhalle war wieder gut gefüllt. – Bowling-Turnier am 10. Oktober in Wien – dazu sind alle Freunde und auch die älteren Landsleute recht herzlich eingeladen. – Denkt an Eure Teilnahme an der Festveranstaltung am 23. / 24. 10. in Wien. – Ganz besonders möchten wir alle Landsleute und Freunde zum Österreichisch-sudetendeutschen Volkstanzfest am Samstag, dem 6. November, in die Babenbergerhalle in Klosterneuburg einladen. Beachtet die Ausschreibung im Zeitungsinnen und besorgt Euch so rasch als möglich die Eintrittskarten und die Tischplätze. – Jugendschachmeisterschaften in Niederösterreich: Für die Jahrgänge unter 16 Jahren beginnen demnächst in allen Landesvierteln die Gebietsmeisterschaften. Die 18- bis 20-jährigen Burschen und Mädchen beginnen im November. Wer sich dafür interessiert, möge sich an die Schule, an den Gemeindejugendreferenten bzw. an uns wenden.

Landesgruppe Oberösterreich

Über unseren traditionellen Herbst-Ausflug, der uns am 3. Oktober zum Steyr-Ursprung mit einer anschließenden Floßfahrt führte, berichten wir noch. – Jetzt freuen wir uns schon auf ein Wiedersehen aller Freunde von früher und jetzt anlässlich der Festveranstaltung am 23. und 24. Oktober im „Haus der Heimat“, in Wien 3, Steingasse 25. Es sollten alle Freunde und Kameraden aus Oberösterreich daran teilnehmen, es wird bestimmt ein schönes Zusammenkommen werden.

Arbeitskreis Südmähren

Bei den Festveranstaltungen des Heimattages in Wien und Klosterneuburg waren wir mit den Fahnen- und Trachtenträgern dabei. Ebenso auch beim Winzerumzug in Poysdorf, wo wir mit dem Südmährischen Festwagen besondere Aufmerksamkeit erregten. – Am Sonntag, dem 10. Oktober, treffen wir einander beim Bowling-Turnier in der Engelmannhalle in Wien 17, Beginn 14 Uhr (Treffpunkt um 13.45 Uhr) – kommt bitte pünktlich. – Am Samstag, dem 23. 10. und Sonntag, dem 24. 10., ist die Festveranstaltung anlässlich „50 Jahre SdJÖ-Bundesverband“, im „Haus der Heimat“ in Wien – kommt alle hin, meldet Euch rechtzeitig an. – Samstag, 6. November, Volkstanzfest in Klosterneuburg, in der Babenbergerhalle. – Sonntag, 7. November: Totenandacht der Heimatvertriebenen in der Augustinerkirche (15.30 Uhr). – Sonntag, 7. November: Totenehrung der Verbände der Österreichischen Landsmannschaften in der Krypta im Äußeren Burgtor am Helldenplatz (11.30 Uhr). – Dienstag, 9. November: Jahreshauptversammlung mit Diaschau im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. (Sudetendeutsche) – Beginn um 19.30 Uhr. – Freitag, 19. November: Leopoldifeier der Niederösterreicher im Parkhotel Schönbrunn, Wien, 19.30 Uhr.

TIROL
Innsbruck

Die Vorbereitungen für unser Jubiläumstreffen am Sonntag, dem 17. Oktober, sind bereits weit gediehen. Wir wollen unser 55jähriges Bestandsjubiläum festlich gestalten. Wir ersuchen alle Landsleute, Gäste und Ehrengäste herzlich um Teilnahme. Nähere Einzelheiten sind in den persönlichen Einladungen und auch in der heutigen „Sudetenpost“ ersichtlich. – Weitere Termine: Am 30. September fand unser Herbstausflug zum „Großen Ahornboden“ im Karwendel statt. Ausführlicher Bericht folgt. – Nächste Zusammenkunft im Café Sacher in Innsbruck am Donnerstag, dem 14. Oktober, ab 14.30 Uhr, mit einer Erntedankfeier. – Unseren nachstehenden Geburtstagskindern des Monats Oktober wünschen wir alles Gute, vor allem aber Gesundheit für das neue Lebensjahr: Am 5. 10. gratulieren wir Prof. Dipl.-Ing. Dr. Bernhard Quatember (Pötschmühle/Krummau) zum 68. Lebensjahr. Alois Pietersteiner vollendet am 8. 10. sein 82. Wiegenfest – herzliche Glückwünsche. Unsere besten Wünsche gelten am 11. 10. Helma Klinger (Drahowitz/Karlsbad) zum 84. Geburtstag. Einen Tag später gehen unsere herzlichsten Glückwünsche zum hohen 92. Ehrentag an Gerda Corazza (Kulm/Weichsel) in 6020 Innsbruck, Viktor-Dankl-Straße Nr. 14a. Ebenfalls zum 82. Geburtstag gratulieren wir Margarethe Mayer (Ossegg) am 14. 10. Ernst Albrecht (Zwittau), der lange Jahre in Innsbruck bei der Landsmannschaft war, wünschen wir weiterhin Gesundheit und Wohlergehen zum 90. Wiegenfest am 15. 10. in 9535 Schiefing am See, Promenadenweg 175, in Kärnten. Am 27. 10. gratulieren wir Johanna

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 20	21. Oktober	Red.-Schluß	14. Oktober
Folge 21	4. November	Red.-Schluß	28. Oktober
Folge 22	18. November	Red.-Schluß	11. November
Folge 23	2. Dezember	Red.-Schluß	25. November
Folge 24	16. Dezember	Red.-Schluß	9. Dezember

Sudetenpost
 Eigentümer und Verleger:
 Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592, Obmann: Karl Koplinger, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig, Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 31,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 37,50, Übersee: € 54,00; Einzelpreis: € 1,38, Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.
OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:
 Medieninhaber:
 Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.
 Grundlegende Richtung:
 Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
 „Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.
Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____
 Straße: _____
 Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 31,00, inkl. 10 % Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 37,50, Übersee: € 54,00. – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Postnummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Schlaftrunk und Gehirnwäsche

Am Heimattag 2004 in Klosterneuburg wurde den Sudetendeutschen Beides geboten. Das Hauptreferat hielt Nationalratspräsident Dr. Andreas Khol. Nachdem seine Partei im Sinne der Konzerne für den EU-Beitritt der Tschechen gestimmt und so den Trumpf aus der Hand gegeben hatte, erzählte er von Bemühungen, die Tschechei zum Einlenken zu bewegen. Das Ziel sei eine Entschuldigung Prags und eine Entschädigung der Vertriebenen. Vermutlich viel Optik ohne Inhalt und Preisgabe des Rechts für ein Linsengericht.

Barbara Rosenkranz vertrat eine weniger zukunftsfröhliche Perspektive. Sie sprach harte Fakten an, die ihr Vorredner verschwiegen, wie den Beneš-Kult und den wiedererstarbten Nationalismus. Die Sudetendeutsche Initiative hob sie positiv hervor.

Der Vertreter der Linken kam in der Rolle des guten Freundes, doch er ließ eine überaus häßliche Katze aus dem Sack: Eine Wiedergutmachung wäre eine zweite Vertreibung, und die dürfe es nicht geben. Eine plumpe und wahrheitswidrige Argumentation, die für die Schwachen im Geiste gedacht ist. Wir leiden unter einer unterschiedlichen Auslegung des Rechts. Was dem einem gewährt, wird dem anderen verwehrt. Die Okkupanten sollen weiterhin unrechtmäßige Eigner des Raubgutes bleiben. Dem Vernehmen nach kam der Mann als Bote und sprach, was man ihm befahl. Alois Jahn, Wien

Antwort auf Herrn Horal

Wenn Herr Jan Horal, Besitzer des Hotels „Ruze“ in Krummau, in einer sudetendeutschen Zeitung zu Wort kommt, so hätte man erwarten können, daß er sich zum eigentlichen Problem, nämlich zum Verhältnis zwischen Sudetendeutschen und Tschechen, äußert, statt sich des unzulässigen Verfahrens der deutschen Kollektivschuld zu bedienen, und zwar zu dem Zweck, die Schuldlosigkeit der sudetendeutschen Volkgruppe zu verschleiern. Schon der bekannte frühere tschechische Präsident Václav Havel hat Anfang 1995 das Unwesen der kollektiven Anschuldigung der sudetendeutschen Volkgruppe unter gleichzeitiger Verurteilung deren Vertreibung wie folgt beanstandet:

„... daß wir in gerechter, aber auch in übertriebener Empörung uns das Prinzip der Kollektivschuld zu eigen machten. Anstatt ordentlich all die zu richten, die ihren Staat verraten haben, verjagten wir sie aus dem Land und belegten sie mit einer Strafe, die unsere Rechtsordnung nicht kannte...“

Dieses Schuldbekenntnis aus berufenem Munde zu Lasten des tschechischen Staates ist gleichzeitig Zeugnis dafür, daß der von Herrn Horal hochverehrte ehemalige Präsident Edvard Beneš nicht nur den tschechischen Widerstand leitete, wie hier glauben gemacht werden soll, sondern daß er als damaliger Präsident Urheber dieses von Václav Havel bestätigten Unrechts ist, das gemäß Art. 6 (b und c) des Statuts des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewertet wurde und nach der Völkermordkonvention vom 9. Dezember 1948 zu bestrafen ist, gleich viel, ob es sich um regierende oder private Personen handelt. Nach dieser Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes erfüllen alle Handlungen wie beispielsweise die angestrebte Zerstörung einer ethnischen Gruppe den Tatbestand eines Genozids, ebenso wie der Entzug ihrer Lebensgrundlage durch Totalenteignung nach dem marxistischen Prinzip der Vergesellschaftung von Privateigentum oder nach der rassistischen Maxime der Arisierung desselben. Nicht minder zählt der tschechische Massenmord an unschuldigen Menschen dazu, worunter sich bis zu sechzig Prozent Jugendliche und Kinder befanden, im übrigen Alte, Kranke und Frauen. Das Bundesarchiv in Koblenz beschreibt die meistens auf offener Straße erfolgten tschechischen Haßorgien wie folgt:

„Zu den Gewalttaten gehörten Tötungen, verübt in verschiedenster Weise, durch Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken,

Tribüne der Meinungen

brutale und sadistische Mißhandlungen, fernere Vergewaltigungen von Frauen“.

Durch seine diesbezüglichen Aufrufe an das tschechische Volk und durch die betreffenden Dekrete ist der ehemalige Präsident Beneš in diesen genozidischen Normenkonflikt geraten, so daß, entgegen den Ausführungen von Herrn Horal, nicht nur zwei Personen zu den Initiatoren des „Unglücks, Grausamkeit und Unmenschlichkeit“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zählen, sondern auch der erst kürzlich von den tschechischen Volksvertretern mit höchsten Ehren ausgestattete Präsident Beneš als Dritter im Bunde dazugerechnet werden muß. Dieses von ihm zu verantwortende Jahrhundertverbrechen will Herr Horal rechtfertigen und stellt deshalb die Frage: „Hatten nicht die Geplagten das Recht, sich zu wehren und zurückzuschlagen?“ Hierzu muß zunächst festgestellt werden, daß ein Verbrechen nicht das nächste Delikt rechtfertigen kann, und die gestellte Frage läßt sich wiederum mit entsprechenden Aussagen von tschechischen Repräsentanten wie folgt beantworten: Zur Frage der tschechischen Gegenwehr führt der Unterzeichner der tschechischen Charta 77, Dr. Jan Mlynarek (Danubius) folgendes aus:

„Ein Volk mit einer der modernsten Armeen der Welt hat sich und seine Freiheit in den drei Jahrzehnten zwischen 1938 und 1968 dreimal gegen den Aggressor nicht verteidigt, wir haben ohne einen Schuß abzugeben dreimal kapituliert...“ Der frühere Präsident Václav Havel beurteilt die tschechische Widerstandsbereitschaft ähnlich in einem Interview mit dem französischen Wochenblatt „Globe Hebdo“ dahingehend, daß es im Protektorat Böhmen und Mähren zwar „viele Widerständler, doch tausendmal mehr Kollaboranten“ gegeben habe. Die Befindlichkeit der tschechischen Protektoratsbevölkerung, die Herr Horal als „Geplagte“ darstellt, beurteilt der tschechische Offizier F. O. Miksche, aus dem Stabe des Generals De Gaulle wie folgt:

„Übrigens haben die Tschechen trotz des Verlustes ihrer Selbstständigkeit während des Zweiten Weltkrieges besser gelebt als später unter der Herrschaft der Kommunisten. Ihr Land wurde von Bombenangriffen verschont. Sie mußten keinen Militärdienst leisten. Ihre Industrie, von den Deutschen weiter ausgebaut, arbeitete auf Hochtour für Hitlers Kriegsmaschine. Im Bereich wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich lagen die Tschechen an zweiter Stelle hinter den Belgiern. Nie seither kassierten tschechische Arbeiter so hohe Löhne wie in Hitlers Protektorat, während sich die Bauern am Schwarzmarkt bereicherten.“ Die durch tschechische Repräsentanten dargelegten Tatsachen sollten Grund genug sein, die tschechischerseits allzu geliebte alleinige Opferrolle zu beenden, sich vielmehr auch zu der Rolle der Täter zu bekennen, den Nationalisierungswahn aufzugeben und Wiedergutmachung zu leisten sowie die Beneš-Büste samt Inschrift aus kausaler Notwendigkeit der Abstellkammer der Geschichte zu überantworten.

Herbert Schmidl, D-Kieselbronn

Wie lange noch?

Die Presse hat zur Zeit Hochkonjunktur, und Namen wie Rebellen, Aufständische, Extremisten, Banditen, Separatisten und Terroristen prasseln auf den Leser aus allen Ecken und Enden. Gemeint sind derzeit damit die Tschetschenen und andere kleinere Völker der Kaukasusregion, die zugleich Staatsbürger in einem angeblich verdemokratisierten Rußland sind. Für die derzeitige Polit-Gilde sind diese Verhältnisse kaum der Rede wert, nachdem beim letzten Treffen der Potentaten Schröder (Deutschland), Chirac (Frankreich) und Putin (Rußland) in Sotschi diese erklärt haben, der Zustand in Tschetschenien sei „störungsfrei“. Ob das gelogen ist oder der Wahrheit entspricht, möge der Leser dieser Zeilen zufolge der letzten Nachrichten selbst entscheiden.

Ein Gedankensprung 59 Jahre zurück: Die folgenden Zeilen betreffen die Zeit unmittelbar nach Kriegsende 1945 in Deutschland. Die Waffen schweigen, die „Demokraten“ sitzen am Tisch und diktieren den Frieden. Die Qua-

lität von diesem Endprodukt wird in den folgenden Zeilen ausgeklammert und nur ein Teilbereich der den Deutschen diktierten Bedingungen unter kräftiger Mithilfe der Tschechen und der Polen wird erwähnt. Der Zustand ab Mai 1945 war etwa folgender: Im Sudetenland dreihunderttausend Erschlagene, über drei Millionen von Haus und Hof vertrieben. Die Polen haben etwa eine halbe Million erschlagen und über acht Millionen vertrieben. Den Rest besorgten die Russen und die Serben. Das Land der Vertriebenen und Erschlagenen haben selbstverständlich die Polen und die Tschechen annektiert und als ewig tschechisch und polnisch deklariert.

Mord, Totschlag, Vertreibung und Landraub waren 1945 die Triebfeder und sind es heute in Tschetschenien genau gleich, gelogen wird seit 1945 über das Sudetenland bis heute, gelogen wird genauso über Tschetschenien, mit dem Unterschied, daß eine perfekte Lüge heute nicht möglich ist auf Grund geänderter Machtverhältnisse.

Es kann trotzdem mit Sicherheit angenommen werden, daß die Tschetschenen früher oder später ihr Ziel erreichen. Es kann weiter mit Sicherheit angenommen werden, daß die Schandtaten der Polen und der Tschechen eines Tages vor dem Richter der Geschichte landen werden, und sie werden beide Antwort geben müssen auf die Frage, warum sie gemordet und vertrieben haben? Sie wissen es heute genau, welche Last sie sich 1945 aufgebürdet haben. Auf dieses Thema angesprochen, versuchen sie verzweifelt auszuweichen und ihr Fluchtversuch endet immer in einer nebulösen Floskel: „Wir schauen nach vorne, wir belasten uns nicht mit der Vergangenheit, die Zukunft ist unser Ziel“. Ein schöner Spruch, die „Demokraten“ von ganz Europa hören andächtig zu, aber wie lange noch? Dipl.-Ing. Otto Eberhard, Feldkirch

Uninformiert über die Geschichte

Leserbrief-Antwort auf: „Warum ich die Beneš-Büste aufstellte“:

Herr Horal will sich in seinem Leserbrief für die Aufstellung seiner Beneš-Büste rechtfertigen. Herr Horal ist jedoch meines Erachtens weder über die Geschichte der ersten Tschechoslowakischen Republik, noch über die Vorgänge nach dem Zweiten Weltkrieg informiert, sonst würde er nicht alle Deutschen, die in dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik gelebt haben und sicherlich nicht alle Nationalsozialisten waren, in einen Topf werfen.

Achtung verdient Herr Horal, weil er sich nicht, wie viele seiner Landsleute, vor den Besatzern geduckt, die schwarzen Schweinehälften für teures Geld an die Nazis verkauft und fünf Minuten nach Zwölf ein Gewehr in die Hand genommen hat und raubend, plündernd und mordend, den Aufforderungen von Präsident Beneš folgend, durch das Sudetenland gezogen ist, sondern sein Vaterland unter Einsatz des Lebens befreien wollte. Und dennoch kann ich seiner Einstellung, daß „Verbrechen an Unschuldigen mit Verbrechen an Unschuldigen gerächt werden müssen“, nicht folgen. Seine Behauptung: „Die Sieger hätten die Besiegten human behandelt“ ist im Bezug auf die Tschechoslowakei unwahr und eine Farce. Aus diesem Grund empfehle ich Herrn Horal, die Geschichte der Präsidenten zu studieren, deren Büsten er aufgestellt hat.

T. G. Masaryk, der übrigens das deutsche Gymnasium in Brünn besuchte, hat in seinen Vorstellungen nach Vorbild des US-Präsidenten Wilson einen tschechoslowakischen Staat ähnlich der Schweiz errichten wollen, in dem jede Nationalität mit den gleichen Rechten ausgestattet werden sollte. Was von den Vorstellungen übriggeblieben ist, kann Herr Horal in der Tschechoslowakischen Verfassung von 1920 nachlesen, wo die Karpatorussen, die Magyaren und die Deutschen zu sogenannten Minderheiten abgestempelt wurden, obwohl die Zahl der Deutschen, die in der Tschechoslowakei lebten, größer war als die Zahl der Slowaken, denen volle Rechte eingeräumt wurde.

Was seinen Freund Beneš betrifft, empfehle ich Herrn Horal das Buch „Kramruv soud nad Benesem“ (Kramars Gericht über Beneš) zu lesen, das den wahren, intriganten Charakter dieses Staatsmannes schildert, der über Leichen geht, nur um an die Macht zu kommen. Zudem sollte sich Herr Horal das teure Buch der California Universität in New York kaufen, das sämtliche Notizen über alle Gespräche des Exilpräsidenten Edvard Beneš enthält, die er mit Staatsmännern wie Stalin, Churchill oder Roosevelt usw. geführt und in denen er die Liquidierung und Aussiedlung aller in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen gefordert hat. So auch das Gespräch mit Stalin, wo Beneš sich von den Verrätern Amerika, England und Frankreich abwenden und sein Land eng an die UdSSR anbinden werde. Ebenso können Herrn Horal die deutschfeindlichen Hetzreden über den Rundfunk von Beneš aus London behilflich sein.

Herr Horal, Sie waren während des Krieges nicht zu Hause, sind 1948 aus Ihrer Heimat geflohen, haben weder die Nazis noch die Kommunisten am eigenen Leib erlebt und sich nie mit der Geschichte Ihrer beiden Präsidenten befaßt und möchten heute durch Aufstellung von Büsten ausschließlich auf sich selber aufmerksam machen. Über die Geschichte meiner Familie habe ich ein Buch geschrieben, ohne Haß, Emotion und Anklage. Mitte dieses Monats kommt es in tschechischer Sprache in einem Pilsener Verlag heraus. Wenn Sie es sich nicht leisten können, so schenke ich es Ihnen.

Hugo Fritsch, Niederndorf

Selbstbehauptung

Der ausufernde Streit um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ hat inzwischen eine Vielzahl von positiven wie negativen Äußerungen in Deutschland und im östlichen Ausland hervorgerufen, die kaum noch überschaubar sind.

Zu den brutalsten Verneinern gehört ausgerechnet Joseph (Joschka) Fischer, ein Mann, der seine Prägung durch den Linksradikalismus immer noch nicht abschütteln kann. Fischer stellte allen Ernstes die These auf, daß die Vertreibungen eine „deutsche Selbstzerstörung“ durch den Nationalsozialismus gewesen seien.

Damit werden die tatsächlichen Täter hinwegdiskutiert. Die Behauptung Fischers ist ebenso falsch wie gefährlich – und dies für die deutsche Politik insgesamt. Denn wo hörte dann diese Selbstzerstörung auf? Damit könnte jeder Ein- und Übergriff, jedes Verbrechen der Siegermächte und der in ihrem Kielwasser schwimmenden Staaten entschuldigt und als akzeptabel, ja als selbst verursacht erklärt werden.

Fischer irrt auch mit seiner weiteren Behauptung, daß die Zerstörung der Minderheitenkulturen mit Hitlers Machtergreifung eingesetzt habe.

Zwar zerstörte Hitler Minderheitenkulturen in brutaler und grausamer Weise, wie er sich als fanatischer und hemmungsloser Nationalist über alle Menschenrechte hinwegsetzte. Verdrängung, Diskriminierung und schließlich auch Unterwerfung und Vertreibung von Minderheiten gibt es jedoch lange vor 1933.

All das müßte ein Politiker wissen, wenn er deutsche Außenpolitik betreibt. Wenn an das Schicksal von 17 Millionen deutschen Vertriebenen erinnert wird, geht es um deutsche Selbstbehauptung. Es geht darum, die deutsche und europäische Tragödie der Vertreibungen zu dokumentieren, die weder hier noch bei unseren Nachbarn in ihrem ganzen Ausmaß mit allen ihren Folgen genügend bekannt ist. Die Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen trägt schon dazu bei, größere Wirkung wird erst das Zentrum selbst in Deutschlands Hauptstadt entfalten können.

R. Goldmann, D-Düsseldorf

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns über jede Zuschrift und möchten Sie hiermit freundlich ermuntern, uns auch Ihre Meinung zu den Themen, die uns gemeinsam berühren, zu senden.

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.